

BUCHNERS KOLLEG

Gesamtband
Pflichtmodule

Geschichte

Ausgabe
Rheinland-Pfalz

**KOSTENFREIE
LESEPROBE**

NEU:
Digitale Aufgabenkästen





Buchners Kolleg Geschichte – Neue Ausgabe Rheinland-Pfalz

Unterrichtswerk für die Oberstufe

Gesamtband

Pflichtmodule für die gymnasiale Oberstufe

ISBN 978-3-661-**32027-4**

ca. € 39,-

Erscheint im 2. Quartal 2023



click & study

Digitales Schulbuch

Bestellnummer WEB 320271

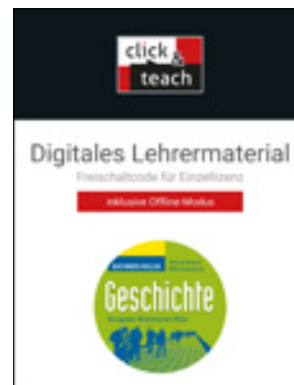
ca. € 7,-

oder € 1,50 bei Einführung

des gedruckten Lehrwerks

Erscheint im 2. Quartal 2023

(Erhältlich auf www.ccbuchner.de)



click & teach Box

Digitales Lehrermaterial

(Karte mit Freischaltcode)

ISBN 978-3-661-**32029-8**

ca. € 38,-

Erscheint im 2. Quartal 2023

(Weitere Lizenzformen finden

Sie auf www.ccbuchner.de)

Buchners Kolleg Geschichte auf einen Blick

Der Schülerband

Der **Gesamtband Buchners Kolleg Geschichte – Neue Ausgabe Rheinland-Pfalz** deckt passgenau die Vorgaben für die Pflichtmodule der gymnasialen Oberstufe ab.

Digitale Aufgabenkästen

Alle Aufgabenkästen erhalten „digitale Zwillinge“. Die dort hinterlegten Erklärungen zu Operatoren sowie Differenzierungsmaterialien und ausgewählte digitale Anwendungen (anonyme Abstimmungen, Rankings, Wortwolken u.a.) sind passgenau an Aufgaben im Buch angebunden und stehen Ihnen über QR- und Mediacodes fertig konzipiert zur Verfügung.

Digitales Schulbuch click & study



Mit dem **digitalen Schulbuch click & study** erhalten Ihre Schülerinnen und Schüler die vollständige digitale Ausgabe des C.C.Buchner-Lehrwerks, einen modernen Reader mit zahlreichen nützlichen Bearbeitungswerkzeugen sowie einen direkten Zugriff auf Links und Zusatzmaterialien, die in der Printausgabe über Mediacodes zugänglich sind.

Digitales Lehrermaterial click & teach



Für eine schnelle und unkomplizierte Unterrichtsvorbereitung bieten wir mit **click & teach** ein **digitales Lehrermaterial** an. Enthalten sind neben dem kompletten digitalen Schulbuch auch Lösungsangebote, Arbeitsblätter, Zusatzmaterialien und Zusatztexte.



Über die Konzeption

- ▶ **Hybrides Schulbuch für Geschichte:** Der Band bietet Ihnen digitale Aufgabenkästen mit interaktiven Anwendungen und Übungen sowie digitale Möglichkeiten zur Binnendifferenzierung.
- ▶ **Problemorientierte Einstiege** definieren zu Beginn jedes Kapitels die konkreten Lernziele für die Schülerinnen und Schüler.
- ▶ **Strukturierte Abiturvorbereitung:** Oberstufengemäße Selbsttätigkeit beim Lernen wird durch passende Angebote nachhaltig gefördert: mithilfe der Abschlusseiten der Kapitel sowie durch Lösungen zu den Materialien für die Abiturvorbereitung.
- ▶ **Viele Beispiele zur Regionalgeschichte** rücken die unmittelbare Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler in den Fokus und tragen dem Regionalschwerpunkt im Lehrplan Rechnung.



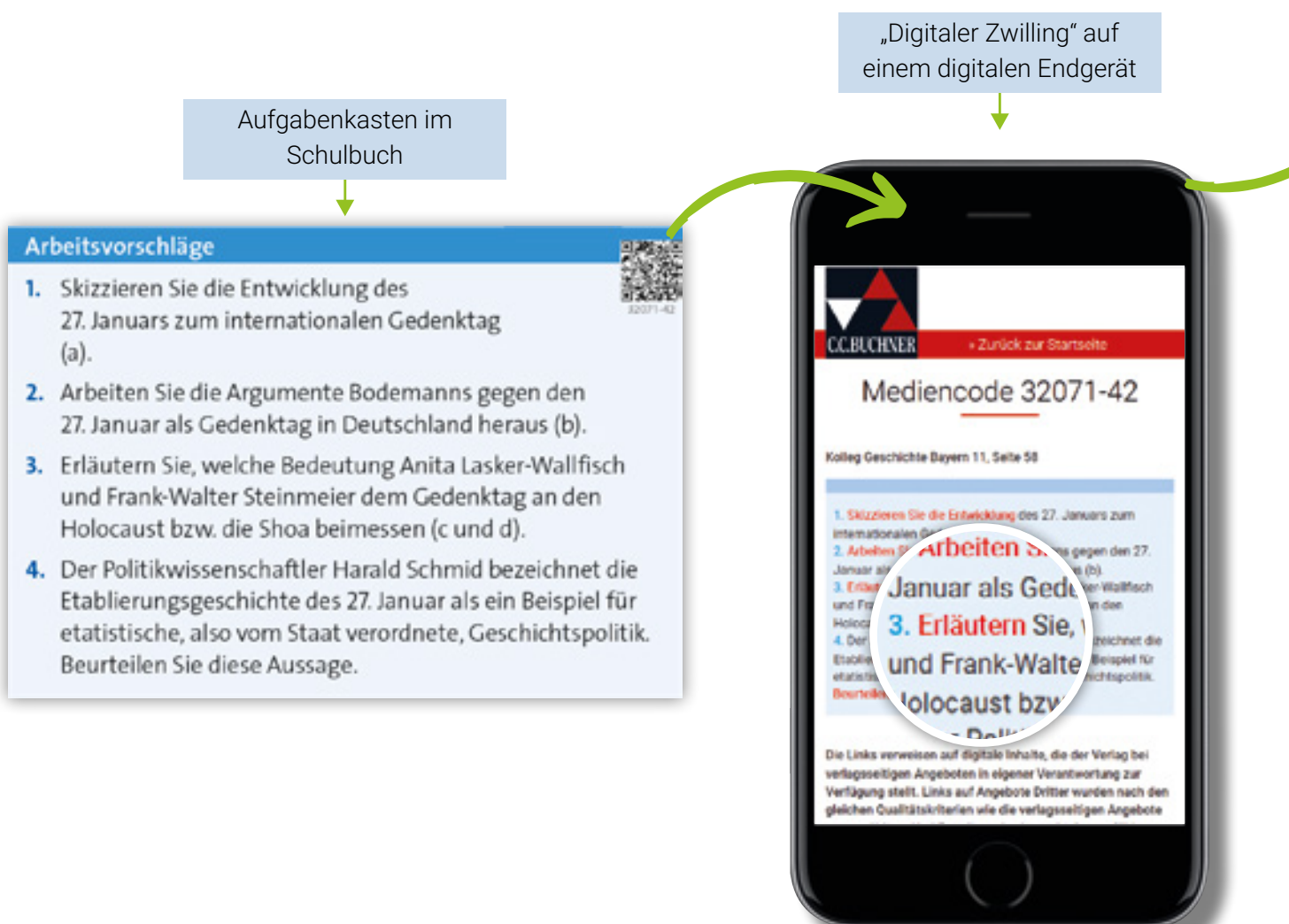
- ▶ **Auftaktseiten** zu den Großkapiteln leiten in Text und Bild prägnant und motivierend in das Thema ein.
- ▶ **Orientierungsdoppelseiten** zu den einzelnen Großkapiteln ordnen die Epochen- bzw. Themeneinheiten in den historischen Kontext ein und schaffen damit die Voraussetzungen für ein strukturgeschichtliches Arbeiten.
- ▶ **Methodenseiten** erläutern zentrale historische Arbeitsweisen an konkreten Beispielen.
- ▶ **QR-Codes** stellen digitale Inhalte wie interaktive Übungen, animierte Karten, History Clips und Internettipps zur Verfügung.
- ▶ Sonderseiten der Rubrik **Geschichte kontrovers** stellen in jedem Modulkapitel Leitfragen des Lehrplans ins Zentrum und fördern die Urteilskompetenz.

Buchners Kolleg Geschichte – Neue Ausgabe Rheinland-Pfalz

Das hybride Schulbuch

Digitale Aufgabenkästen

Buchners Kolleg Geschichte gibt jedem Aufgabenkasten einen „digitalen Zwilling“. Mithilfe der QR- und Mediacodes in den Kopfzeilen der Aufgabenkästen können alle Aufgaben digital abgerufen werden. Diese digitalen Aufgaben sind identisch mit den jeweiligen Aufgaben im Schulbuch, bieten aber zahlreiche Erweiterungen.



Digitale Operatoren- und Methodenkarten

- ▶ Operatoren- und Methodenkarten werden zu den jeweils passenden Operatoren und Methoden verlinkt.
- ▶ Mithilfe von digitalen Endgeräten können somit wichtige Verständnis-, Strukturierungs- und Formulierungshilfen für einzelne Operatoren oder Methoden angeschaut und direkt an der Aufgabe, ohne blättern zu müssen, genutzt werden.

Erläutern/erklären
I. Was ist zu tun?

1. Sie ordnen historische Sachverhalte mithilfe von Wissen aus dem Unterricht in einen Zusammenhang (z.B. die Entstehungszeit) ein.
2. Sie verdeutlichen ihre Einordnung durch zusätzliche Informationen und Beispiele.

II. Hilfen zur Strukturierung und Formulierung

Fragestellung und Sachverhalt benennen
Der vorliegende Sachverhalt ... thematisiert/nimmt Bezug auf ...
Im Wesentlichen geht es dabei um ...

Sachverhalt in einen Zusammenhang einordnen
Xy ist ein Beispiel für ...

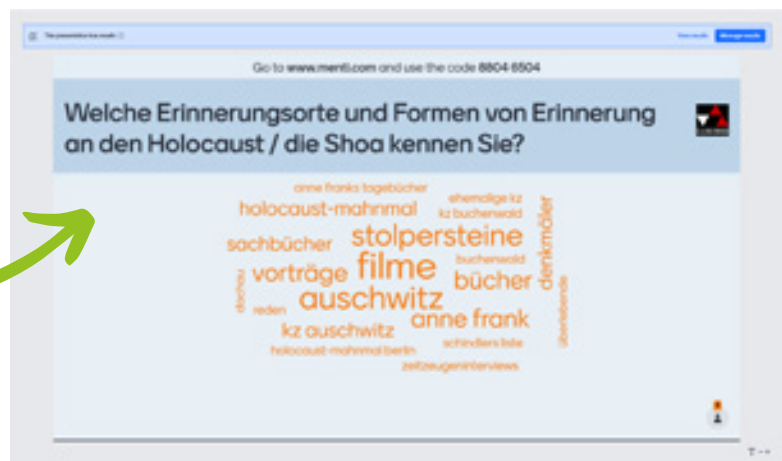
Sachverhalt im Zusammenhang deuten
Vor dem Hintergrund von ... bedeutet xy ...
Xy lässt sich erklären durch ... /xy ist demnach die Ursache/Folge von ...

Einordnung durch Zusatzinformationen und Beispiele verdeutlichen
Ein weiteres Beispiel für xy/ein Teilaspekt von xy ist ...

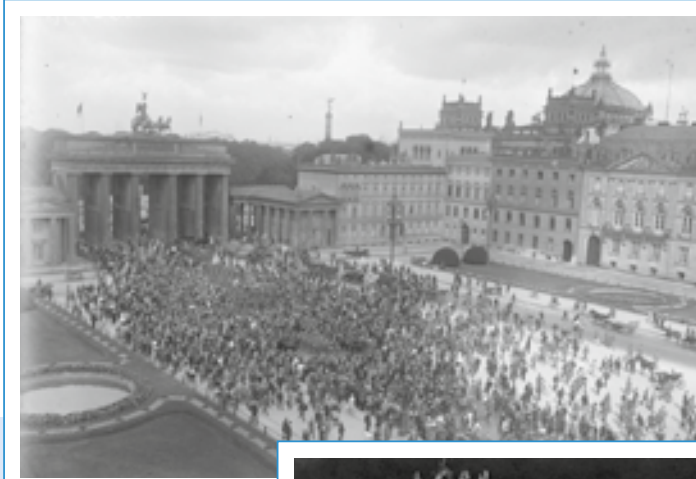


Digitale interaktive Anwendungen

- ▶ Aufgaben aus dem Schulbuch werden um digitale, interaktive Anwendungen (z. B. anonyme Abstimmungen, Wortwolken, Rankings, ...) erweitert.
- ▶ Diese Anwendungen können Sie direkt in Ihrer Lerngruppe einsetzen, die Ergebnisse auswerten und diskutieren.



Einstieg in die Lernfelder



M1 **Q** Verfassungsfeier der Weimarer Republik vor dem Brandenburger Tor am 11. August 1923

M2 **Q** Der „Triumphzug“ der Nationalsozialisten am Abend des 30. Januar 1933 in Berlin

Standfoto aus der Schlusszene des NS-Propagandafilms „Hans Westmar“ von 1933



Großformatige Bilder aktivieren Vorwissen und reißen die Bandbreite der Themen an.



M3 **Q** Das Brandenburger Tor vor dem Fall der Mauer im Sommer 1989

Arbeitsvorschläge

1. Erläutern Sie, inwiefern das Brandenburger Tor als Symbol der deutschen Geschichte gelten kann.
2. Aktivieren Sie Ihr Vorwissen: Wählen Sie fünf Kompetenzbeschreibungen aus und notieren Sie Stichpunkte zu den Themen. Überprüfen und ergänzen Sie diese am Ende des Kapitels.



32027-173

3 Demokratie und Diktatur im 20. Jahrhundert

Ein einführender Text zeigt knapp und verständlich die Zusammenhänge der Lernfelder auf.

Nach 1945 wurde die Weimarer Republik lange Zeit mit Blick auf ihr Ende ab 1929/30 und ihr Scheitern betrachtet, weil die hoffnungsfrohe erste Demokratie auf deutschem Boden in der menschenverachtenden Diktatur des „Dritten Reiches“ mündete. Die historische Forschung hat in den letzten Jahren jedoch verstärkt den demokratischen Aufbruch, Erfolge und Errungenschaften in den Blick genommen.

In der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stand die Phase der Machtübertragung 1933 lange im Vordergrund. Seit rund 30 Jahren liegt der Schwerpunkt auf dem Holocaust als „Zivilisationsbruch“, wobei heute vor allem mit Blick auf die mediale Darstellung von Nationalsozialismus und Holocaust die Frage gestellt wird, wie wir uns heute damit auseinandersetzen sollten.

Die deutsche Geschichte nach 1945 war länger als vier Jahrzehnte die Geschichte einer geteilten Nation. Die Auseinandersetzung zweier konkurrierender und vollkommen gegensätzlicher Systeme beherrschte das Weltgeschehen und die darin eingebettete Deutschlandpolitik der Alliierten. So unterschiedlich Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in West- und Ostdeutschland waren, so unterschiedlich waren auch Geschichts- und Erinnerungskultur als Grundlage des jeweiligen Selbstverständnisses. Diese zu untersuchen, zu verstehen und einander anzunähern ist heute eine Aufgabe der Geschichtswissenschaft.

Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes können:

- ... die politische Entwicklung der Weimarer Republik erläutern
- ... Bedingungsfaktoren für das Scheitern der Weimarer Republik darstellen
- ... die Bedeutung der Weimarer Republik in der deutschen Geschichts- und Erinnerungskultur seit 1949 bewerten
- ... die Faktoren für Aufbau und die Konsolidierung der NS-Diktatur benennen
- ... den Holocaust unter Rückgriff auf Erklärungsansätze der Forschung erläutern
- ... die Gesellschaft im Nationalsozialismus zwischen Integration, Ausgrenzung und Widerstand beschreiben und deren Ursachen und Folgen beurteilen
- ... die aktuelle geschichtskulturelle Darstellung von Nationalsozialismus und Holocaust bewerten
- ... die Ursachen der deutschen Teilung erklären
- ... die deutsch-deutsche Geschichte nach 1945 in vergleichender Perspektive erläutern
- ... SED-Diktatur und Bundesrepublik in der gegenwärtigen Geschichts- und Erinnerungskultur beurteilen

Die vom Lehrplan geforderten Kompetenzen werden für die Schülerinnen und Schüler transparent gemacht.

Orientierung für die Pflichtmodule

238

Orientierung

3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa erschien es fraglich, ob auf deutschem Boden eine stabile freiheitlich-parlamentarische Demokratie mit einer pluralistischen Gesellschaft entstehen könnte. Die Bedingungen für den Neubeginn gaben die Alliierten vor. Die Umsetzung der gemeinsam im „Potsdamer Abkommen“ getroffenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen in den einzelnen Besatzungszonen führte jedoch im beginnenden Kalten Krieg bald zu einer Auseinanderentwicklung und schließlich zur Teilung Deutschlands. Die Trennlinie verlief mitten durch Deutschland und ließ zwei politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich unterschiedliche Systeme entstehen.

Die folgenden Jahre waren geprägt von ideologischen und politischen Auseinandersetzungen, die eine Lösung der deutschen Frage verhinderten. Die beiden 1949 gegründeten deutschen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR beanspruchten jeder für sich seine Überlegenheit gegenüber dem anderen. Es dauerte 20 Jahre, bis es im Rahmen der globalen Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten kam.

Erst zu Beginn der 1980er-Jahre formierte sich in der DDR eine Oppositionsbewegung. Ihr Wirken mündete in die Friedliche Revolution von 1989, den Mauerfall, die Überwindung der SED-Diktatur und schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands. 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die deutsche Frage damit beantwortet.

Ein kurzer Text zusammen mit Kartenmaterial oder Abbildungen führt zu Beginn jedes Pflichtmoduls in das Thema ein.

M1 D Bundesrepublik und DDR

Die Karte zeigt die Gliederung der Bundesrepublik Deutschland in Bundesländer (seit 1949, das Land Baden-Württemberg wurde 1952 gegründet, das Saarland trat 1957 der Bundesrepublik bei) und die Gliederung der Deutschen Demokratischen Republik in Bezirke (seit 1952).



- 1945 — **Potsdamer Konferenz** der alliierten Siegermächte über Deutschland.
- 1945–1948 — Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches sowie aus Ost- und Südosteuropa.
- 1945–1950 — Die Alliierten führen in ihren Besatzungszonen unterschiedliche Verfahren der **Entnazifizierung** durch.
- 1945/46 — **Nürnberger Prozess** gegen die Hauptkriegsverbrecher.
- 21./22.4. 1946 — In der Sowjetischen Besatzungszone schließen sich KPD und SPD zur SED zusammen.
- 30.8.1946 — Gründung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz.
-
- 1947 — Erstes deutsches Parlament nach dem Zweiten Weltkrieg: der Frankfurter Wirtschaftsrat.
- 1948–1952 — US-amerikanische Aufbauhilfe (Marshall-Plan) für die westeuropäischen Länder.
- 1948/49 — **Berlin-Blockade**. Die Stadt wird geteilt und erhält getrennte Verwaltungen.
- 1949 — **Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR**.
-
- 1950 — Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS); die DDR wird Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).
- April 1950 — Die ersten Flüchtlinge und Vertriebenen treffen in Rheinland-Pfalz ein.
- 17.6.1953 — Landesweiter **Arbeiteraufstand** gegen das SED-Regime.
- Mai 1955 — Mit den **Pariser Verträgen** endet die Besatzungszeit im Westen. Die Bundesrepublik wird Mitglied der NATO.
- 1957 — Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** (EWG).
- 13.8.1961 — Die DDR-Regierung beginnt in Berlin mit dem **Bau der Mauer**.
- 1972/73 — **Grundlagenvertrag** zwischen Bundesrepublik und DDR.
- 1975 — Die DDR unterzeichnet die KSZE-Schlussakte, in der Menschen- und Bürgerrechte nach westlichem Maßstab festgelegt sind.
- 3.10.1990 — **Wiedervereinigung Deutschlands**.

Zwischen
Zusammenbruch
und Neubeginn

Die doppelte
Staatsgründung

Geteilte
Geschichte: Bun-
desrepublik und
DDR 1949–1989

Eine Chronologie listet die wesentlichen Etappen auf und gibt kurze Erklärungen. Ereignisse und Prozesse, die der Lehrplan vorgibt, sind hervorgehoben.

Blaue Basisseiten für Grund- und Leistungskurs

254

Aus dem Lehrplan abgeleitete Leitfragen und das Einstiegsmaterial mit Arbeitsfragen aktivieren das Vorwissen der Schülerinnen und Schüler, schulen sie in einer problemorientierten Herangehensweise an das Thema und schaffen somit die Grundlage für eine zielgerichtete Bearbeitung der Darstellungstexte und Materialien.

Plakat der Nationalen Front von 1960

- ▶ Erläutern Sie die Bildelemente.
- ▶ Analysieren Sie Wirkung und Aussage des Plakats

Imperialismus: Nach Auffassung des Marxismus-Leninismus ist der Imperialismus die fortgeschrittene Stufe des Kapitalismus, da die Industrieländer, um sich Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern, zur Unterwerfung und Ausbeutung anderer Staaten übergehen.

Ein verständlich formulierter und klar gegliederter Darstellungstext liefert Grundwissen. Begriffe, die der Lehrplan vorsieht, sind hervorgehoben und werden in der Randspalte erläutert.



M 2 **Erich Honecker** (1912–1994): Politiker, seit 1930 Mitglied der KPD, 1935–1945 von den Nationalsozialisten inhaftiert, seit 1958 Mitglied der SED-Führung, 1971–1989 Generalsekretär der SED, 1976–1989 DDR-Staatsratsvorsitzender

Politik und Gesellschaft in der DDR

Folgende Fragen beantwortet dieses Kapitel:

- ▶ Welches politische und gesellschaftliche Selbstverständnis herrschte in der DDR?
- ▶ War das politische System der DDR stabil?
- ▶ Wie ging der SED-Staat mit Kritik aus der Bevölkerung und Opposition um?



Die DDR: sozialistischer Gegenentwurf zur Bundesrepublik

Von Anfang an grenzte sich die DDR gegenüber der Bundesrepublik ab und begriff sich als der „bessere“ der beiden deutschen Staaten. Die herrschende Staatspartei – die SED – verstand die DDR als „antifaschistisches Bollwerk“, als Friedensstaat und als sozialistischen Staat, der damit in besonderem Maße als Wohlfahrtsstaat den Menschen diente. In der kommunistischen Weltanschauung galt der „Faschismus“ als letzte Stufe einer kranken kapitalistischen Gesellschaft. Das SED-Regime übernahm dieses Geschichtsbild. Der Sozialismus würde demnach den Kapitalismus und somit auch den Faschismus überwinden. Auf der Suche nach Legitimität stellte sich die Parteiführung der SED in die Nachfolge des kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und machte diesen zum „Gründungsmythos“ der DDR. Gerade junge Menschen und Intellektuelle befürworteten den Staat, da sie so deutlich Abstand zur NS-Vergangenheit wahren konnten.

Da die DDR mit der NS-Vergangenheit so klar gebrochen habe, lehnte sie jede Verantwortung für die NS-Verbrechen und Wiedergutmachungen an Israel ab. Die von Politik und Presse unermüdlich hervorgehobene angebliche Friedensliebe der DDR sollte den jungen Staat sowohl von der deutschen Vergangenheit als auch von den angeblich „imperialistischen“ Nachbarn in der Bundesrepublik abgrenzen. Doch ließ die SED nur ihre eigene Vorstellung von Friedenspolitik gelten. Sie bekämpfte die Mitglieder der Friedensbewegung im eigenen Land als Staatsfeinde. Das Verweigern des Wehrdienstes war nicht gestattet.

Da die DDR mit der NS-Vergangenheit so klar gebrochen habe, lehnte sie jede Verantwortung für die NS-Verbrechen und Wiedergutmachungen an Israel ab. Die von Politik und Presse unermüdlich hervorgehobene angebliche Friedensliebe der DDR sollte den jungen Staat sowohl von der deutschen Vergangenheit als auch von den angeblich „imperialistischen“ Nachbarn in der Bundesrepublik abgrenzen. Doch ließ die SED nur ihre eigene Vorstellung von Friedenspolitik gelten. Sie bekämpfte die Mitglieder der Friedensbewegung im eigenen Land als Staatsfeinde. Das Verweigern des Wehrdienstes war nicht gestattet.

Der SED-Staat

Ganz ähnlich wie in den übrigen Staaten des sowjetischen Machtbereiches in Osteuropa entstand in der DDR eine Diktatur, deren Führung sich zu keinem Zeitpunkt auf die freiwillige Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung berufen konnte. Die eigentliche Macht in der DDR hatten nicht Regierung und Ministerien, sondern die SED und ihre Parteigremien. Vorbild war die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPD). Der Generalsekretär der SED – zunächst Walter Ulbricht, ab 1971 **Erich Honecker** – war der faktische Herrscher über die DDR. Nach der Auffassung der SED war es ihre Aufgabe, die Herrschaft der Arbeiterklasse und damit den dauerhaften Sieg des Sozialismus zu sichern.

Darstellungsseiten

Politik und Gesellschaft in der DDR

255

Die „bürgerlichen“ Teile der Gesellschaft versuchte die SED zu erreichen, indem sie u. a. eine konservative Partei, die CDU, sowie die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) zuließ. Auf diese Weise sollte Parteienvielfalt vorge-
 50 täuscht und der faktische Einparteiensstaat der SED verschleiert werden. Die sogenannten „Blockparteien“ waren aber nur ein verlängerter Arm der SED, und die Wahlen zum Parlament der DDR, der Volkskammer, hatten auf die Sitzverteilung
 60 keinen Einfluss, denn diese wurde bereits vorab festgelegt. Massenorganisationen wie der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) und die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) gehorchten ohnehin den Weisungen der SED. Parteien und Organisationen waren seit 1949 in der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ zusammenges-
 65 chlossen. Da die maßgeblichen Stellen der Nationalen Front von SED-Funktionären eingenommen wurden, konnte die SED auf diesem Weg alle Parteien und Massenorganisationen steuern.



M3 FDJ-Aufmarsch bei einem nationalen Jugendfestival, Karl-Marx-Allee, Ost-Berlin

Foto vom 3. Juni 1979

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) war eine kommunistische Jugendorganisation der DDR. Der Eintritt fand für Jungen und Mädchen im Alter von 14 Jahren statt. Er geschah freiwillig, aber wer nicht beitrug, wurde später bei der Vergabe von Studienplätzen oder Lehrstellen benachteiligt. 1972 gehörten 58 Prozent der Jugendlichen der FDJ an, 1986 waren es 74 Prozent. Die FDJ gibt es noch heute, ihr Stellenwert ist jedoch nicht mehr mit dem in der DDR vergleichbar.

► Informieren Sie sich über die Aktivitäten und Regeln der FDJ zu DDR-Zeiten.



32027-124

Geschichte In Clips:

Zur Jugend in der DDR und Organisationen wie der FDJ siehe den Code 32027-124.

QR- und Mediacodes stellen digitale Inhalte wie interaktive Übungen, animierte Karten, History Clips und Internettipps zur Verfügung.

„Volksdemokratie“ – Demokratie zum Schein
 Die DDR enthielt ihren Bürgerinnen und Bürgern in der Verfassung garantierte Grundrechte wie Freizügigkeit und Freiheit der Berufswahl vor. Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde trotz aller frauenfreundlichen Parolen nicht durchgesetzt. Der Staat ermöglichte zwar eine hohe Erwerbstätigkeit der Frauen durch sozialpolitische Maßnahmen wie kostenlose Kinderbetreuung. Trotzdem hatten Frauen schlechtere Ausbildungschancen, ihre Gehälter waren niedriger und ihre Pflichten im Haushalt trotz voller Berufstätigkeit größer als die der Männer. Der Einfluss der Kirchen wurde in der DDR, wo immer möglich, eingedämmt. Alle Medien wurden zentral gelenkt und standen im Dienst der Partei und ihrer sozialistischen Ideologie. Abweichende Meinungen konnten nicht legal veröffentlicht werden und standen sofort unter dem Verdacht der „staatsfeindlichen Hetze“.

Machtinstrumente der SED waren die Streitkräfte der DDR – die „Nationale Volksarmee“, eine von der SED abhängige Justiz, die willkürliche Verhaftungen duldete und Strafen verhängte, gegen die keine Rechtsmittel eingelegt werden konnten – vor allem aber das 1950 eingerichtete **Ministerium für Staatssicherheit** („Stasi“). Es verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“. Ihm unterstand ein breites Netz an
 85 Agenten, Spitzeln und bis zu 200 000 „informellen Mitarbeitern“ mit deren Hilfe „auffällige“ Bürger bespitzelt wurden, um Oppositionelle und Regimekritiker aufzuspüren und zu überwachen. Die Mittel der „Stasi“ waren vielfältig, von Beschattungen und Festnahmen bis zu psychischer Zersetzung, Verschleppungen und sogar Mord. Auch Bürgerinnen und Bürgern, die in den Westen geflohen waren („Republikflüchtlingen“), stellte sie nach, ließ sie in die DDR zurückbringen oder ermorden. Viele Menschen erfuhren erst nach dem Untergang der DDR von den staatlichen Bespitzelungen,
 90 teils aus dem engsten Freundes- und Familienkreis.

Ministerium

(„Stasi“): Kontrollorgan zur Sicherung der Macht der SED in Form eines gewaltigen Überwachungsapparats mit einer Vielzahl von offiziellen und „inoffiziellen Mitarbeitern“ (IM), das massiv gegen Menschen- und Bürgerrechte verstieß



32027-125

Internettipp:

Unter dem Mediacode 32027-125 finden Sie weitere Beispiele dafür, wie die „Staatssicherheit“ gegen Regimekritikerinnen und -kritiker vorging.

Materialienseiten

260 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945



M12 Der Tod von Peter Fechter an der Berliner Mauer

Am 17. August 1962 schossen Grenzsoldaten den 18-jährigen Peter Fechter nieder, als dieser versuchte, die Grenzanlage in der Berliner Zimmerstraße nahe dem Grenzkontrollpunkt Checkpoint Charlie zwischen den Bezirken Mitte und Kreuzberg zu überwinden. Das schwer verletzte Opfer verblutete. Grenzpolizisten der DDR bargen Fechter erst nach einer Dreiviertelstunde. Sein Begleiter konnte nach West-Berlin entkommen.

- ▶ Die Aufnahme des Fotografen Wolfgang Bera wurde zu einem Schlüsselbild und zum Symbol für die Unmenschlichkeit der Teilung Berlins. Dazu trug vor allem die großformatige Veröffentlichung der Aufnahme auf der Titelseite der Tageszeitung Berliner Morgenpost (Axel Springer Verlag) am 18. August 1962 bei. Analysieren Sie die Fotografie.



Filmtipp:
Berlin – Ecke Schönhauser ...;
Regie: Gerhard Klein, 1957

32027-133

Oberstufengemäße Materialien stärken die wissenschaftspropädeutische Ausrichtung des Geschichtsunterrichts.

M13 Anpassung als Überlebensstrategie

Joachim Gauck ist bis zum Ende der DDR Pfarrer in Rostock und engagiert sich für Bürgerrechte. Nach der Wiedervereinigung wird er Sonder-, dann Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. In dieser Funktion erinnert er an die Auswirkungen der SED-Diktatur auf die Bürgerinnen und Bürger:

Mit dem Bau der Mauer wurde gleichsam die Leibeigenschaft zur Staatsdoktrin erhoben, denn von da an konnte nur derjenige diesem System noch entgehen, der bereit war, sein eigenes Leben aufs Spiel zu setzen. Das Gefühl, wehrlos in der Falle zu sitzen, veränderte das Verhältnis zu diesem Staat und seinen schamlosen Lügen [...]. Der Bürger dachte sich zwar immer noch seinen Teil, aber er konnte es nicht mehr wagen, dies auch auszusprechen, denn es gab ja kein Entrinnen mehr. Hinter der Formel vom „gelernten DDR-Bürger“ verbirgt sich vor allem diese Grunderfahrung. [...]

Wer fortan nicht als Märtyrer kämpfen wollte, musste sich ohne diese letzte Möglichkeit der Selbstverteidigung arrangieren. Für alle, die auch im real existierenden Sozialismus das Leben, das einem schließlich nur einmal geschenkt wird, genießen wollten, die fröhlich sein und Kinder haben wollten – für die wurde Anpassung von nun an zu einer Strategie des Überlebens.

Zwar gehörten die terroristischen Instrumente des Stalinismus wie Folter, Verschleppung oder Mord der Vergangenheit an, aber seine zivile Spielart breitete sich nun ungehemmt in alle Lebensbereiche aus. Die Vorstellung der SED, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein, ihr Anspruch auf die absolute Macht bestimmten von nun an das Leben der DDR-Bürger buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre. Das Ministerium für Staatssicherheit drang immer umfassender in das gesamte gesellschaftliche Leben der DDR ein und war als Angstapparat der SED ungeheuer wirkungsvoll. [...]

In dieser Situation wirkte die Angst gleichsam als ein Signalsystem, das ein unauffälliges Alltagsleben durch Anpassung gewährleistete. Sie wurde für mehrere Generationen [...] zum Motor, der vieles in Gang setzte: Angst bewirkte Anpassung oder sogar Überanpassung bei denen, die ihre Ellenbogen einzusetzen vermochten, sie bewirkte Depression und Rückzug in die viel beschriebenen Nischen der DDR-Gesellschaft. Sehr selten bewirkte die Angst auch Protest – bezeichnenderweise vor allem bei den Jüngeren, die noch nicht jahrzehntelang das Gefühl permanenter Bedrohung verinnerlicht hatten. In der Regel war die Angst jedenfalls so wirksam, dass ein gewisses Maß an Überanpassung zur DDR-Normalität gehörte. [...]

Die Erziehung zur Anpassung begann bereits in der Kinderkrippe und im Kindergarten. Rigoros wurde hier das

oberste sozialistische Erziehungsziel „Individualität hemmen und den eigenen Willen brechen“ durchgesetzt. Schon ein Erstklässler bekam mitunter zu spüren, wie unverzichtbar Anpassung war, weil Lehrer häufig eher die staatstreue Gesinnung als die fachliche Leistung bewerteten. [...] Die in der Volksbildung vorherrschende Pädagogik, die den Schülern antrainierte, anders zu reden als zu denken, setzte sich auch in vielen Familien fort. Manche Eltern haben ihre Kinder sogar gegen die eigene Überzeugung zu angepasstem Verhalten erzogen, um ihnen eine reibungslose Entwicklung zu ermöglichen.

Joachim Gauck, Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR, bearb. von Margarethe Steinhausen und Hubertus Knabe, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 45-47

M15 Q Angepasst?

Karikatur von Heinz Behling auf dem Titelblatt der DDR-Satirezeitschrift „Eulenspiegel“, 1989
Der Schüler hält ein Zeugnis in der Hand. Er hat in allen Fächern die Note „1“.

► Interpretieren Sie die Karikatur.



Arbeitsvorschläge



1. Geben Sie die Aussagen Gaucks in Form einer Mindmap wieder. Als Ausgangspunkt können Sie die Quellenüberschrift „Anpassung als Überlebensstrategie“ nehmen.
2. Erläutern Sie den Unterschied zwischen „Anpassung“ und „Überanpassung“ (Z. 17f. und 34).
3. Arbeiten Sie heraus, wie die SED-Führung die Funktionstüchtigkeit ihres Regimes zu sichern versuchte.
4. Erörtern Sie, welche Funktion die Nischen der DDR-Gesellschaft nach Gauck für den „gelernten DDR-Bürger“ (Z. 10) erfüllten.

M14 Q Der Traum vom „idealen Sozialismus“

Der Regimekritiker Robert Havemann formuliert anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der DDR im September 1979 Thesen zur Reformierung des Landes:

Das politische System, das in der DDR wie auch in einigen osteuropäischen Staaten besteht, bezeichnet sich selbst als „realen Sozialismus“. Damit will man sagen, dass es einen „idealen Sozialismus“ nur in den Träumen sektiererischer¹ Utopisten² gibt, nicht aber in der Wirklichkeit. Wer sich diesen Träumen hingibt und auf diese Weise seine Unzufriedenheit mit dem real existierenden Sozialismus zum Ausdruck bringt, heißt es, hilft nur den Gegnern des Sozialismus. Aber in der Geringschätzung und Verdächtigung der Träume von einem idealen Sozialismus sind sich gerade die Gegner und Feinde des Sozialismus mit den Ideologen des realen Sozialismus völlig einig. Sie lachen über die Einfältigen, die glauben, Sozialismus sei möglich

¹ sektiererisch: abweichend, abtrünnig
² Utopist: Welt- und Wirklichkeitsfremder

ohne Unterdrückung der Andersdenkenden, ohne Polizeisystem und Mauer. Entweder Freiheit oder Sozialismus, sagen sie, aber niemals beides zugleich. Und ihr Beweis für diese Behauptung ist der reale Sozialismus. [...]

Die Deutsche Demokratische Republik ist auf dem Weg in die Zukunft, die Sozialismus heißt, der westdeutschen Bundesrepublik und den anderen westeuropäischen Industriestaaten weit voraus. [...] Wir müssen nur den längst fälligen zweiten Schritt tun, den Schritt in die Demokratie durch Aufhebung der und Herrschaft des Parteiapparats. [...] Wir und hier beginnen, den großen Traum der Demokratie zu verwirklichen, getreu dem Bebel-Wort: Demokratie kein Sozialismus, ohne Sozialismus keine Demokratie.

Robert-Havemann-Gesellschaft, RH 023/09, Bd. 102, zitiert https://www.chronik-der-mauer.de/material/178852/robert-havemann-10-thesen-zum-30-jahrestag-der-ddr-september-1979 [31.05.2022]

Arbeitsvorschläge



1. Definieren Sie mithilfe eines (Online-)Lexikons den „realen Sozialismus“ und grenzen Sie ihn von dem „idealen Sozialismus“ ab.
2. Erläutern Sie, was Regimekritiker wie Robert Havemann daran kritisieren, dass die SED-Führung am „realen Sozialismus“ in der DDR festhalten will. | F

Wissen vernetzen



1. Vergleichen Sie die Entwicklung von Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik und in der DDR in einem Schaubild. | H
2. Überprüfen Sie, ob es Wechselwirkungen zwischen den Entwicklungen in beiden Staaten gab.

Die Arbeitsaufträge Wissen vernetzen führen die Einzelthemen großer Kapitel zusammen: Sie schlagen u. a. den Bogen zum Einstieg und zu den Leitfragen.

Die Arbeitsaufträge spiegeln die erwarteten prozess- und inhaltsbezogenen Kompetenzen wider. Angebote zum Fordern | F und Helfen | H ermöglichen binnendifferenzierendes Arbeiten.

Geschichte kontrovers

Geschichte kontrovers

Geschichte kontrovers

Die DDR – ein Unrechtsstaat?

Seit der deutschen Wiedervereinigung flammt immer wieder die Diskussion auf, ob die DDR eindeutig als Unrechtsstaat zu bezeichnen sei. Der Einigungsvertrag 1990 charakterisierte sie klar als „SED-Unrechts-Regime“. Doch diese Auffassung wurde seitdem quer durch die Parteienlandschaft der Bundesrepublik und durch die politischen Grundeinstellungen von Juristen, Politikwissenschaftlern und Vertretern der Bundesregierung wie der politischen Opposition kontrovers diskutiert.

M1 Q „Moralischer Generalverdacht“

Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin und Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) von 1999 bis 2008, nimmt Stellung:

Wer die DDR einen „Unrechtsstaat“ nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht. [...] Deshalb wende ich mich gegen eine monopolistische Deutung der DDR als „Unrechtsstaat“. Dabei verstehe ich die Gründe, warum andere sie so bezeichnen, durchaus: fehlende Menschen- und Bürgerrechte, keine Gewaltenteilung, keine unabhängige Justiz, keine freien Wahlen. Ich habe das Regime der DDR selbst unzählige Male so oder ganz ähnlich kritisiert [...].

Dabei folge ich der berühmten Analyse, die der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel aus eigener Erfahrung über den NS-Staat vorgelegt hat. Er unterscheidet in seinem Buch über den Doppelstaat zwischen dem „Normenstaat“ und dem „Maßnahmenstaat“, dessen Dualität das „Dritte Reich“ geprägt hat. Während der „Normenstaat“ um des möglichst reibungslosen Funktionierens von Wirtschaft und Gesellschaft willen in vielen Bereichen die rechtsstaatliche Tradition der Weimarer Republik fortsetzte, konnte die NSDAP im „Maßnahmenstaat“ den „Normenstaat“ jederzeit willkürlich außer Kraft setzen. Auch die SED konnte jederzeit die rechtsförmigen Verfahren aussetzen und hat das mit ihrer marxistisch-leninistisch „legitimierten“ Avantgarderolle gerechtfertigt. Daher war und blieb die DDR nicht nur eine Diktatur, sondern auch ein Ort, an dem aus Mangel an Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung Willkür jederzeit praktiziert werden konnte und von der SED auch praktiziert wurde.

Wer nun über diese Qualifizierungen hinaus auf der totalisierenden Bezeichnung „Unrechtsstaat“ besteht, muss mehr wollen und schließt de facto auch mehr ein. Denn das totalisierende Wort „Unrechtsstaat“ verweist auf die Gestalt der gesamten ostdeutschen Lebenswirklichkeit. Während man sich der Mitgliedschaft in der herrschen-

Zu jedem Pflichtmodul präsentiert die Doppelseite Standpunkte vornehmlich von Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zu einer kontroversen historischen Frage.

den Einheitspartei SED, erst recht in der Stasi entziehen konnte, blieb der Staat der DDR das unvermeidbar umfassende politische Gehäuse aller Ostdeutschen. Der Staat ist keine separate Organisation innerhalb oder neben der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft in ihrer politischen Verfasstheit. Wird der Staat pauschal zum „Unrechtsstaat“ gemacht, folgen daraus auch Wertungen für die Lebenswirklichkeit der Menschen. [...] Es macht also einen Unterschied aus, ob man den Menschen in der DDR, die seit dem Mauerbau Gefangene dieses Staates waren, pauschal unterstellt, dass sie sich als Staatsbürger in ihrem beruflichen wie privaten Leben an diesem Unrecht beteiligt haben, weil sie unvermeidbar involviert waren, oder ob man ihnen innerhalb des Staates der DDR die Möglichkeit rechtlichen Handelns einräumt. Entweder der DDR-Staat hat als „Unrechtsstaat“ 40 Jahre lang jede Schule, jeden Kindergarten, jedes Bauamt geprägt und die Menschen jederzeit in sein Unrecht gleichsam hineingezogen. Dann verliert die gegenwärtig gängige und „politisch korrekte“ Unterscheidung zwischen den Menschen und dem politischen System, unter dem sie leben mussten, jeden Sinn. Denn dann mussten sich alle kompromittieren. Oder man konzediert, dass es analog zu Fraenkels „Normenstaat“ Bereiche im Staat der DDR gab, in denen es trotz des Damoklesschwerds der SED-Willkür faktisch, wenn auch nie gesichert, auch rechtlich zugeht. In denen die Menschen sich auch um Rechtllichkeit bemühten. Um diese Unterscheidung geht es mir in der Abwehr der totalisierenden Deutung des „Unrechtsstaates“. [...] Die Diktatur wurde den Ostdeutschen auferlegt. Der totalisierende „Unrechtsstaat“ stellt sie flächendeckend moralisch unter Verdacht. In der rechtsstaatlichen Demokratie des vereinigten Deutschland gilt aber zunächst die Unschuldsvermutung für alle Bürger – nicht nur für die westdeutschen.

Gesine Schwan, In der Falle des Totalitarismus, in: DIE ZEIT, Nr. 27 vom 25. Juni 2009



Die „Geschichte kontrovers“-
Seiten erscheinen online
auf www.ccbuchner.de.

Die DDR – ein Unrechtsstaat?

M2 Der Staat als Räuber der Volksgewalt

Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR von 2000 bis 2011, die die Akten des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) verwaltet und erforscht, meint 2009:

Es wäre abwegig, Gesine Schwan vorzuwerfen, sie verharmlose die SED-Diktatur. Die streitbare Antikommunistin hat das politische System der DDR öffentlich und schonungslos bereits zu einer Zeit kritisiert, als dies vielen, auch in der SPD, noch sauer aufstieß. [...] So weit, so einig. Aber warum dann dieser Streit um den Begriff „Unrechtsstaat“? [...] Die DDR war eine Diktatur – und deren Wesen besteht ja gerade darin, dass die politische Macht des Staates nicht demokratisch durch das Volk legitimiert ist. Der Staat war allein das Instrument der Herrschaft der führenden Partei – ihr vollständig unterworfen. Das Volk hatte weder theoretisch noch praktisch die Möglichkeit, an diesem Machtverhältnis vorbei Einfluss auf staatliches Handeln zu nehmen. [...]

Doch nur dort, wo das Volk als Souverän seine Macht in freier Entscheidung und auf Zeit auf den Staat übertragen hat, ist es auch mitverantwortlich für staatliches Handeln. In der DDR war der Staat kein Treuhänder der Volksgewalt, sondern ihr Räuber. Er stand nicht für die Gesamtheit seiner Staatsbürger ein, sondern er fürchtete sie. Deswegen hat er für seine Sicherheit einen Apparat aufgebaut, dessen Dimension – gemessen an der Bevölkerungszahl – größer war als die jeder anderen Geheimpolizei. Der Daseinszweck des Ministeriums für Staatssicherheit bestand darin, den Staat vor den eigenen Bürgern zu schützen. Dass sich die Staatssicherheit stolz „Schild und Schwert der Partei“ nannte, entlarvt die eigentlichen Verhältnisse: Statt der proklamierten Einheit von Volk und Staat gab es in Wahrheit nur die Einheit von Staat und SED. [...]

Doch die Rechtschaffenheit und die Selbstbehauptung vieler Menschen gegen SED und Staat, die wenigen Inseln der Angstfreiheit in den Kirchen, die immer stärker werdende Opposition – all das stellt nicht infrage, dass der Herrschaftsanspruch des SED-Staates totalitär war. Es beweist vielmehr, dass der Anspruch der SED, etwa ihr Ideal der „sozialistischen Persönlichkeit“, nicht durchsetzbar war und durch den Eigen-Sinn der Menschen begrenzt wurde. [...] Bleibt die Frage, was genau der Begriff Unrechtsstaat meint. Deutschland ist nicht deshalb ein Rechtsstaat, weil es hierzulande nur Recht und kein Unrecht gäbe, sondern weil die Existenz des Staates, weil Regierung



M3 Protestzug vor der Ost-Berliner Sophienkirche.

Foto vom 7. Juni 1989 (Ausschnitt).

Im Zusammenhang mit den gefälschten Wahlergebnissen der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 in der DDR protestierten Bürgerrechtler seit dem 7. Juni 1989 an jedem 7. des Monats für die Offenlegung des Wahlbetruges.

und Gesetzgeber an verbindliche Werte und Rechtsnormen gebunden sind und diese Bindung durch unabhängige Gerichte gesichert wird. Analog dazu ist auch die Bezeichnung Unrechtsstaat nicht davon abhängig, dass nur Unrecht geschieht. Zum einen meint der Begriff, dass die Prinzipien des Rechtsstaates keine Geltung haben und staatliche Macht nicht rechtmäßig begründet ist. In diesem Sinne war die DDR zweifellos ein Nicht-Rechtsstaat, ein Unrechtsstaat. Sie war aber auch ein Unrechts-Staat. Ein Staat, dessen Existenz schon auf Unrecht und auf der Verletzung von Menschenrechten beruhte, der seine Bürger staatlicher Willkür unterwarf und ihrer Rechte beraubte, der allein festlegte, was falsch und richtig war, der Schulen, Universitäten, Medien und Gewerkschaften gleichschaltete, der Menschen mit abweichendem Verhalten zu Feinden erklärte und verfolgte, der das eigene Volk einmauerte und Menschen, die vor ihm flüchten wollten, erschoss – und all dies, um die Macht der SED zu sichern. Die DDR ist ein Unrechtsstaat, und zwar nach allen denkbaren Definitionen.

Marianne Birthler, Liebe Ossiversteher! Die DDR keinen Unrechtsstaat nennen zu dürfen beleidigt den wachen Verstand, in: DIE ZEIT, Nr. 28 vom 2. Juli 2009

Arbeitsvorschlag

1. Die DDR – ein Unrechtsstaat? Nehmen Sie Stellung.

Über passende Materialien und Arbeitsaufträge wird bei den Schülerinnen und Schülern ein tieferes historisches Problembewusstsein geschaffen und gezielt der Aufbau von Urteils-kompetenz gefördert.

Methode

274

Methode

Weitere Anwendungsbeispiele finden Sie auf den Seiten 272f. und 302.

Ein Einführungstext fasst Charakteristika und Besonderheiten der jeweiligen Quellen- bzw. Materialgattung zusammen. In der Randspalte wird auf weitere Anwendungsbeispiele im Schulbuch hingewiesen.

Klar benannte Arbeitsschritte und Leitfragen bieten den Schülerinnen und Schülern Struktur, Orientierung und Anleitung.

Historische Arbeitstechniken werden am konkreten Beispiel aufgezeigt.

Methode

Lieder als historische Quellen analysieren

Lieder gehören zu den eher wenig genutzten historischen Quellen. Doch sind sie Ausdruck der Zeit, in der sie entstanden sind und in der sie gesungen wurden. Lieder erinnern an individuelle und kollektive Erfahrungen, erzeugen solidarische oder ablehnende Gefühle, manche spielen auch auf aktuelle Ereignisse und gesellschaftliche Verhältnisse an und beziehen politisch Stellung. Das macht sie für den Geschichtsunterricht interessant.

Lieder sind in der Regel leicht lernbar und reproduzierbar, man kann sie unabhängig von Ort und Zeit mit und ohne Instrumente singen. Daher sind sie in ihrer Entstehungszeit oft weit verbreitet.

Zielsetzung und Wirkung eines Liedes müssen nicht identisch sein. Letztere hängt davon ab, wie das Lied wiedergegeben wird oder ob es im Laufe der Zeit verändert wurde. Auch Perspektive und Hörgewohnheiten der Menschen, die ein Lied singen und hören, spielen eine große Rolle. Dennoch lassen sich Charakter und Aussage von Liedern durch ein analytisches Vorgehen recht genau bestimmen

Arbeitsschritt

1. beschreiben

Leitfragen

- Wie lautet der Titel des Liedes?
- Wer ist der Verfasser des Liedes und wer hat es vertont?
- Wann wurde es veröffentlicht?
- Wie und in welcher Form wurde es verbreitet?
- Was ist das Thema des Liedes?

2. erklären

- Um welchen Liedtyp handelt es sich? (Rock, Pop, Volksmusik, Schlager, Kinderlied, Liebes- oder Klagelied, Choral, Hymne, Marsch-, Kampf-, Arbeiterlied oder Protestsong usw.)
- Welche Inhalte/zentralen Aussagen haben die Strophen?
- Wie ist das Lied aufgebaut? (Reihenfolge der Strophen, Wiederholungen ...)
- Wie ist die textliche Struktur des Liedes? (Reim, Rhythmus, rhetorische Mittel)
- Welche Perspektive wird im Lied eingenommen? (ich, er/sie ...)
- Welche Stimmung bzw. Gefühle sollen erzeugt werden?
- Gibt das Lied Antworten auf individuelle oder kollektive Herausforderungen? Welche Werte vermittelt es?

3. beurteilen

- Was ist über die Personen bekannt, die das Lied gedichtet, komponiert, aufgeführt haben? (Hintergründe, persönliche Biografie, politische Einstellung etc.)
- Gab es Versuche, das Lied zu zensieren oder zu verbieten?
- Warum und mit welcher Intention wurde der Song geschrieben? (Kritik woran oder Unterstützung wofür bzw. für wen)
- Welche Reaktion soll es beim Hören auslösen?
- Welche anderen Lieder aus der Zeit/zu dem Thema gibt es?
- Welche Schlüsse kann man ziehen, wenn man diese vergleicht?

Lieder als historische Quellen analysieren

Beispiel für eine Liedanalyse

M1 Q „... du musst dich entscheiden“

Nach einer Liberalisierung verfolgt die SED-Kulturpolitik ab 1965 das Ziel, westliche Einflüsse zu unterbinden. Fast alle DDR-Beatbands, die westliche und englischsprachige Titel nachspielen, werden verboten. Die Jugendorganisation der SED „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) übernimmt die Kontrolle über das Musikleben der jungen Generation.

Das 1966/67 von Hartmut König geschriebene und von seiner politischen Liedgruppe „Oktoberklub“ sowie seiner Band „Thomas Nat-schinski und seine Gruppe“ eingespielte Lied „Sag mir, wo du stehst“ ist einer der Schlager der „Singebewegung“ der „Freien Deutschen Jugend“ der SED:



32027-155

Hör Tipp:
Das Lied kann unter Medien-code 32027-155 angehört werden.



32027-156

Internettipp:
Über den Hintergrund des Liedes sowie den Werde-gang des Sängers Hartmut König erfahren Sie mehr unter Mediencode 32027-156

Refrain

Sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst. Sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.

Bestimmender, eindringlicher Imperativ
Adressat („Du“)

Strophe

Zurück oder vorwärts, du musst dich entschließen.
5 Wir bringen die Zeit nach vorn Stück um Stück.
Du kannst nicht bei uns und bei ihnen genießen, denn wenn du im Kreis gehst, dann bleibst du zurück.
Sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.

Kollektiv („Wir“), das sich selbst auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts sieht

Eingängiger Versaufbau

10 (Refrain:) Sag mir, wo du stehst, ...
Du gibst, wenn du redest, vielleicht dir die Blöße, noch nie überlegt zu haben, wohin.
Schmälerst durch Schweigen die eigene Größe.
Ich sag dir, dann fehlt deinem Leben der Sinn.
15 Sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.
(Refrain:) Sag mir, wo du stehst, ...

Appell an Gewissen: Anspruch des Kollektivs, für den Sinn des Lebens zu stehen, während der Einzelne irren kann

Wir haben ein Recht darauf dich zu erkennen.
Auch nickende Masken nützen uns nicht.
20 Ich will beim richtigen Namen dich nennen und darum zeig mir dein wahres Gesicht.
Sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.
(Refrain:) Sag mir, wo du stehst, ...

Ton verschärft sich zu indirektem Feindbild („Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“); Zwang zum sozialistischen Bekenntnis

Hartmut König, Sag mir, wo du stehst © (OT) Harth Musik Verlag/Pro musica, Bergisch-Gladbach

Arbeitsvorschlag

- ▶ Interpretieren Sie das Lied „Sag mir, wo du stehst“.
- ▶ Erläutern Sie, warum man diesen Song im Westen als „Inquisitions-Song“ bezeichnet hat.
- ▶ Vergleichen Sie das Lied mit Udo Lindenberg's „Sonderzug nach Pankow“ (S. 272 f.), indem Sie aus beiden Texten Elemente einer in den beiden deutschen Staaten zu beobachtenden Mentalität herausarbeiten.

Die Lösung zu dieser Seite finden Sie unter Mediencode 32027-157.

Lösungen zu den Arbeitsaufträgen werden über Medien- und QR-Code angeboten.

Perspektive Abitur

202

3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Perspektive
Abitur

Ein Schaubild visualisiert die Bezüge der wesentlichen Aspekte des Kapitels.

Das geteilte Deutschland

BRD

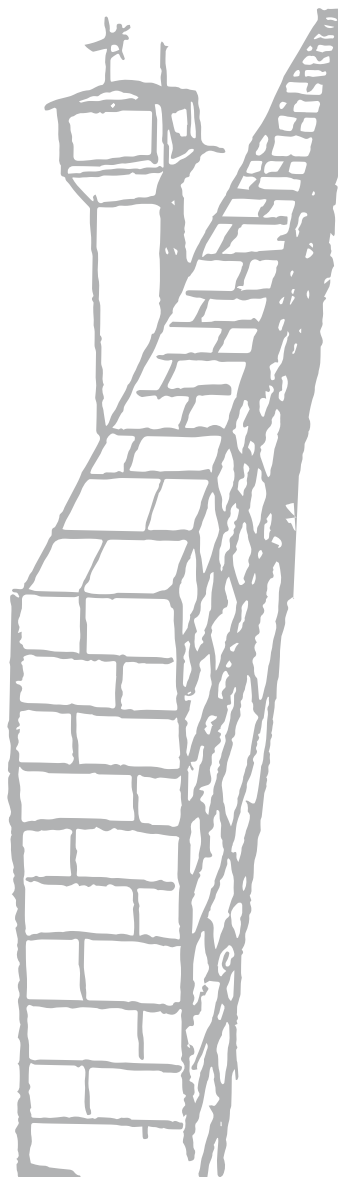
Verfassung/politisches System

- Grundgesetz mit Menschen- und Bürgerrechten
- Gewaltenteilung (→ u. a. Bundesverfassungsgericht)
- demokratischer Pluralismus (Wahlrecht)
- Stärkung des Parlaments (Misstrauensvotum)
- Einbindung durch NATO, EU, WEU, Montanunion, Pariser Verträge

Wirtschaftssystem

- Soziale Marktwirtschaft
- Wettbewerbsprinzip
- Sozialprinzip
- konjunkturpolitisches Prinzip
- Prinzip der Marktkonformität

Mauerbau 1961
Zementierung der Teilung



DDR

Verfassung/politisches System

- sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung („Antifaschismus“)
- Zentralismus, Wahlen von unten nach oben, Anordnungen von oben nach unten
- offene Wahlen per Annahme/Ablehnung der „Einheitsliste“
- de facto „Einparteiensstaat“ – Blockparteien nur zum Schein von Demokratie („Volksdemokratie“)
- keine Gewaltenteilung
- MfS (Stasi) – totalitärer Überwachungsstaat

Wirtschaftssystem

- Unterordnung der Wirtschaft unter vorgegebenen Plan der SED
- Verstaatlichung der Produktionsmittel
- Planwirtschaft → Es wird nur so viel produziert wie gebraucht wird (Statistik)

Probleme

- Informationsmangel
- steigendes Konsumbedürfnis
- Fehlplanung
- schlechte Qualität
- fehlende Innovation
- reger Schwarzhandel
- geringe Arbeitsmoral
- Vernachlässigung von Instandsetzung

→ Westintegration
– weitgehende Souveränität

→ Ostintegration
– Abhängigkeit von UdSSR

Die Materialien und Aufgaben nehmen das im Modul Gelernte nochmals auf und festigen die erworbenen Kompetenzen und historischen Arbeitstechniken. Das erleichtert eine effektive Vorbereitung auf das Abitur.

Der Checkpoint Charlie als historischer Lernort

Der Checkpoint Charlie war zwischen 1961 und 1990 ein innerstädtischer Kontrollposten der Alliierten zwischen West- und Ost-Berlin. Vom Checkpoint Charlie sind so gut wie keine authentischen historischen Überreste vorhanden. Dafür wird heute an diesem Ort auf vielfältige Art und Weise an die Vergangenheit erinnert. Manches, wie das „Mauermuseum. Haus am Checkpoint Charlie“, beruht auf privater, anderes, wie die Checkpoint Gallery am Straßenrand, auf staatlicher Initiative.



M1 **D** Das Denkmal für Peter Fechter in der Zimmerstraße.



M2 **D** Souvenirhandel.



Fotos von 2011

M4 **D** Blick auf den Nachbau der Baracke und auf einen Schauspieler, mit dem man sich gegen Bezahlung fotografieren lassen kann.



M3 **D** Die Bodenmarkierung des Mauerverlaufs vor der Checkpoint Gallery.

Arbeitsvorschläge

1. Beschreiben Sie die Abbildungen und analysieren Sie, mit welchen Mitteln an die Vergangenheit erinnert wird.
2. Erläutern Sie, welche Ziele mit diesen Mitteln erreicht werden sollen.
3. Informieren Sie sich im Internet über a) den Checkpoint Charly, b) das Mauermuseum, Haus am Checkpoint Charlie, c) Peter Fechter, d) das Bildungszentrum des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Informationen finden Sie auch im Buch auf S. 260 und 383.
4. Der Checkpoint Charly: Disneyland der deutschen Teilung? Nehmen Sie Stellung zu dieser These. | **H**



32027-171

Buchners Kolleg Geschichte – Neue Ausgabe Rheinland-Pfalz

Unterrichtswerk für die Oberstufe

Buchners Kolleg Geschichte – Ausgabe Rheinland-Pfalz

Pflichtmodule für die gymnasiale Oberstufe

Herausgegeben von Dieter Brückner und Markus Reinbold

Bearbeitet von Dieter Brückner, Stefan Buchner, Ralph Erbar, Sylvia Fein, Rüdiger Gans, Laura Hammel, Noël Kloos, Anna Knecht, Ruben Kreuter, Niko Lamprecht, Sara Mehlmer, Stefan Mersch, Markus Reinbold, Andreas Schindele, Sebastian Schmidt und Jessica Schmitt

Zu diesem Lehrwerk sind erhältlich:

- Digitales Lehrermaterial **click & teach** Einzellizenz, Bestell-Nr. 320291
- Digitales Lehrermaterial **click & teach** Box (Karte mit Freischaltcode), ISBN 978-3-661-32029-8

Weitere Materialien finden Sie unter www.ccbuchner.de.

Dieser Titel ist auch als digitale Ausgabe **click & study** unter www.ccbuchner.de erhältlich.

Teildruck

1. Auflage, 1. Druck 2022

Dieses Werk folgt der reformierten Rechtschreibung und Zeichensetzung. Ausnahmen bilden Texte, bei denen künstlerische, philologische oder lizenzrechtliche Gründe einer Änderung entgegenstehen.

Die Mediacodes enthalten ausschließlich optionale Unterrichtsmaterialien.

Auf verschiedenen Seiten dieses Buches finden sich Verweise (Links) auf Internetadressen.

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle wird die Haftung für die Inhalte externer Seiten ausgeschlossen.

© 2022 C.C.Buchner Verlag, Bamberg

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlags. Das gilt insbesondere auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen und Mikroverfilmungen. Hinweis zu § 52 a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Redaktion: Alexandra Hoffmann-Kuhnt und Philippe Larrat

Layout: mgo360 GmbH & Co. KG, Bamberg

Satz, Grafiken und Umschlag: Artbox Grafik und Satz GmbH, Bremen

Druck und Bindung: WIRMachenDRUCK, Backnang

www.ccbuchner.de

ISBN der genehmigten Auflage 978-3-661-32027-4

Vorläufiges Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Zur Arbeit mit dem Buch 8

1. Umgang mit Geschichte — Denkweisen und Methoden des Faches

Auftakt 10

1.1 Geschichte betrifft uns!

Orientierung 12

Geschichte ist überall 14

Welche Bilder vermitteln Medien der Geschichtskultur? 21

Methode: Geschichtsdokumentationen analysieren 27

Geschichte kontrovers: Der Spielfilm „300“ **OnLine**

1.2 Attische Demokratie und Römische Republik – antike Volksherrschaften?

Orientierung 28

Politische Institutionen in Athen und Rom 30

Politische Mitbestimmung in Athen und Rom 36

Geschichte kontrovers: Die antiken Volksherrschaften –

Muster unserer heutigen Demokratie? **OnLine**

Religiöse und politische Rituale 42

Methode: Archäologische Quellen analysieren 45

Krisenzeiten in Athen und Rom 47

1.3 Periodisierungsfragen – Epochenjahr 1500?

Orientierung 52

Das Mittelalter – eine Welt ohne Wandel? 54

Die Stadt im Mittelalter 61

Gesellschaftlicher und politischer Wandel um 1500 66

Methode: Umgang mit Sekundärliteratur üben 76

Geschichte kontrovers: Epochengrenze 1500? **OnLine**

Perspektive Abitur 78

2. Gesellschaften im Umbruch

Auftakt 80

2.1 Die Französische Revolution und ihre Folgen

Orientierung 82

Revolutionsbegriff und -theorien 84

Ursachen der Französischen Revolution 87

OnLine Die „Geschichte kontrovers“-Kapitel finden Sie auf unserer Homepage (www.ccbuchner.de) unter Eingabe des Mediencodes 32027-01 im Suchfeld.

Methode: Karikaturen analysieren	92
Verlauf und Ergebnisse der Französischen Revolution	94
Geschichte kontrovers: Terror als legitimes Mittel?	OnLine
Europäische Nachwirkungen: Vormärz und Revolution 1848/49	102
Regionale und globale Nachwirkungen: Die Mainzer Republik und Haiti	112
2.2 Europa im Zeitalter der Industrialisierung	
Orientierung	114
Vom industriellen Aufbruch zur Industriegesellschaft	116
Methode: Statistiken auswerten	122
Wirtschaft zwischen Boom und Krise	124
Wandel der Arbeits- und Lebenswelt	129
Widerstand und Lösung der Sozialen Frage	136
Geschichte kontrovers: Industrialisierung oder Industrielle Revolution?	OnLine
2.3 Revolution und Reform im China des 20. Jahrhunderts	
Orientierung	142
Bürgerkrieg, Revolution und Aufbau des Kommunismus unter Mao	144
Reform und Wandel unter Deng Xiaoping	152
Der Wandel der gegenseitigen Wahrnehmung in China und im Westen	156
Methode: Zeitschriftencover analysieren	160
Geschichte kontrovers: Menschenrechte – weltweit gültig oder exklusiv für den Westen?	OnLine
Perspektive Abitur	162
3. Demokratie und Diktatur im 20. Jahrhundert	
Auftakt	164
3.1 Die Weimarer Republik	
Orientierung	166
Kriegsende und Novemberrevolution	168
Geschichte kontrovers: 1918/19 – eine steckengebliebene Revolution?	OnLine
Verfassung und Parteien der Republik	172
Zwischen Krise und Stabilität	176
Auflösung und Zerfall der Weimarer Republik	183
Methode: Politische Plakate analysieren	186
Die Weimarer Republik in der Geschichts- und Erinnerungskultur	191

Vorläufiges Inhaltsverzeichnis

3.2 Nationalsozialismus und Holocaust

Orientierung	196
Ideologische Grundlagen und Aufbau des NS-Staates	198
Gesellschaft zwischen Integration, Ausgrenzung und Widerstand	206
Geschichte kontrovers: Staatsterror oder „Volksgemeinschaft“?	OnLine
Vernichtungskrieg und Holocaust	218
Methode: Geschichtsspielfilme analysieren	230
Nationalsozialismus und Holocaust in Medien der Geschichtskultur	232

3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Orientierung	238
Aus vier Zonen werden zwei deutsche Staaten	240
Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik	247
Politik und Gesellschaft in der DDR	254
Wirtschaft im geteilten Deutschland	262
Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg	267
Methode: Lieder als historische Quellen analysieren	274
DDR und Bundesrepublik in der gesamtdeutschen Geschichtskultur	276
Geschichte kontrovers: Die DDR – ein Unrechtsstaat?	OnLine
Perspektive Abitur	282

4. Menschen in ihrer (sozialen) Umwelt

Auftakt	284
----------------------	-----

4.1 Rassismus, Kolonialismus und koloniales Erbe

Orientierung	286
Die historische Entwicklung des Rassebegriffs	288
Der transatlantische Sklavenhandel	292
Rassistische Praktiken am Beispiel des Kolonialismus im 19./20. Jahrhundert	296
Geschichte kontrovers: Sollten geraubte Kulturgüter zurückgegeben werden?	OnLine
Rassismus im 20. Jahrhundert und in der Gegenwart	302
Methode: Denkmäler untersuchen	308
Historische Verantwortung im Umgang mit Rassismus	310

4.2 Emanzipationsgeschichte(n)

Orientierung	314
Jüdische Emanzipation im 18. und 19. Jahrhundert	316
Die Frauenbewegung	321
Methode: Selbstzeugnisse analysieren	327
Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt	329

Geschichte kontrovers: Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt: Bildungsplan oder „Gender-Wahn“?	OnLine
Familie im historischen Wandel	335
„Free at last“? Afroamerikanische Emanzipationsgeschichte	341
4.3 Migration – altes Phänomen, neue Dimension	
Orientierung	346
Migration als historisches Phänomen	348
Migration und Vertreibung aus religiösen Gründen: die Hugenotten	350
Europäische Auswanderung nach Nordamerika	355
Flucht, Vertreibung und Umsiedlung im Umfeld des Zweiten Weltkrieges	360
Methode: Karten analysieren	366
„Wirtschaftswunder“ und „Gastarbeiter“ – die Bundesrepublik wird zum Einwanderungsland	368
Geschichte kontrovers: Einwanderungsland Deutschland?	OnLine
Perspektive Abitur	374
5. Eine Welt? Transformationsprozesse nach 1945	
Auftakt	376
5.1 Internationale Politik im Wandel – von der bi- zur multipolaren Weltordnung?	
Orientierung	378
Ursachen und Verlauf des Kalten Krieges	380
Wandel der internationalen Politik nach 1989	388
Internationale Krisen und Kriege von 1945 bis zur Gegenwart	394
Die Vereinten Nationen – ein kollektives Sicherheitssystem für die ganze Welt?	403
Geschichte kontrovers: Die UNO – Autorität oder „zahnloser Tiger“?	OnLine
Methode: Politische Reden analysieren	408
5.2 Transformation und Umbruch in den Gesellschaften des Westens im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts	
Orientierung	410
Wirtschaftlicher Wandel	412
Der Neoliberalismus	418
Methode: Statistiken als Diagramme darstellen	424
Geschichte kontrovers: Was bleibt vom Neoliberalismus?	OnLine
Neue Arbeits- und Alltagswelten	426
Wandel von Werten und Lebensstilen	430

**Vorläufiges
Inhaltsverzeichnis**

Inhalt

**5.3 Deutschland einig Vaterland? Politischer und gesellschaftlicher Wandel
von 1989 bis zur Gegenwart**

Orientierung 434
 Friedliche Revolution, „Wende“ und deutsche Einheit 436
Methode: Zeitzeugeninterviews führen 442
 Die DDR und die Wiedervereinigung: Wandel und Entwicklungen
 bis in die Gegenwart 444
 Die Aufarbeitung der SED-Diktatur nach 1989 449
 SED-Diktatur und Wiedervereinigung in der Erinnerungskultur 452
Geschichte kontrovers: Der 9. November – ein besser geeigneter
 Feiertag? **OnLine**

5.4 Europäische Integration

Orientierung 456
 Europaideen und -konzepte vor 1945 458
 Ursprünge und Stationen der europäischen Integration 464
Methode: Zeitungskommentare auswerten 474
 Entwicklungen und Herausforderungen der EU im 21. Jahrhundert 476
Geschichte kontrovers: Die EU – eine Erfolgsgeschichte? **OnLine**
Perspektive Abitur 482

Anhang

Gewusst wie: Lerntipps fürs Abitur 484
 Hilfen zum richtigen Umgang mit den Operatoren 485
 Tipps und Anregungen für die Aufgaben 493
 Personenregister 502
 Sachregister 505
 Bildquellenverzeichnis 512

Bildquellenverzeichnis

Alamy Stock Photo / AJ Pics – S. 277; - / BNA Photographic – S. 263; - / Eden Breitz – Cover; - / Granger Historical Picture Archive – S. 243; - / Prisma by Dukas Presseagentur GmbH – S. 257; Axel Springer Syndication GmbH / BILD 16. August 1961, Berlin – S. 256; bpk-Bildagentur / Deutsches Historisches Museum, Sebastian Ahlers, © VG Bild-Kunst, Bonn 2022 – S. 254; Bundesarchiv / Bild 102-00136, Georg Pahl – S. 236; - / Bild 146-2007-0112 – S. 264; - / Bild 183-G0218-0040-001, Hubert Link – S. 248; Cartoonlobby e. V. / Heinz Behling – S. 261; epd-Bild / Hans-Jürgen Röder – S. 283; Doreen Eschinger, Berlin – S. 283 (4); Frankfurter Rundschau / Felix Mussil – S. 240; imago images / Everett Collection – S. 279; - / Stefan Zeitz – S. 276; © Courtesy Looock Galerie Berlin / Nachlass York der Knöfel, © VG Bild-Kunst, Bonn 2022 – S. 257; Mauritius Images / Alamy Stock Photo, Keystone Press – S. 250; - / Alamy Stock Photo, Sibylle A. Möller – S. 281; - / TopFoto – S. 242; - / World Book Inc. – S. 247, 254; picture-alliance – S. 257, 277; - / akg-images – S. 240, 241, 250, 262 (2); - / akg-images, Pansegrau – S. 236; - / Martin Athenstädt – S. 250; - / Bildarchiv – S. 276; - / Jens Büttner – S. 278; - / dpa-Fotoreport, A0009 – S. 260; - / Kay Nietfeld – S. 278; - / Sanden – S. 249; - / Timeline Images, RalphH – S. 259; - / ullstein bild, Heinrich Hoffmann – S. 236; - / ZB, Jens Kalaene – S. 280; - / Zentralbild, Paul Glaser – S. 264; © rbb, ARD Kontraste (SFB 1990) – S. 281; © Sammlung DDR Museum, Berlin – S. 280; Stiftung Haus der Geschichte – S. 242, 243; - / Wolfgang Hicks – S. 267; Süddeutsche Zeitung Photo / Rue des Archives, PVDE – S. 249; ullstein bild / Klöppel – S. 272; - / Messerschmidt – S. 255.

3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa erschien es fraglich, ob auf deutschem Boden eine stabile freiheitlich-parlamentarische Demokratie mit einer pluralistischen Gesellschaft entstehen könnte. Die Bedingungen für den Neubeginn gaben die Alliierten vor. Die Umsetzung der gemeinsam im „Potsdamer Abkommen“ getroffenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen in den einzelnen Besatzungszonen führte jedoch im beginnenden Kalten Krieg bald zu einer Auseinanderentwicklung und schließlich zur Teilung Deutschlands. Die Trennlinie verlief mitten durch Deutschland und ließ zwei politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich unterschiedliche Systeme entstehen.

Die folgenden Jahre waren geprägt von ideologischen und politischen Auseinandersetzungen, die eine Lösung der deutschen Frage verhinderten. Die beiden 1949 gegründeten deutschen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR beanspruchten jeder für sich seine Überlegenheit gegenüber dem anderen. Es dauerte 20 Jahre, bis es im Rahmen der globalen Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten kam.

Erst zu Beginn der 1980er-Jahre formierte sich in der DDR eine Oppositionsbewegung. Ihr Wirken mündete in die Friedliche Revolution von 1989, den Mauerfall, die Überwindung der SED-Diktatur und schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands. 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die deutsche Frage damit beantwortet.

M1 D Bundesrepublik und DDR
Die Karte zeigt die Gliederung der Bundesrepublik Deutschland in Bundesländer (seit 1949, das Land Baden-Württemberg wurde 1952 gegründet, das Saarland trat 1957 der Bundesrepublik bei) und die Gliederung der Deutschen Demokratischen Republik in Bezirke (seit 1952).



- 1945** — **Potsdamer Konferenz** der alliierten Siegermächte über Deutschland.
- 1945–1948** — Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches sowie aus Ost- und Südosteuropa.
- 1945–1950** — Die Alliierten führen in ihren Besatzungszonen unterschiedliche Verfahren der **Entnazifizierung** durch.
- 1945/46** — **Nürnberger Prozess** gegen die Hauptkriegsverbrecher.
- 21./22.4. 1946** — In der Sowjetischen Besatzungszone schließen sich KPD und SPD zur SED zusammen.
- 30.8.1946** — Gründung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz.
-
- 1947** — Erstes deutsches Parlament nach dem Zweiten Weltkrieg: der Frankfurter Wirtschaftsrat.
- 1948–1952** — US-amerikanische Aufbauhilfe (Marshall-Plan) für die westeuropäischen Länder.
- 1948/49** — **Berlin-Blockade**. Die Stadt wird geteilt und erhält getrennte Verwaltungen.
- 1949** — **Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR**.
-
- 1950** — Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS); die DDR wird Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).
- April 1950** — Die ersten Flüchtlinge und Vertriebenen treffen in Rheinland-Pfalz ein.
- 17.6.1953** — Landesweiter **Arbeiteraufstand** gegen das SED-Regime.
- Mai 1955** — Mit den **Pariser Verträgen** endet die Besatzungszeit im Westen. Die Bundesrepublik wird Mitglied der NATO.
- 1957** — Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** (EWG).
- 13.8.1961** — Die DDR-Regierung beginnt in Berlin mit dem **Bau der Mauer**.
- 1972/73** — **Grundlagenvertrag** zwischen Bundesrepublik und DDR.
- 1975** — Die DDR unterzeichnet die KSZE-Schlussakte, in der Menschen- und Bürgerrechte nach westlichem Maßstab festgelegt sind.
- 3.10.1990** — **Wiedervereinigung Deutschlands**.

Zwischen
Zusammenbruch
und Neubeginn

Die doppelte
Staatsgründung

Geteilte
Geschichte: Bun-
desrepublik und
DDR 1949–1989



Bildinformation

32072-100

M1 Ohne Worte

Karikatur aus der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Mai 1955

- ▶ Analysieren Sie die Karikatur.
- ▶ Geben Sie der Karikatur einen Titel und begründen Sie Ihre Entscheidung.

Potsdamer Konferenz: 1945 von den Siegermächten USA, Großbritannien und der Sowjetunion abgehaltene Nachkriegskonferenz zum gemeinsamen Vorgehen im besetzten Deutschland. Beschlüsse waren u. a. die Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, die Setzung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze sowie die Durchsetzung der „5 Ds“: Demokratisierung, Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Demontage.



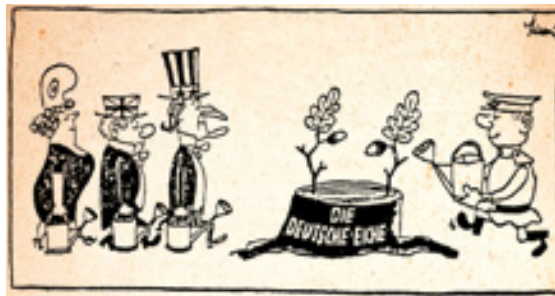
M2 Walter Ulbricht (1893–1973): 1950–1971 Generalsekretär der SED, 1960–1971 Staatsratsvorsitzender der DDR

Entnazifizierung: Maßnahmen zur Beseitigung des Nationalsozialismus

Aus vier Zonen werden zwei deutsche Staaten

Folgende Fragen beantwortet dieses Kapitel:

- ▶ Worin lagen die Ursachen der deutschen Teilung?
- ▶ Warum bildeten sich in Ost und West unterschiedliche politische Systeme heraus und wodurch unterschieden sie sich?



Unter alliierter Besatzung

Die Siegermächte hatten Hitler-Deutschland gemeinsam niedergedungen und sich auf der **Potsdamer Konferenz** im Sommer 1945 auf eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands geeinigt. Dazu teilten sie das Gebiet in vier Besatzungszonen auf. Berlin erhielt einen Sonderstatus mit vier Sektoren unter gemeinsamer Verwaltung. Um die eigene Verwaltung zu entlasten, schufen die Alliierten nach und nach in ihren Zonen Länder mit eigenen Verfassungen. 1946 entstand unter den französischen Besatzern das Bundesland

Rheinland-Pfalz, dessen Verfassung am 18. Mai 1947 in Kraft trat.

Schon ab 1946 ließen die Alliierten in allen Besatzungszonen Parteien und Wahlen zu. Hier traten die Nachfolger der Parteien aus der Weimarer Republik an. In der *sowjetischen Besatzungszone (SBZ)* förderte die sowjetische Besatzungsmacht aber schon bald einseitig die Kommunistische Partei (KPD), um unter ihrer Führung die sowjetische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchzusetzen. Die KPD war wegen ihrer Nähe zur Besatzungsmacht in der Bevölkerung unbeliebt. Deshalb suchte sie den Zusammenschluss mit der SPD, um damit ihren vermeintlich schärfsten Konkurrenten auszuschalten. Der Besatzungsmacht gelang es mit Drohungen, Redeverböten und Verhaftungen sowie durch Überredung führender Sozialdemokraten, den Zusammenschluss von SPD und KPD zur *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)* zu erzwingen, die der überzeugte Kommunist **Walter Ulbricht** anführte. Die SED wurde zu einer „Partei neuen Typus“ nach stalinistischem Modell umgebildet und von oppositionellen Kräften „gesäubert“. Tausende Sozialdemokraten wurden verhaftet und in Arbeitslager gebracht, rund 100 000 flohen in den Westen.

Bestrafung der NS-Verbrechen durch die Besatzungsmächte

Neben der Aburteilung der Kriegsverbrecher im Nürnberger Prozess und weiteren zwischen 1945 und 1949 geführten Prozessen gegen mutmaßliche NS-Täter sollten auch ehemalige NS-Aktivisten aus Ämtern entfernt werden. Bei der **Entnazifizierung** gingen die Besatzer unterschiedlich vor. Anders als Briten und Franzosen, die für einen raschen Wiederaufbau viele Ausnahmen zuließen, strebten die Amerikaner mit großem bürokratischen Aufwand eine systematische politische Säuberung an. Insgesamt waren in den Westzonen über 500 000 Männer und Frauen von Entlassungen

Aus vier Zonen werden zwei deutsche Staaten

betroffen; mehr als 170 000 NS-Aktivist*innen wurden in Inter-
 45 nierungslager gebracht („automatischer Arrest“), die meis-
 ten von ihnen aber bald wieder entlassen – die letzten 1948.

In der SBZ wurde über eine halbe Million Menschen aus dem
 beruflichen und öffentlichen Leben ausgeschaltet. Anders
 als im Westen wurde neben der personellen auch eine
 50 „strukturelle“ Entnazifizierung zur „Ausrottung der Reste
 des Faschismus“ durchgeführt. Die sowjetischen Besatzer
 gingen dabei gezielt gegen Gruppen vor, die ihnen beim ge-
 sellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbau des Landes
 nach sowjetischem Vorbild im Weg standen. Dies betraf
 55 hauptsächlich Großgrundbesitzer und Industrielle. Sie wur-
 den pauschal als Nazi-Täter verurteilt und enteignet. Schon
 ab Februar 1948 verzichtete man auf die Bestrafung der
 „kleinen“ Parteigenossen, um die Masse der Bevölkerung für
 die neue Gesellschaftsordnung zu gewinnen.

60 Ab 1946/47 wurde die Entnazifizierung in den westlichen
 Besatzungszonen in deutsche Hände übertragen. Jeder
 Deutsche über 18 Jahre musste einen Fragebogen mit 131
 Fragen über seine berufliche und politische Vergangenheit
 ausfüllen und wurde von Spruchkammern in eine von fünf
 65 Kategorien eingestuft. Straffrei sollten nur Entlastete und
 Mitläufer ausgehen, Minderbelasteten, Belasteten oder
 Hauptschuldigen drohten Geldstrafen, Berufsverbot oder
 Gefängnis.

Der Versuch, durch Entnazifizierung und Spruchkammerverfahren alle Täter ihrer ge-
 70 rechten Strafe zuzuführen, scheiterte letztlich an Art und Umfang des Vorhabens. Für
 Rheinland-Pfalz zeigen die Statistiken, dass von rund 300 000 Befragten fünf als
 Hauptschuldige, 440 als Belastete, 4 840 als Minderbelastete und rund 157 000 als
 Mitläufer eingestuft wurden. Es war die Zeit der „**Persilscheine**“, die man sich wech-
 selseitig ausstellte, aber auch der Denunziation und der Korruption. Zahlreichen
 75 schwer belasteten NS-Tätern gelang es, durch die Maschen der Justiz zu schlüpfen –
 eine Hypothek, die später noch schwer auf der jungen Bundesrepublik lasten sollte.

Verschiedene Vorstellungen

Schon bald zeigten sich die unterschiedlichen Interessen und die weltanschaulichen
 Gegensätze zwischen den Siegermächten. In der kommunistischen UdSSR waren alle
 80 Produktionsmittel verstaatlicht, die Wirtschaft wurde mit Fünfjahresplänen gelenkt.
 Die kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) war als einzige Partei erlaubt
 und ihr Vorsitzender Josef Stalin regierte als uneingeschränkter Diktator mit Gewalt
 und Terror. Abweichende Meinungen waren verboten, Kritiker wurden verfolgt und
 vernichtet.

85 Dem stand die demokratische und republikanische Tradition der USA, Großbritanni-
 ens und Frankreichs gegenüber, in der eine liberale Demokratie, Grund- und Men-
 schenrechte das Fundament der Werte- und Rechtsordnung bildeten. Die kapitalisti-
 sche Wirtschaft funktionierte nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft. Beide
 Seiten hatten das Ziel, die eigene Weltanschauung und das eigene „System“ weltweit
 90 zu verbreiten, also auch in ihren Besatzungszonen. Bereits 1946 konnten sie sich nicht
 mehr auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik einigen.



M3 Propaganda für den Volksentscheid in Sachsen zum „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes“

Foto aus Leipzig, 1946

1946 wurden die Bürger in Sachsen zu einem Volksentscheid über die Enteignung wichtiger Industrie- und Gewerbebetriebe aufgerufen. Zwei Drittel der Bevölkerung stimmten zu. Dies genügte der SED, um die Enteignung auch in allen übrigen Gebieten Ostdeutschlands durchzuführen.

„**Persilscheine**“: im Volksmund Bestätigung, wonach jemand Gegner oder zumindest nicht Sympathisant des Nationalsozialismus war



M4 Westdeutsches Plakat, um 1949



M5 Ostdeutsches Plakat von 1948



Animierte Karten:
Informationen zu
Deutschland 1945 bis
1949 finden Sie unter
Mediencode 32027-101.

Grundgesetz: Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland schrieb Grundsätze wie Volkssouveränität, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bundesstaatlichkeit und Gewaltenteilung fest und garantierte bürgerliche Grundrechte.

Eine trennende Entwicklung: vom Marshall-Plan ...

Um die Not in Europa zu beseitigen und den Wiederaufbau voranzubringen, strebten die USA ein „vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ an. Amerikaner und Briten bildeten zum 1. Januar 1947 eine gemeinsame Zone, die *Bizone*. Ein halbes Jahr später kündigte US-Außenminister *George C. Marshall* ein Wiederaufbauprogramm an: das *European Recovery Program (ERP)*. Alle Länder, die unter den Kriegsfolgen litten – auch die Sowjetunion und die Staaten Ostmitteleuropas –, sollten Finanzhilfen für die Wirtschaft erhalten. Stalin lehnte den Marshall-Plan für das eigene Land sowie für alle unter dem Einfluss der Sowjetunion stehenden Staaten ab, also auch für die SBZ. Er fürchtete offensichtlich den amerikanischen Einfluss auf den sowjetischen Machtbereich. Stattdessen reagierte Stalin mit einem eigenen Abkommen, dem 1949 gegründeten „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW). Darin lenkte die Sowjetunion die Volkswirtschaften der ostmitteleuropäischen Verbündeten auf ihre Bedürfnisse hin.

Als Frankreich am Marshall-Plan teilnahm, trat es im Frühjahr 1948 auch der Bizone bei, die sich damit zur *Trizone* erweiterte. Gleichzeitig entschlossen sich nun die drei Westmächte, die Errichtung eines westdeutschen Staates voranzutreiben und als Vorstufe ihre drei Besatzungszonen am Marshall-Plan zu beteiligen. In den Besatzungszonen gab es mit der wertlosen Reichsmark aber keine funktionierende Währung mehr. Daher wurde sie durch die Währungsreform am 20. Juni 1948 durch die Deutsche Mark ersetzt. Die Sowjetunion wusste über ihre Agenten längst Bescheid und hatte bereits Vorbereitungen für eine eigene Währungsreform getroffen, die am 23. Juni 1948 in der SBZ durchgeführt wurde.

... zur Berlin-Blockade

Nur einen Tag später blockierte die UdSSR alle Straßen, Bahnlinien und Wasserwege von Westdeutschland nach Berlin, die im Potsdamer Abkommen nicht ausdrücklich als Zugänge nach Berlin genannt worden waren. Auch Strom, Kohle, Gas und Lebensmittel konnten nicht mehr geliefert werden. 2,1 Millionen Menschen waren von jeglicher Versorgung abgeriegelt. Mit diesen Maßnahmen wollten die Sowjets den Abzug der Westalliierten aus Berlin erzwingen und die Gründung eines westdeutschen Staates verhindern. In einem ersten Kräftemessen zwischen den Sowjets und den Westalliierten beschlossen die amerikanische und britische Regierung, die Stadt über drei Luftbrücken mit allem Lebensnotwendigen zu versorgen. Fast elf Monate dauerte der Einsatz. Am 12. Mai 1949 hob Stalin die erfolglose Blockade West-Berlins auf.

Für die Sowjetunion erwies sich die Berlin-Blockade als Fehler: Stalin hatte keines seiner Ziele erreicht, stattdessen im In- und Ausland viel Ansehen verloren. Dagegen verstanden sich Deutsche und Westalliierte zum ersten Mal als Verbündete. Die Spaltung Europas in zwei Blöcke war offenkundig geworden.

Im Auftrag der Westmächte: Gründung der Bundesrepublik

Wenige Tage später wurde die Bundesrepublik gegründet. Am 1. Juli 1948 erteilten die Westalliierten den westdeutschen Ministerpräsidenten in Form der „Frankfurter Dokumente“ den Auftrag, durch eine von der Bevölkerung gewählte Verfassungsgebende Versammlung eine Verfassung für einen Staat nach dem Muster der westlichen Demokratien auszuarbeiten zu lassen.

Da die Bürger der SBZ sich nicht an diesem Prozess beteiligen durften, bestanden die Ministerpräsidenten jedoch darauf, dass der entstehende westdeutsche Staat nur ein Provisorium sein könne und anstelle einer endgültigen „Verfassung“ ein vorläufiges „Grundgesetz“ bekommen solle. Ein Sachverständigenrat erstellte im August auf der Insel Herrenchiemsee einen Entwurf. Dieser wurde ab September in dem durch die

Aus vier Zonen werden zwei deutsche Staaten

Länderparlamente gewählten Parlamentarischen Rat unter dem Vorsitz von **Konrad Adenauer** diskutiert und genau vier Jahre nach der Kapitulation des Deutschen Reiches verabschiedet. Da die Militärgouverneure ihn genehmigten, wurde er am 23. Mai 1949 ohne eine vorausgehende Volksabstimmung verkündet. Aus den westlichen Besatzungszonen war damit ein Staat unter alliierter Aufsicht geworden. Er erhielt den Namen „Bundesrepublik Deutschland“. Zum ersten Bundeskanzler wurde Konrad Adenauer (CDU), zum ersten Bundespräsidenten *Theodor Heuss* (FDP) gewählt.

Auf Weisung Moskaus: Gründung der DDR

Als bekannt wurde, dass die Westmächte auf einen westlichen Teilstaat hinarbeiteten, berief die SED im Dezember 1947 auf Weisung der UdSSR den „Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ ein. Seine Mitglieder wurden von den Sowjets und der SED aus den Reihen der zugelassenen Parteien und Massenorganisationen ausgewählt. Die zentrale Forderung lautete: eine zentrale deutsche Regierung und die Ablehnung eines westdeutschen Teilstaates. Der „2. Deutsche Volkskongress“ lehnte im März 1948 den Beitritt zum Marshall-Plan ab, und bildete aus seinen Reihen den „1. Deutschen Volksrat“, der in den nächsten Monaten parallel zur Arbeit des westdeutschen Parlamentarischen Rates unter der Leitung von *Otto Grotewohl* den Entwurf einer Verfassung für die *Deutsche Demokratische Republik (DDR)* ausarbeitete.

Wenige Tage nach der Verabschiedung des Grundgesetzes in Bonn tagte am 28. und 29. Mai 1949 der „3. Deutsche Volkskongress“. Dieser nahm mit nur einer Gegenstimme den Verfassungsentwurf an und wählte den „2. Deutschen Volksrat“, der sich am 7. Oktober 1949 zur *Provisorischen Volkskammer*, dem Parlament der DDR erklärte, deren Verfassung in Kraft setzte und damit die DDR gründete.

Um dem Westen die „Schuld“ an der doppelten Staatsgründung zuschieben zu können, hatte man die ersten Wahlen und die Regierungsbildung in der Bundesrepublik abgewartet. Durch ein geheim gehaltenes „Statut der Sowjetischen Kontrollkommission“ sicherte sich die UdSSR die umfassende Überwachung und Kontrolle von Staat, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR.

Nach dem Wortlaut der Verfassung war die DDR eine parlamentarische Demokratie, in der es „allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime“ Wahlen ebenso gab wie Grundrechte. Für die Herrschaftspraxis der SED hatte die Verfassung jedoch keine bindende Kraft. Die Verteilung der Volkskammersitze wurde unabhängig von den Wahlen festgeschrieben. Auf die Grundrechte konnten die Bürgerinnen und Bürger sich nicht berufen. Unbequeme Kritiker der SED wurden strafrechtlich verfolgt und mundtot gemacht.



M 6 **Q** **Konrad Adenauer** (1876–1967): 1917–1933 Oberbürgermeister von Köln, 1948 Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, 1950–1966 Mitbegründer und Bundesvorsitzender der CDU, 1949–1963 Bundeskanzler, 1951–1955 zugleich Bundesaußenminister

Geschichte In Clips: Zur Gründung von SED und DDR siehe Code 32027-102

M 7 **Q** **Stimmzettel zum „3. Deutschen Volkskongress“ vom Mai 1949**

Zur Wahl standen Kandidaten aus Parteien, Massenorganisationen und Einzelpersonen. Auf dem Stimmzettel steht: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag.“ Die Wähler konnten die gesamte Liste mit „Ja“ oder „Nein“ entweder bestätigen oder ablehnen.

244 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

M8 Q Deutsche Einheit?

In geheimen Aufzeichnungen des britischen Außenministeriums hält ein Mitarbeiter am 14. Mai 1948 fest:

Meiner Meinung nach wäre ein vereintes Deutschland eine viel größere Gefahr für den Frieden als ein geteiltes [... denn]

- 5 1. [...] Russland wird [...] versuchen, ganz Deutschland zu kontrollieren oder sich mit ihm zu verbünden.
2. Russland und Deutschland
- 10 2. zusammen würden eine tödliche Gefahr für die westliche Welt sein. [...]
3. Meiner Meinung nach haben die Westmächte nicht die nötigen Mittel, um ein vereintes Deutschland [...] hinreichend zu kontrollieren oder es ihrem Einfluss zu unterwerfen.
- 15 Nur die Russen können das mithilfe der kommunistischen Partei und Polizeistaatmethoden.
4. Ein vereintes und nichtkommunistisches Deutschland, das mit dem Westen verbündet ist, wird bei der erstbesten Gelegenheit losschlagen, um seine verlorenen Ostgebiete zurückzuerobern.
- 25 5. Meiner Meinung nach wird ein vereintes, nichtkommunistisches Deutschland [...] immer versucht sein, uns mit der Drohung zu erpressen, sich mit Russland zu verbünden [...].
6. Westdeutschland [...] ist dagegen auf die Zusammenarbeit mit den Westmächten angewiesen, um Schutz zu erhalten (übrigens dürfte es ja wohl klar sein, dass es wiederbewaffnet werden muss)¹, und es ist völlig abhängig von den Westmächten im Hinblick auf Rohstoffe, Nahrungsmittel und Absatzmärkte. [...]
- 30
- 35

Zitiert nach: Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte 1945-1961, Darstellung und Dokumente, Frankfurt a. M. 1985, S. 303 f.

¹ Dieser Satz wurde im Original gestrichen.

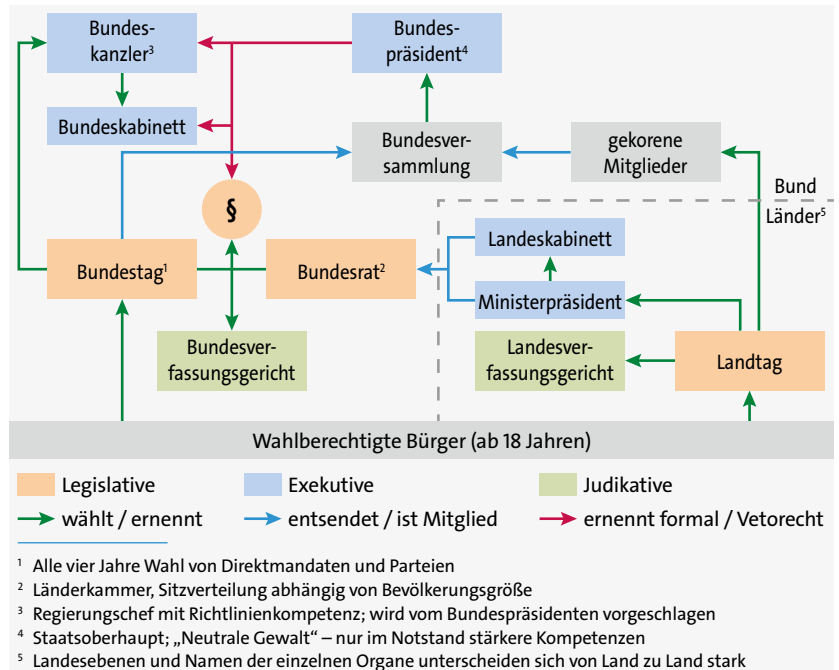
Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie heraus, welche Szenarien der Diplomat für die Zukunft Deutschlands entwickelt, und zeigen Sie, für welches Szenario er sich entscheidet.
2. Beurteilen Sie das Bild, das der Diplomat von Deutschland und seinen Politikerinnen und Politikern hat.



32027-103

M9 D Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland



Arbeitsvorschlag

1. Weisen Sie die auf S. 242 genannten Grundprinzipien des Grundgesetzes im Schema nach.



32027-104

M10 Q Präambel des Grundgesetzes

In der feierlichen Einleitung des am 8. Mai 1949 beschlossenen und am 23. Mai 1949 verkündeten Grundgesetzes heißt es:

Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Zitiert nach: www.verfassungen.de/gg/index.htm [Zugriff 20.08.2022]

Aus vier Zonen werden zwei deutsche Staaten

Arbeitsvorschläge

1. Zeigen Sie anhand der Präambel, dass die neu gegründete Bundesrepublik von den „Vätern und Müttern des Grundgesetzes“ als „Provisorium“ gedacht war.
2. Vergleichen Sie die Präambel des Grundgesetzes mit dem Vorwort der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 in Bezug auf die Haltungen zum Thema „deutscher Staat“. Diese finden Sie unter dem angegebenen Mediencode.



32027-105



32027-106

M11 Die SED und die Macht

Das Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949, aus dem der folgende Auszug stammt, wird erst 1989 zugänglich. Der Berliner Propagandachef der SED-Führung, Gerhart Eisler, empfiehlt darin die Durchführung einer gewaltigen Kundgebung anlässlich der Bildung einer provisorischen Regierung und bemerkt:

So wird sich die provisorische Regierung weithin sichtbar in der ganzen Zone von vornherein auf eine ständig anschwellende Bewegung der Massen stützen. Das sollen wir diskutieren und dann durchführen; denn als Marxisten müssen wir wissen: Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden. (Walter Ulbricht: *Das haben einige noch nicht verstanden!*) – Daher müssen wir ihnen zeigen, dass die Massen bei uns sind, wenn wir eine Regierung bilden, jene Massen, die wollen, dass sie an der Regierung sind, und die sehr ungehalten gegen jene Leute sind, die das verhindern wollen. (Beifall)

Zitiert nach: Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 39. Jahrgang 1991, Heft 1, S. 161

Arbeitsvorschlag

1. Geben Sie mit eigenen Worten das Demokratieverständnis und die Ziele der SED wieder.



32027-107

M12 Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress

Am 15. und 16. Mai 1949 finden in der SBZ Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress statt. Als abzusehen ist, dass die Ergebnisse nicht den Erwartungen der SED entsprechen werden, greifen in der Nacht die Innenminister der Länder der SBZ ein:

Der Innenminister des Landes Mecklenburg gab wegen „bestehender Unklarheiten“ am 16. Mai den Kreisräten und Stadtverwaltungen zur Weitergabe an die Gemeinden und Wahlbezirke die folgende Anweisung:

„Blitzfernschreiben – sofort auf den Tisch! 5

1. Aus den Stimmzetteln muss der Wille des Wählers erkenntlich sein.
2. Alle weiß abgegebenen Stimmzettel sind gültig und als Ja-Stimmen zu zählen.
3. Stimmzettel, auf denen Kandidaten angestrichen oder Wahlzettel durchgestrichen sind, gelten als Ja-Stimmen, wenn sie im Ja-Feld angekreuzt sind.
4. Stimmzettel, die nicht durchkreuzt sind, sondern lediglich beschrieben sind, gelten nur dann als ungültig, wenn sie eine demokratisch-feindliche Gesinnung erkennen lassen.
5. Alle ungültigen Stimmzettel von gestern und die der heutigen Abgabe sind nach obigen Richtlinien durch die Wahlkommission nochmals zu überprüfen.“

Gesamtdeutsches Institut Bonn (Hrsg.), SBZ 1945–1949. Politik und Alltag in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1987, S. 100f.

Arbeitsvorschläge

1. Erklären Sie, welche Tatsache die Formulierung „bestehend[e] Unklarheiten“ (Z. 2) umschreibt.
2. Überprüfen Sie, gegen welche Wahlrechtsgrundsätze die oben aufgeführten Anweisungen verstoßen (vgl. dazu Artikel 38 des Grundgesetzes). Vgl. auch M7 auf S. 243.



32027-108

M13 Im Schlepptau der Siegermächte

Zur Gründung der DDR hält Ministerpräsident Otto Grotewohl am 12. Oktober 1949 eine Ansprache:

Der westdeutsche Sonderstaat ist nicht in Bonn, sondern in London entstanden. Bonn hat nur die Londoner Empfehlungen, die in Wahrheit Befehle der westlichen Alliierten waren, ausgeführt. [...]

Statt der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Demokratisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands sind sie [die Westmächte] bestrebt, die von ihnen besetzten Teile Deutschlands in eine Kolonie zu verwandeln, die mit den traditionellen Methoden imperialistischer Kolonialherrschaft regiert und ausgebeutet wird. [...] Die von Anfang an sorgfältig konservierten Kräfte der deutschen Reaktion [...] haben mit aktiver Unterstützung der Besatzungsmächte die alten Machtpositionen wieder eingenommen. [...] Wir wissen, dass wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, [...] nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressenten Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der

246 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann.

Am 15. Oktober 1949 antwortet der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher im Deutschen Bundestag auf die Rede Grotewohls:

Man kann erfolgreich bestreiten, dass der neue Oststaat überhaupt ein Staat ist. [...] Jetzt ist der Oststaat ein Versuch, die magnetischen Kräfte des Westens mithilfe staatlicher Machtmittel und eines scheinbaren Willens der deutschen Bevölkerung dieser Zone abzuwehren. Er bedeutet die Anerkennung der Tatsache, dass bis auf Weiteres das große russische Unternehmen, ganz Deutschland in die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Formen der Sowjets hineinzuzwingen, gescheitert ist. Die Loslösung der Ostzone durch die Russen, wie sie 1945 radikal und erfolgreich eingeleitet wurde, bedeutet das Hinausdrängen der westalliierten Einflüsse und der internationalen Kritik. Es war aber zur gleichen Zeit das Ende jeder demokratischen Freiheit der Deutschen in dieser Zone. Die westlichen Alliierten tragen an dieser Entwicklung viel Schuld. [...]

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Etablierung dieses sogenannten Oststaates eine Erschwerung der deutschen Einheit ist. Die Verhinderung dieser Einheit aber kann dieses Provisorium im Osten nicht bedeuten, weil das deutsche Volk und besonders die Bevölkerung der Ostzone Gebilde russischer Machtpolitik auf deutschem Boden ablehnt.

Erster Text: Otto Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. 1, Berlin 1954, S. 516 ff.

Zweiter Text: Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone bis zum souveränen Staat, München 1984, S. 160 f.

Arbeitsvorschläge

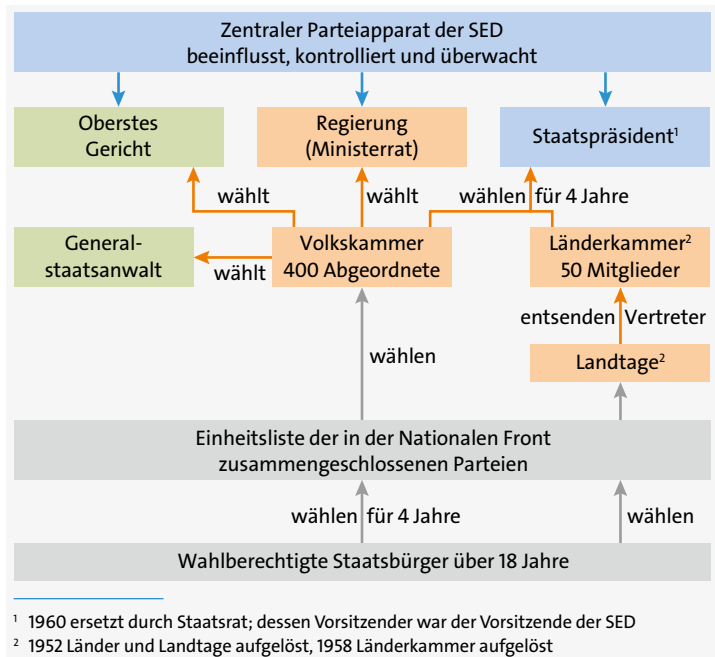


32027-109

- Arbeiten Sie heraus, wie bestimmte Begriffe unterschiedliche inhaltliche Bedeutung gewinnen, je nachdem, ob sie im Osten oder im Westen verwendet werden.
- Stellen Sie in einer Tabelle gegenüber,
 - welches Selbstverständnis vom eigenen Staat in den beiden Texten formuliert wird und
 - wie der jeweils andere Staat charakterisiert wird sowie
 - welche Absichten den jeweiligen Siegermächten unterstellt werden.

M14 D Die Verfassungswirklichkeit in der DDR

Das Schema zeigt die Verhältnisse gemäß der Verfassung von 1949. Während die politische Ordnung der Bundesrepublik seit 1949 im Wesentlichen unverändert blieb, änderte sich diese in der DDR mehrfach:



Arbeitsvorschläge



32027-110

- Zeigen Sie, dass die grafische Darstellung der Verfassung der DDR Zustände in einer demokratischen Republik wiedergibt.
- Begründen Sie mithilfe der Darstellung, warum die Verfassungswirklichkeit in der DDR völlig anders aussah.

Wissen vernetzen



32027-111

- Prüfen Sie die Verwendung des Demokratiebegriffs in den Materialien und setzen Sie sich kritisch mit Anspruch und Wirklichkeit demokratischer Strukturen in beiden deutschen Staaten auseinander. | H
- Diskutieren Sie die Frage, ob die Teilung Deutschlands zwischen 1946 und 1949 hätte verhindert werden können.

Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik

Folgende Fragen beantwortet dieses Kapitel:

- ▶ Welche Faktoren haben zur politischen Stabilität der Bundesrepublik beigetragen?
- ▶ Welche Krisen und Brüche gab es in der Geschichte der Bundesrepublik bis zum Jahr 1989 und wie gingen die politisch Verantwortlichen damit um?

Souveränität durch Westbindung

Anders als die Weimarer Republik entwickelte sich die Bundesrepublik zu einem politisch stabilen Staat. Vor allem das „Wirtschaftswunder“, der Aufbau des Sozialstaates und die Handlungsfähigkeit der Regierungen festigten die Bonner Demokratie. Während seiner langen Kanzlerschaft von 1949 bis 1963 konnte Konrad Adenauer eine Reihe von Erfolgen verbuchen: Durch eine konsequente **Westbindung** entspannte sich das Verhältnis zu den westlichen Siegermächten, sodass die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied sowohl 1955 in das westliche Verteidigungsbündnis *NATO* (*North Atlantic Treaty Organization*) als auch 1957 in die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (*EWG*) aufgenommen und in eine weitgehende Souveränität entlassen wurde. Adenauer gelang auch die Aussöhnung mit Frankreich, die Voraussetzung für die europäische Integration war und 1963 in den *deutsch-französischen Freundschaftsvertrag* mündete.



Bildinformation

32027-112

M1 Plakat zur Bundestagswahl 1957

Die CDU erzielte bei der Wahl zusammen mit der bayerischen Schwesterpartei CSU 50,2 Prozent der Stimmen und damit das höchste Wahlergebnis einer Partei bei einer Bundestagswahl.

- ▶ Stellen Sie Vermutungen an über die Stabilität eines politischen Systems, in dem die größte Koalitionspartei mit einem solchen Plakat ihren Wahlkampf führt.
- ▶ Informieren Sie sich über den politischen Kontext der Bundestagswahl 1957 (z. B. Stichwort „Ungarn“) und stellen Sie mögliche Bezüge zum Wahlerfolg der CDU her. | F

Westbindung (Westintegration): politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Welt (USA, Kanada und westeuropäische Demokratien) ab 1945, besonders in die NATO und in Europa.

Bundeskanzler und Koalitionen:

1949–1963 Konrad Adenauer (CDU/CSU, FDP)
 1963–1966 Ludwig Erhard (CDU/CSU, FDP)
 1966–1969 Kurt Georg Kiesinger (CDU/CSU, SPD)
 1969–1974 Willy Brandt (SPD, FDP)
 1974–1982 Helmut Schmidt (SPD, FDP)
 1982–1998 Helmut Kohl (CDU/CSU, FDP)

Eine stabile Demokratie

Materielle Kriegsschäden wurden behoben und Millionen neue Wohnungen gebaut, knapp zehn Millionen Invalide, Witwen und Waisen, Ausgebombte und Rückkehrer aus Kriegsgefangenschaft versorgt und 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches integriert. Als wichtiger Stützpfeiler der jungen Demokratie erwies sich dabei die erfolgreiche, im Grundgesetz verankerte Sozialpolitik (Artikel 20, Absatz 1). Ohne sozialen Frieden im Land würde der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau nicht gelingen – darin waren sich in Erinnerung an das Ende der Weimarer Republik alle einig.

Eine immer größere Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zeigte sich mit der neuen demokratischen Republik und mit dem Leben in einer pluralistischen Gesellschaft westlicher Prägung zufrieden. Noch 1950 wurden, als die Alliierten den Lizenzzwang für politische Parteien aufgehoben hatten, rund 30 neue, zumeist nationale und rechtsextremistische Parteien gegründet. Aber bei der Bundestagswahl 1953 zogen nur wenige Abgeordnete dieser Gruppierungen in den Bundestag ein. Anschließend ging deren Zahl stark zurück und die Wählerinnen und Wähler versammelten sich zum ganz überwiegenden Teil hinter CDU/CSU und SPD, die sich als für alle großen

¹ Vgl. dazu S. 262



M2 Q Demonstration in West-Berlin gegen den Vietnam-Krieg

Foto (Ausschnitt) vom 18. Februar 1968

Die Studierenden protestieren mit Plakaten und Postern ihrer politischen Vorbilder Ho Chi Minh, Rosa Luxemburg, Che Guevara und Wladimir I. Lenin.

- ▶ Recherchieren Sie zu den vier Personen und weisen Sie nach, dass es den Demonstrierenden nicht nur um Kritik am Krieg in Vietnam ging.

Wertewandel: Gemeint ist hier der Wandel zu einer längerfristigen Pluralisierung von Normen, Werten und Lebensstilen, ausgelöst durch Protestbewegungen in den USA und den westeuropäischen Gesellschaften seit den 1960er-Jahren.

68er: linksorientierte Protestbewegung v. a. von Studierenden ab den späten 1960er-Jahren gegen die damaligen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, die eine stärkere Bürgerbeteiligung und Modernisierung der Gesellschaft anstieß

gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Milieus wählbare Volksparteien etablierten. Eine optimistische Grundstimmung und ein beinahe ungetrübter Fortschrittsglaube machten sich breit.

Protest ...

In den 1960er-Jahren nahm die Unzufriedenheit insbesondere in der heranwachsenden jungen Generation zu. Protest regte sich vor allem gegen den Umgang mit der NS-Vergangenheit: Die Bundesregierung stellte Israel und anderen NS-Opfern zwar Entschädigungszahlungen in Aussicht. Der Wunsch nach einem „Schlussstrich“ war in der Bevölkerung jedoch weit verbreitet. Zehntausende NS-Täter und Mitläufer hatten nach 1945 untertauchen und – auch dank staatlicher Amnestie- und Integrationsangebote – wieder in Schlüsselpositionen in Staat, Politik und Wirtschaft aufsteigen können. Dies führte oftmals zu einer pauschalen Verurteilung der Vätergeneration, die sich in den 1960er- und frühen 70er-Jahren zu einem Generationenkonflikt um die Schuldfrage an den NS-Verbrechen zuspitzte.

Manche lehnten die Nutzung von Atomenergie, aber auch Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt ab. Viele kritisierten angesichts der Kriegsführung der USA in Vietnam oder von Briten und Franzosen in ihren Kolonien begangener Verbrechen die einseitige Westorientierung. Beeinflusst von ähnlichen Bewegungen in den USA und anderen europäischen Ländern formierte sich eine Protestbewegung insbesondere aus Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Journalistinnen und Journalisten, Kulturschaffenden und Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern. Hier zeichnete sich ein **Wertewandel** ab – weg von Autorität, Gehorsam und Tradition hin zu Partizipation, Transparenz, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie individueller Freiheit.

Als 1966 CDU/CSU und SPD eine große Koalition mit Kurt-Georg Kiesinger als Bundeskanzler bildeten, der nur die FDP als Opposition gegenüberstand, befürchteten viele eine Gefahr für Demokratie und Freiheit durch dieses parteiliche Übergewicht. Sie sahen sich darin bestätigt, als die Koalition über den Erlass von Gesetzen diskutierte, mit denen im Falle eines Notstandes Grundrechte eingeschränkt werden konnten und die sie an den Notstandsartikel 48 der Weimarer Reichsverfassung und dessen Missbrauch erinnerte.

Aus Protest formierte sich eine „*Außerparlamentarische Opposition*“ (APO) aus Studierenden, Intellektuellen und Teilen der Gewerkschaften, die im Frühjahr 1968 auf die Straße ging und mit landesweiten Demonstrationen vergeblich versuchte, das Parlament von der Verabschiedung der Notstandsgesetze abzubringen sowie auf andere politische Themen aufmerksam zu machen. Seither nannte man die Protestbewegung oft pauschal „die 68er“.

... und Reformen

Die ab 1969 amtierende Regierung aus SPD und FDP unter Bundeskanzler **Willy Brandt** nahm die Forderungen aus der Bevölkerung nach mehr Mitbestimmung, Gleichberechtigung und Modernisierung bewusst auf. Die Reformen der sozial-liberalen Koalition setzten z. B. im Strafvollzug auf Resozialisierung statt auf reine Bestrafung. Im Familienrecht trieben sie die Gleichberechtigung der Geschlechter voran. Bürgerinnen

50 und Bürger erhielten mehr Mitspracherecht in Städten und Gemeinden bei Bau- und Sanierungsvorhaben. Es wurden Maßnahmen zum Umweltschutz auf den Weg gebracht und das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt. Das Betriebsverfassungsgesetz erweiterte 1972 die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften. Renten und Kindergeld wurden erhöht, die Leistungen
55 der Krankenkassen verbessert. Und um Kindern aus der Mittel- und Unterschicht den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen zu ermöglichen, wurde eine finanzielle Unterstützung für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende (BaföG) eingeführt. Die Kehrseite der Reformen war allerdings, dass der Staat dauerhaft mehr Geld ausgab als er einnahm und sich verschuldete.

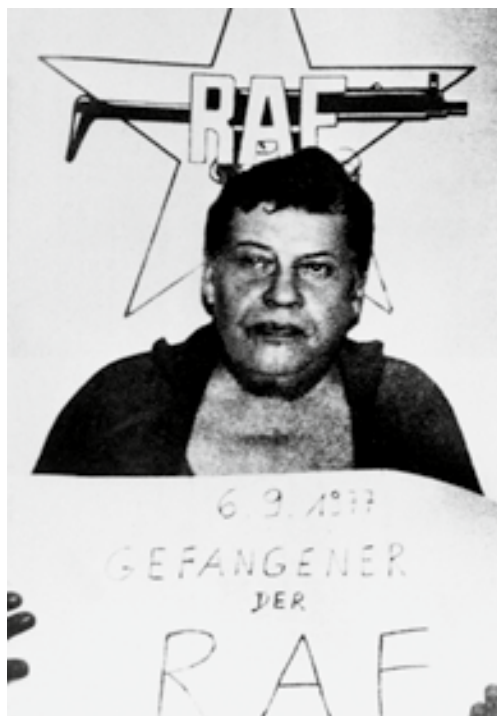
60 **Terrorismus als Herausforderung**


In den 1970er-Jahren radikalisierte sich eine kleine, gewaltbereite Minderheit der Protestbewegung, darunter die linksextremistische *Rote-Armee-Fraktion (RAF)* um Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhoff. Diese Gruppe lehnte Demokratie und Marktwirtschaft ab und verübte – angeblich, um die Bevölkerung von „kapitalistischer Ausbeutung“ zu „befreien“ – Bombenanschläge auf Kasernen, Pressegebäude
65 und staatliche Einrichtungen. In spektakulären Aktionen entführten und ermordeten RAF-Mitglieder Vertreter aus Politik, Justiz und Wirtschaft.

Am 5. September 1977 entführte ein Kommando der RAF den Arbeitgeberpräsidenten
70 Hanns Martin Schleyer und – mit Beteiligung palästinensischer Luftpiraten – ein deutsches Verkehrsflugzeug. Damit wollte die RAF die Freilassung von elf inhaftierten Terroristen erzwingen. Eine Antiterrorereinheit des Bundesgrenzschutzes befreite die 87 Geiseln in Mogadischu (Somalia). Daraufhin verübten drei inhaftierte RAF-Mitglieder Selbstmord. Die Polizei fand Schleyer am Tag darauf tot im Kofferraum eines Autos.

Auch wenn dieser Linksterrorismus am Ende erfolglos blieb, da
75 die Bundesregierung sich unter Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht erpressen ließ und die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in den Staat nicht verloren, fielen seinen Verbrechen doch mehrere Dutzend Menschen zum Opfer.

Bis heute wollen Linksterroristen und -extremisten die bestehende
85 Demokratie gewaltsam stürzen und sie durch ein sozialistisches System ersetzen. Rechtsterroristen und -extremisten wollen wieder eine Führer-Diktatur und ein „Groß-Deutsches Reich“ errichten und verbreiten rassistisches und antisemitisches Gedankengut.



M3  **Willy Brandt** (vormals Ernst Karl Frahm) (1913–1992): Sozialdemokrat, 1933–1945 emigriert, 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin (West), 1964–1987 Vorsitzender der SPD, 1969–1974 Bundeskanzler. Erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.



32027-113

Internettipp:

Eine Geschichte der RAF finden Sie unter Mediencode 32027-113.

M4 **Von der RAF entführter Hanns Martin Schleyer**

Dieses Foto wurde von den Terroristen verbreitet.



M5 **Q** **Helmut Kohl** (1930–2017): Politiker (CDU), 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1973–1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982–1998 Bundeskanzler, 1998 Ehrenbürger Europas



M6 **Q** **Plakat zur Europaparlamentswahl von 1979**

M7 **Q** **Friedens- und Abrüstungsdemonstration in Bonn**

Foto vom 10. Oktober 1981
1979 hatte die NATO beschlossen, eine Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen mit eigener Aufrüstung zu beantworten. Am 22. November 1983 stimmte der Deutsche Bundestag der Stationierung amerikanischer Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik zu. Gegen die damit verbundene Gefahr eines Atomkrieges organisierte die Friedensbewegung Massenproteste

Alte und neue Themen

Die „68er-Bewegung“ hatte die Gesellschaft in bisher nicht gekannter Weise politisiert. Aus ihr entstanden weitere Bewegungen, die in den 1970er- und 80er-Jahren auch politisch an Einfluss gewannen: Die Umweltbewegung machte die unübersehbaren Folgen der ungehemmten Industrialisierung und Motorisierung für Natur und Umwelt zum Thema. Frauenbewegung und Homosexuellenbewegung forderten Gleichstellung der Frauen und Schutz von Verfolgten und gesellschaftlichen Minderheiten.¹ Die Friedensbewegung kritisierte den weltweiten Rüstungswettlauf und warnte vor einem Atomkrieg.

Der anhaltende Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern aus der UdSSR und Osteuropa sowie die deutlich ansteigende Zahl der Asylsuchenden machten deutlich, dass die Bundesrepublik sich zum Einwanderungsland entwickelte, und löste teilweise hitzige Diskussionen darüber aus, wie eine ständig wachsende Zahl von Immigrantinnen und Immigranten integriert werden konnte. 1978 wurde das Amt des „Ausländerbeauftragten“ (heute: Integrationsbeauftragter) geschaffen. Die politische Teilhabe von Ausländern sollte durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts und den Erhalt der Staatsbürgerschaft für in der Bundesrepublik geborene Nachkommen unterstützt und zudem die Gleichberechtigung in den Bereichen Bildung, Arbeit und Wohnen gefördert werden. Die seit 1982 amtierende Koalitionsregierung aus FDP und CDU/CSU unter Helmut Kohl (CDU) kündigte zwar ein „Ausländergesetz“ an, das aber erst 1991 in Kraft trat. Ausländische Mitbürger, die bereits seit acht Jahren in der Bundesrepublik lebten, hatten die Möglichkeit, eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Gleichzeitig widersprach die Regierung jedoch der Behauptung, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei.

Da immer mehr Menschen damit unzufrieden waren, wie die etablierten Volksparteien diese Themen behandelten, engagierten sich nicht nur viele in Bürgerinitiativen, sondern gaben ihre Wählerstimmen neuen Gruppierungen. Von ihnen waren diejenigen am erfolgreichsten, aus denen sich schließlich die Partei „Die Grünen“ bildete, die in die meisten Landesparlamente und 1983 erstmals in den Bundestag einzog.

Bei allem innenpolitischen Streit erwies sich das Institutionengefüge des Grundgesetzes aber als stabil und fand die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bevölkerung breite Akzeptanz.



M8 D Integration durch Antikommunismus?

Der Politikwissenschaftler Dietrich Thränhardt schreibt dazu 1996 Folgendes:

Als Übergangsideologie für die Bundesrepublik, die in die westliche Gesellschaft hineinwuchs, war der Antikommunismus hervorragend geeignet. In ihm konnte man sich mit den ehemaligen Kriegsgegnern, mit der Demokratie, den „westlichen Werten“, dem Christentum, dem „Abendland“ identifizieren, die als positives Gegenbild fungierten. Auch wenn man während des „Dritten Reiches“ unterschiedlichen politischen Lagern angehört hatte, war auf dieser ideologischen Grundlage eine Versöhnung möglich. [...]

Die Eingliederung einer so großen Anzahl ehemaliger Nichtdemokraten, vorwiegend in bürgerlichen Kreisen und gesellschaftlich angesehenen Berufsgruppen (Ärzte, Lehrer, Verwaltungsbeamte, Richter), barg andererseits die Gefahr des Eindringens von undemokratischen Einflüssen. [...]

Als die neuen Bundesministerien aufgebaut wurden, waren die Überprüfungen durch die Alliierten aufgegeben worden. Sozialdemokraten wurden wegen der harten innenpolitischen Frontstellung kaum eingestellt. Andererseits erhielten aber alle ehemaligen Beamten des „Dritten Reiches“, mit Ausnahme der schwer belasteten, einen Rechtsanspruch auf Beschäftigung (Ausführungsgesetz zu Art. 131 GG). Alle Behörden hatten 20% der Stellen für diesen Zweck zu reservieren. Da die meisten früheren Spitzenbeamten von den Alliierten entlassen und sogar vorübergehend verhaftet worden waren, standen sie 1949/50 zur Verfügung. Innerhalb der Gruppe der Beamten hatten alte Verbindungen Bestand gehabt: Ein ehemaliger Beamter „zog“ den anderen nach. Im Ergebnis kam es zur Wiederherstellung der alten Bürokratie, einschließlich ihrer NSDAP-Mitglieder. Im Auswärtigen Amt waren 1951 66% der leitenden Beamten ehemalige NSDAP-Mitglieder. Kritik daran wies Adenauer mit dem Appell zurück, „jetzt mit der Nazi-riechei Schluss zu machen“.

Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1996, S. 112 ff.

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die Aussagen Thränhardts mit eigenen Worten zusammen.
2. Erläutern Sie, inwiefern der Antikommunismus als „Integrationsideologie“ wirkte.
3. Erörtern Sie, ob es in unserer heutigen Gesellschaft auch „Integrationsideologien“ gibt.



32027-114

M9 Q Außerparlamentarische Opposition

Am 2. Juni 1967 wird der Student Benno Ohnesorg, der an einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des mit brutaler Gewalt regierenden Schah (Kaiser) von Persien in Berlin teilnimmt, von einem Polizisten erschossen (von dem man heute weiß, dass er als Spitzel für die „Stasi“ arbeitete). Der Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Kurt Sontheimer, schreibt 1967 über die politischen Folgen:

Über zwölf Tausend Menschen, Berliner Studenten aller Hochschulen, gaben [...] Benno Ohnesorg das letzte Geleit. [...] Nach dem 2. Juni 1967 ist die Studentenschaft nicht nur der Berliner Universität, sondern dank der Berliner Studenten die der gesamten Bundesrepublik zu einem Faktor der deutschen Innenpolitik geworden. Die Parteien des Bundestages beeilen sich plötzlich, mit den Vorsitzenden der Studentenausschüsse zu diskutieren. [...]

Es ist sichtbar geworden, dass der Kern der aktiven Studentenschaft sich als eine außerparlamentarische Opposition versteht. Es handelt sich [...] um die Keimzellen einer neuen Opposition, die offen bekennt, dass sie die Gesellschaft verändern will. [...] Die Studenten [...] wollen die Demokratie auf den Prüfstand stellen, um zu ermitteln, ob die demokratischen Rechte und Freiheiten auch denen offenstehen, die nicht in den pluralistischen Konsensus unserer Ordnung einbezogen sind. [...] Sie haben offenkundig gemacht, dass unsere freiheitsrechtsstaatliche Ordnung noch keineswegs so stabilisiert ist, wie sie das von sich glaubt. Zwanzig Jahre versuchen wir es nun von Neuem mit der Demokratie und mochten uns rühmen, eine ihrer selbst sichere Ordnung geschaffen zu haben; doch ein beachtlicher Teil unserer Bevölkerung reagiert auf kritisches Infragestellen dieser Ordnung durch wenige tausend Studenten so, als habe man es nur mit Radaubrüdern und Krawallmachern zu tun.

Zitiert nach: Merith Niehuss und Ulrike Lindner (Hrsg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen, Bd. 10: Besatzung, Bundesrepublik und DDR 1945–1969, Stuttgart 1998, S. 324–329

Arbeitsvorschläge

1. Erläutern Sie den Begriff „Außerparlamentarische Opposition“.
2. Benennen Sie Gründe für den Protest.



32027-115



32072-116

Internettipp:

Informationen zu APO und Studentenbewegung finden Sie unter Mediacode 32072-116.

252 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

M10 Q Mehr Demokratie wagen

Am 28. Oktober 1969 tritt Bundeskanzler Willy Brandt mit seiner ersten Regierungserklärung vor den Deutschen Bundestag:

Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, dass durch Anhörungen im Bundestag, durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Wir wenden uns an die im Frieden nachgewachsenen Generationen, die nicht mit den Hypotheken der Älteren belastet sind und belastet werden dürfen; jene jungen Menschen, die uns beim Wort nehmen wollen – und sollen. Diese jungen Menschen müssen aber verstehen, dass auch sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben. [...]

Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert. Diese Regierung sucht das Gespräch, sie sucht kritische Partnerschaft mit allen, die Verantwortung tragen, sei es in den Kirchen, der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft. [...]

Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger. Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten. Das Selbstbewusstsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben. Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen. In den letzten Jahren haben manche in diesem Lande befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je. Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen.

Zitiert nach: Klaus von Beyme, Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München/Wien 1979, S. 252 und 281

Arbeitsvorschläge

32027-118

1. Arbeiten Sie die Begriffe und Formulierungen heraus, mit denen Willy Brandt den Beginn einer neuen Ära ankündigt.
2. Erläutern Sie, was Willy Brandt mit „kritischer Partnerschaft“ (Z. 22) meint.
3. Einige Passagen der Rede erregten Anstoß bei den Unionsparteien und bei der konservativen Presse. Arbeiten Sie diese Passagen heraus.
4. Fühlen Sie sich von der Rede angesprochen? Begründen Sie Ihre Einschätzung.

M11 Q „Ein völliger Umbruch ist notwendig“

Im ersten Bundesprogramm der Grünen, das im März 1980 verabschiedet wird, heißt es:

Die in Bonn etablierten Parteien verhalten sich, als sei auf dem endlichen Planeten Erde eine unendliche industrielle Produktionssteigerung möglich. [...]

Die ökologische Weltkrise verschärft sich von Tag zu Tag: Die Rohstoffe verknappen sich, Giftskandal reiht sich an Giftskandal, Tiergattungen werden ausgerottet, Pflanzenarten sterben aus, Flüsse und Weltmeere verwandeln sich in Kloaken, der Mensch droht inmitten einer späten Industrie- und Konsumgesellschaft geistig und seelisch zu verkümmern, wir bürden den nachfolgenden Generationen eine unheimliche Erbschaft auf. [...] Ein völliger Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens ist notwendig. [...] Ausgehend von den Naturgesetzen und insbesondere von der Erkenntnis, dass in einem begrenzten System kein unbegrenztes Wachstum möglich ist, heißt ökologische Politik, uns selbst und unsere Umwelt als Teil der Natur zu begreifen. [...] Unsere Politik ist eine Politik der aktiven Partnerschaft mit der Natur und dem Menschen. Sie gelingt am besten in selbstbestimmten und selbstversorgenden überschaubaren Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten.

Zitiert nach: Irmgard Wilharm (Hrsg.), Deutsche Geschichte 1962–1983, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1985, S. 227

Arbeitsvorschläge

32027-119

1. Benennen Sie die Ziele der Partei.
2. Stellen Sie Vermutungen an, wie diese Ziele von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgenommen wurden.
3. Recherchieren Sie in Gruppenarbeit, wie die Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland auf Umweltprobleme reagiert haben, welche gelöst oder gemindert werden konnten und welche noch heute bestehen. Erarbeiten Sie daraus Forderungen an die Politikerinnen und Politiker.

M12 Für mehr Frauenrechte

In der Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Mai 1983 kurz nach Helmut Kohls Wahlsieg bei der Bundestagswahl und dem erstmaligen Einzug der GRÜNEN ins Parlament, löst die grüne Abgeordnete Waltraud Schoppe mit ihrer Rede einen Skandal aus:

Wenn eine Frau ungewollt schwanger wird, muss sie selbst entscheiden können, ob sie ein Kind möchte oder nicht. Die Schwangerschaftsunterbrechung kann als eine Frage der moralischen Einstellung und der persönlichen Lebensumstände nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein. *(Beifall bei den GRÜNEN – Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Wie stehen Sie zur Euthanasie?)*

Auch bei der Legalisierung der Abtreibung bleiben ein ethischer Konflikt und eine moralische Frage, die ausgetragen werden müssen. Unsere durch und durch patriarchalisch strukturierte Gesellschaft ist in der Krise. In Krisenzeiten geben die Patriarchen ihr Wohlwollen auf und weisen die Unterdrückten auf ihre Plätze. Die ideologische Aufwertung der Kleinfamilie soll die Frauen mit sanfter Macht in die Familie zurückdrängen. Die Änderung des Scheidungsrechts soll sie dort belassen.¹ Dort sollen sie Haus- und Erziehungsarbeit leisten, die keiner Qualifizierung bedarf, nützlich ist und unbezahlt bleibt. Damit reduziert sich der Lebensinhalt von Frauen wieder auf die drei K's: Kinder, Küche, Kabelfernsehen. *(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)*

Arbeitsplätze sind rar, und bei Erwerbslosigkeit ist die Ehe für die Frauen der einzige Garant für ökonomische und soziale Sicherheit. Frauen tauschen damit Autonomie gegen Abhängigkeit vom Mann, dessen Interessen und Wünschen sie sich unterordnen müssen. Das ist es, was Herr Kohl – er ist nicht da – meint, wenn er Familie anpreist. Zurück in die Familie, das ist der patriarchalisch-reaktionäre Versuch zur Überwindung der Erwerbslosigkeit. Es geht nicht darum, diejenigen zu denunzieren, die mit großer Anstrengung versuchen, ein Stück Glück auch in der Ehe zu finden. Nur, die Voraussetzungen dafür sind gleichberechtigte Partner, die sich beide an sinnvoller Arbeit in der Politik und bei der Kindererziehung beteiligen können.

¹ Schoppe bezieht sich dabei auf Bestrebungen der Kohl-Regierung, das erst 1977 reformierte Scheidungsrecht wieder in Teilen zurückzunehmen. Bis 1977 galt bei Scheidungen das „Schuldprinzip“: Wer „schuldig“ war, bekam meist keine Unterhaltszahlungen oder das Sorgerecht für die Kinder. Das benachteiligte vor allem Frauen, die bis dahin nur mit Erlaubnis des Mannes arbeiten durften und damit finanziell abhängig waren („Hausfrauenehe“).

(Beifall bei den GRÜNEN – Bohl [CDU/CSU]: Das kann doch jeder machen, wie er will!)

[...]

In dieser von Konsumgütern überschwemmten Gesellschaft fordern wir ökonomische Sicherheit für alle Frauen, unabhängig von der Versorgung in der Ehe. Wir fordern eine ausreichende Rente gerade für Frauen, auch wenn sie keine Lohnarbeit geleistet haben, weil es keine Lohnarbeit für sie gab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern die Bestrafung bei Vergewaltigung in der Ehe. Wir fordern Sie auf, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass auch die Frauen ein Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper und ihr Leben haben. Wir fordern Sie alle auf, den alltäglichen Sexismus hier im Parlament einzustellen. *(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lachen und Zurufe von der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der CDU/CSU: Das Liebesparlament! Bastian-Kelly! – Weitere Zurufe und anhaltendes Lachen)*

Ich merke, dass ich das Richtige gesagt habe; Sie sind getroffen. *(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Erneute Zurufe von der CDU/CSU)*

Mit der Ausgrenzung der Frauen aus dem Bereich Arbeit, Politik und Kultur beraubt sich die Gesellschaft eines Moments von Kreativität. Wir, Herr Kanzler, betrachten Ihre Politik der Erneuerung mit Grausen. Wir fordern Maßnahmen, die es Frauen ermöglichen, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen.

Zitiert nach: <https://dserver.bundestag.de/btp/10/10005.pdf> [21.09.2022]

Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie heraus, was die Abgeordnete im Namen der Frauenbewegung kritisiert und was sie fordert. | [H](#)
2. Beschreiben und erklären Sie die Reaktionen aus den Fraktionen auf die Rede.



32027-120

Wissen vernetzen

1. Begründen Sie, warum aus der 68er-Bewegung weitere „Bewegungen“ entstehen konnten.
2. Eine weitere Herausforderung für die Bundesrepublik war die Integration einer zunehmenden Zahl von ausländischen Arbeitskräften, Aussiedlern und Umsiedlern sowie Flüchtlingen. Bereiten Sie in Gruppenarbeit ein Referat zum Thema „Die Bundesrepublik als Einwandererland“ vor. Ziehen Sie dazu das Kapitel ab S. 368 hinzu.



32027-121



Internettipp:

Informationen zu Deutschland als Einwanderungsland finden Sie unter Mediencode 32027-122.

32027-122

254



Bildinformation

32027-123

M1 **Q** „Wofür die Antifaschisten kämpften, ist in der DDR Wirklichkeit“

Plakat der Nationalen Front von 1960

- ▶ Erläutern Sie die Bildelemente.
- ▶ Analysieren Sie Wirkung und Aussage des Plakats

Imperialismus: Nach Auffassung des Marxismus-Leninismus ist der Imperialismus die fortgeschrittene Stufe des Kapitalismus, da die Industrieländer, um sich Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern, zur Unterwerfung und Ausbeutung anderer Staaten übergehen.



M2 **Q Erich Honecker** (1912–1994): Politiker, seit 1930 Mitglied der KPD, 1935–1945 von den Nationalsozialisten inhaftiert, seit 1958 Mitglied der SED-Führung, 1971–1989 Generalsekretär der SED, 1976–1989 DDR-Staatsratsvorsitzender

Politik und Gesellschaft in der DDR

Folgende Fragen beantwortet dieses Kapitel:

- ▶ Welches politische und gesellschaftliche Selbstverständnis herrschte in der DDR?
- ▶ War das politische System der DDR stabil?
- ▶ Wie ging der SED-Staat mit Kritik aus der Bevölkerung und Opposition um?



Die DDR: sozialistischer Gegenentwurf zur Bundesrepublik

Von Anfang an grenzte sich die DDR gegenüber der Bundesrepublik ab und begriff sich als der „bessere“ der beiden deutschen Staaten. Die herrschende Staatspartei – die SED – verstand die DDR als „antifaschistisches Bollwerk“, als Friedensstaat und als sozialistischen Staat, der damit in besonderem Maße als Wohlfahrtsstaat den Menschen diente. In der kommunistischen Weltanschauung galt der „Faschismus“ als letzte Stufe einer kranken kapitalistischen Gesellschaft. Das SED-Regime übernahm dieses Geschichtsbild. Der Sozialismus würde demnach den Kapitalismus und somit auch den Faschismus überwinden. Auf der Suche nach Legitimität stellte sich die Parteiführung der SED in die Nachfolge des kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und machte diesen zum „Gründungsmythos“ der DDR. Gerade junge Menschen und Intellektuelle befürworteten den Staat, da sie so deutlich Abstand zur NS-Vergangenheit wahren konnten.

Da die DDR mit der NS-Vergangenheit so klar gebrochen habe, lehnte sie jede Verantwortung für die NS-Verbrechen und Wiedergutmachungen an Israel ab. Die von Politik und Presse unermüdlich hervorgehobene angebliche Friedensliebe der DDR sollte den jungen Staat sowohl von der deutschen Vergangenheit als auch von den angeblich „imperialistischen“ Nachbarn in der Bundesrepublik abgrenzen. Doch ließ die SED nur ihre eigene Vorstellung von Friedenspolitik gelten. Sie bekämpfte die Mitglieder der Friedensbewegung im eigenen Land als Staatsfeinde. Das Verweigern des Wehrdienstes war nicht gestattet.

Der SED-Staat

Ganz ähnlich wie in den übrigen Staaten des sowjetischen Machtbereiches in Osteuropa entstand in der DDR eine Diktatur, deren Führung sich zu keinem Zeitpunkt auf die freiwillige Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung berufen konnte. Die eigentliche Macht in der DDR hatten nicht Regierung und Ministerien, sondern die SED und ihre Parteigremien. Vorbild war die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPD/SU). Der Generalsekretär der SED – zunächst Walter Ulbricht, ab 1971 **Erich Honecker** – war der faktische Herrscher über die DDR. Nach der Auffassung der SED war es ihre Aufgabe, die Herrschaft der Arbeiterklasse und damit den dauerhaften Sieg des Sozialismus zu sichern.

Die „bürgerlichen“ Teile der Gesellschaft versuchte die SED zu erreichen, indem sie u. a. eine konservative Partei, die CDU, sowie die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) zuließ. Auf diese Weise sollte die Parteilichkeit vorge-
 45 täuscht und der faktische Einparteiensstaat der SED verschleiert werden. Die sogenannten „Blockparteien“
 50 waren aber nur ein verlängerter Arm der SED, und die Wahlen zum Parlament der DDR, der Volkskammer, hatten
 55 auf die Sitzverteilung keinen Einfluss, denn diese wurde bereits vorab festgelegt. Massenorganisationen wie der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) und die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) gehorchten ohnehin den Weisungen der SED. Parteien und Organisationen waren seit 1949 in der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ zusammenge-
 60 schlossen. Da die maßgeblichen Stellen der Nationalen Front von SED-Funktionären eingenommen wurden, konnte die SED auf diesem Weg alle Parteien und Massenorganisationen steuern.



„Volksdemokratie“ – Demokratie zum Schein

Die DDR enthielt ihren Bürgerinnen und Bürgern in der Verfassung garantierte Grundrechte wie Freizügigkeit und Freiheit der Berufswahl vor. Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde trotz aller frauenfreundlichen Parolen nicht durchgesetzt. Der Staat ermöglichte zwar eine hohe Erwerbstätigkeit der Frauen durch sozialpolitische Maßnahmen wie kostenlose Kinderbetreuung. Trotzdem hatten Frauen schlechtere Ausbildungschancen, ihre Gehälter waren niedriger und ihre Pflichten im Haushalt trotz voller Berufstätigkeit größer als die der Männer. Der Einfluss der Kirchen wurde in der DDR, wo immer möglich, eingedämmt. Alle Medien wurden zentral gelenkt und standen im Dienst der Partei und ihrer sozialistischen Ideologie. Abweichende Meinungen konnten nicht legal veröffentlicht werden und standen sofort unter dem Verdacht der „staatsfeindlichen Hetze“.

80 Machtinstrumente der SED waren die Streitkräfte der DDR – die „Nationale Volksarmee“, eine von der SED abhängige Justiz, die willkürliche Verhaftungen duldete und Strafen verhängte, gegen die keine Rechtsmittel eingelegt werden konnten – vor allem aber das 1950 eingerichtete **Ministerium für Staatssicherheit („Stasi“)**. Es verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“. Ihm unterstand ein breites Netz an
 85 Agenten, Spitzeln und bis zu 200 000 „informellen Mitarbeitern“ mit deren Hilfe „auffällige“ Bürger bespitzelt, wurden, um Oppositionelle und Regimekritiker aufzuspüren und zu überwachen. Die Mittel der „Stasi“ waren vielfältig, von Beschattungen und Festnahmen bis zu psychischer Zersetzung, Verschleppungen und sogar Mord. Auch Bürgerinnen und Bürgern, die in den Westen geflohen waren („Republikflüchtlingen“), stellte sie nach, ließ sie in die DDR zurückbringen oder ermorden. Viele Menschen erfuhren erst nach dem Untergang der DDR von den staatlichen Bespitzelungen,
 90 teils aus dem engsten Freundes- und Familienkreis.

M 3 Q FDJ-Aufmarsch bei einem nationalen Jugendfestival, Karl-Marx-Allee, Ost-Berlin

Foto vom 3. Juni 1979

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) war eine kommunistische Jugendorganisation der DDR. Der Eintritt fand für Jungen und Mädchen im Alter von 14 Jahren statt. Er geschah freiwillig, aber wer nicht beitrat, wurde später bei der Vergabe von Studienplätzen oder Lehrstellen benachteiligt. 1972 gehörten 58 Prozent der Jugendlichen der FDJ an, 1986 waren es 74 Prozent. Die FDJ gibt es noch heute, ihr Stellenwert ist jedoch nicht mehr mit dem in der DDR vergleichbar.

► Informieren Sie sich über die Aktivitäten und Regeln der FDJ zu DDR-Zeiten.



32027-124

Geschichte In Clips:
 Zur Jugend in der DDR und Organisationen wie der FDJ siehe den Code 32027-124.

Ministerium für Staatssicherheit („Stasi“): Kontrollorgan zur Sicherung der Macht der SED in Form eines gewaltigen Überwachungsapparats mit einer Vielzahl von offiziellen und „inoffiziellen Mitarbeitern“ (IM), das massiv gegen Menschen- und Bürgerrechte verstieß



32027-125

Internettipp:
 Unter dem Mediencode 32027-125 finden Sie weitere Beispiele dafür, wie die „Staatssicherheit“ gegen Regimekritikerinnen und -kritiker vorging.



32027-126

Internettipp:

Unter dem Mediacode 32027-126 finden Sie weitere Informationen und Materialien zum 17. Juni 1953.



M4 Titelblatt der Bild-Zeitung vom 16. August 1961

- ▶ Recherchieren Sie zu den in der Schlagzeile genannten Personen und ihrer Rolle in der Berlin-Krise von 1961.
- ▶ Nehmen Sie anschließend Stellung zu der hier erhobenen Anschuldigung.

Mauerbau: ab dem 13. August 1961 von der DDR-Regierung nach Absprache mit der Sowjetunion errichtete 112 km lange Mauer entlang der Grenzen der westlichen Sektoren, die mit weiteren Sperranlagen und Wachtürmen militärisch gesichert wurde



32027-127

Internettipp:

Eine animierte Karte zum Thema „Mauerbau“ finden Sie unter Mediacode 32027-127.



32027-128

Geschichte In Clips:

Zum Mauerbau siehe Mediacode 32027-128.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953

Am 17. Juni 1953 streikten an 242 Orten in der DDR mehr als eine halbe Million Menschen: Sie protestierten gegen eine im Mai erfolgte Erhöhung der geforderten Arbeitsleistung der Arbeiterschaft um zehn Prozent zur Erreichung der planwirtschaftlichen Ziele. Büros der SED wurden gestürmt, öffentliche Gebäude besetzt und 5 Häftlinge aus Gefängnissen befreit. Diesen Aufstand konnte die SED nur mithilfe sowjetischer Soldaten und Panzer niederschlagen. Die SED-Führung wiederum machte „ausländische Agenten“ für den Aufstand verantwortlich. Um die Lage zu beruhigen, nahm sie aber stillschweigend die Maßnahmen zurück, senkte Preise und erhöhte Löhne und Renten. Zugleich wurde die „Staats- 10 sicherheit“ angewiesen, die Beobachtung der Bevölkerung zu intensivieren, um Abweichler frühzeitig aufspüren zu können.

Mauerbau und Grenzbefestigung

Allein zwischen 1953 und 1956 flohen etwa eine Million oftmals jüngere, 15 gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter oder Akademikerinnen und Akademiker aus der DDR, um der Unterdrückung durch die SED und den Zwängen der Planwirtschaft zu entkommen. Da dies die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des SED-Regimes gefährdete, riegelte die DDR-Führung die Grenze zur Bundesrepublik schon frühzeitig ab. Lediglich 20 in Berlin, das unter Kontrolle der vier Besatzungsmächte stand, war der Grenzübergang noch beinahe problemfrei möglich. Ihn nutzten allein im Juli 1961 rund 150 000 Menschen zur Flucht in den Westen.

Anfang August gab deshalb die Führung in Moskau dem Drängen der SED nach und bewilligte die Abriegelung der Grenze auch in Berlin. In der Nacht 25 vom 12. auf den 13. August 1961 errichteten Soldaten Stacheldrahtzäune zwischen dem sowjetischen und den drei westalliierten Sektoren Berlins.

In den folgenden Tagen und Monaten wurden die provisorischen Absperrungen durch eine stabile und streng bewachte Mauer und einen regelrechten „Todesstreifen“ ersetzt.

Durch den **Mauerbau** war die Flucht aus der DDR weitgehend unmöglich geworden. 30 Wer sie trotzdem wagte, riskierte sein Leben. Denn mehrfach hatten führende SED-Politiker und Militärs den Befehl gegeben, auf „Verräter und Grenzverletzer“ zu schießen. Nach heutigen Erkenntnissen verloren beinahe 800 Menschen bei Fluchtversuchen ihr Leben, Tausende wurden verletzt.

Zwischen Anpassung und Rebellion

Der SED gelang es nie, die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen. In der 35 Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz verhielten sich viele Bürgerinnen und Bürger angepasst und unauffällig, um den Repressionen des Machtapparats zu entgehen, und suchten sich eine „Nische“ bei Freunden und im Privatleben, in die sie sich so oft wie möglich zurückzogen. Das Wochenendhaus, die „Datsche“, wurde zum Symbol einer 40 Nischengesellschaft im diktatorischen Obrigkeitsstaat.

Seit den 1960er-Jahren rebellierte jedoch immer mehr Jugendliche gegen das „Spießertum“ ihrer Eltern und gegen die geistige und räumliche Enge in der DDR. Die SED-Führung beäugte sie kritisch und reagierte mit Schulentlassung und Ausbildungsverboten, Reisebeschränkungen innerhalb der DDR, im Extremfall sogar mit Inhaftierung. 45

So war die Gesellschaft gespalten in überzeugte, linientreue Anhänger des SED-Staates, diejenigen, die dem Staat gleichgültig oder insgeheim ablehnend gegenüberstanden sowie jenen, die sich nicht mit dem Regime arrangieren konnten und unter großen Gefahren versuchten zu fliehen.

50 Bürgerbewegungen

Obwohl die Machthaber hart gegen Oppositionsbewegungen vorgingen, gab es Initiativen, die sich für die Gleichberechtigung von Frauen und für die Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten einsetzten. Eine von der SED unabhängige Frauen- oder Studentenbewegung, wie es sie seit den 1960er-Jahren in den westlichen Staaten gab, war in der DDR zwar nicht denkbar. An vielen Orten der DDR zeigten seit den 70er-Jahren aber kleine Gruppen von Regimekritikerinnen und -kritikern Zivilcourage. Nicht wenige Unzufriedene hielten die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik durchaus für den fortschrittlicheren Staat, waren aber davon überzeugt, dass es echten Sozialismus nur in Verbindung mit Demokratie geben könne. Damit stellten sie dem „realen Sozialismus“ in der DDR die Utopie des „demokratischen Sozialismus“ entgegen.

65 Die Friedensbewegung, wandte sich unter dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ gegen die Militarisierung der DDR-Gesellschaft und gegen das Wettrüsten. Umweltschützerinnen und -schützer kritisierten die sicht- und spürbare massive Belastung von Luft, Gewässern und Böden. Nach dem verheerenden Atomunfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 gründeten sie in Ost-Berlin die „Umweltbibliothek“, wo sich Oppositionelle trafen und diskutierten.

Ermöglicht wurde dieses bürgerschaftliche Engagement oft im Schutz der evangelischen Kirche, die Räume zur Verfügung stellte und bei der Befreiung von Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern aus der Stasi-Haft half. Am Ende der 1980er-Jahre bildeten oppositionelle Gruppierungen und Kirchengemeinden die Keimzellen für den hunderttausendfachen Protest, der schließlich in die friedliche Revolution mündete, die das SED-Regime zu Fall brachte.

Mutige „Staatsfeinde“

Alle Kritikerinnen und Kritiker galten der SED als „Staatsfeinde“. Sie wurden überwacht und in vielfältiger Weise verfolgt. 1988 zählte die „Stasi“ für die gesamte DDR zwar nur 160 oppositionelle Gruppierungen, der etwa 2500 Menschen angehörten. Aber umgekehrt ging die „Stasi“ von rund 86 000 „feindlich-negativen“ Einzelpersonen aus. Von ihnen sollten im Spannungsfall etwa 3 000 inhaftiert und 11 000 in Isolierungslagern festgesetzt werden. Die SED-Führung hielt zu diesem Zeitpunkt noch starr an ihrem Kurs fest. Bis zum Schluss versuchte die Propaganda die Bevölkerung durch eine Mischung von Falschinformationen und Durchhalteparolen bei der Stange zu halten. Und noch kurz vor dem Mauerfall spielten hohe SED-Funktionäre mit dem Gedanken, wie 1953 Panzer gegen Demonstrierende einzusetzen. Und die Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, rief Schülerinnen und Schüler dazu auf, den Sozialismus in der DDR notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen.



M5 Q Szene in einer Ost-Berliner U-Bahn

Foto von Jörg Knöfel, 1986

- Beschreiben Sie, welche Wirkung das Bild auf Sie hat.



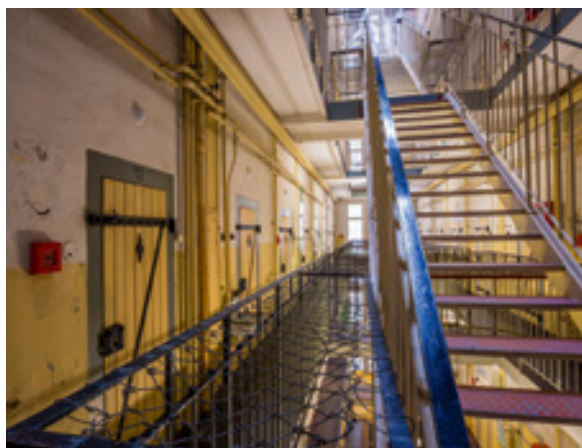
M6 Q „Schwerter zu Pflugscharen“

Aufnäher einer Jacke, undatiert. Mit diesem Protestsymbol forderte die christliche Friedensbewegung zur Abrüstung auf.

- Untersuchen Sie, was als Vorbild für das Symbol diente.

M7 Q Die JVA „Bautzen II“

Das Gefängnis diente der Stasi 1956 bis 1989 als Hochsicherheitsgefängnis v. a. für politische Kritiker und Gegner des SED-Regimes, tatsächliche und vermeintliche Spione, Republikflüchtige und Fluchthelfer. Heute ist dort eine Gedenkstätte eingerichtet.



258 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

M8 Q „Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“

Unter dieser Überschrift erscheint am 17. Mai 1957 in der Parteizeitung „Neues Deutschland“ der folgende Artikel mit dem Zusatz „Wähler fragen – wir antworten“: Viele Intellektuelle werden zu diesem Zeitpunkt verhaftet. Im Dezember 1957 erklärt die Volkskammer Tatbestände wie Staatsverrat, Spionage und Sammlung von Nachrichten zu Verbrechen. Auch die Verbindung zu jeder nichtkommunistischen Opposition wird ab sofort mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. In schweren Fällen droht die Todesstrafe.

- Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt, und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. Im Gegenteil, das Vorhandensein oppositioneller Kräfte in bürgerlich-kapitalistischen Staaten offenbart den immer schärfer hervortretenden Interessengegensatz zwischen den sich an der Macht befindlichen Monopolisten und Militaristen und der von der Macht ausgeschlossenen unterdrückten Bevölkerung. Opposition ist nur der Beweis dafür, dass die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen müssen.
- Die Bourgeoisie kann die aus den unversöhnlichen Klassengegensätzen hervordachsende Opposition nicht leugnen. Deshalb versucht sie, diese zu einem „Charakteristikum wahrer Demokratie“ für jeden Staat umzufälschen. [...]
- Aus solchen Auffassungen wird dann die absurde Behauptung abgeleitet, dass unser sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern nicht demokratisch sei, weil es bei uns „keine Opposition gebe“.
- In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die Kriegerverbrecher, Monopolisten und Junker entmacht. Hier gehören die Fabriken und Banken dem Volk. Die Armee, Polizei und Justiz – die Machtmittel des Staates – sind Instrumente der Werktätigen. Es gibt keinen Gegensatz zwischen der Politik unserer Regierung und den Interessen der gesamten Bevölkerung.
- Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müsste sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise, gegen die niedrigen MTS-Tarife¹, gegen

¹ Über Maschinen-Traktor-Stationen (MTS) konnten die Bauern der LPGs (vgl. dazu S. 263) günstig landwirtschaftliche Geräte beziehen.

die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müsste sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter- und Bauern-Staat richten. Sie müsste für den Einsatz von Militaristen und Faschisten in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.

Zitiert nach: Merith Niehuss und Ulrike Lindner (Hrsg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 10: Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR 1945 - 1969, Stuttgart 1998, S. 400 ff.

Arbeitsvorschläge

32027-129

1. Klären Sie den Begriff „Opposition“. Stellen Sie die Definition dem Verständnis des Artikels aus dem „Neuen Deutschland“ gegenüber.
2. Analysieren Sie die Folgen der Gleichsetzung von „Politik unserer Regierung“ und „Interessen der gesamten Bevölkerung“.
3. Beurteilen Sie, wie in einer bürgerlichen Demokratie die Interessen der Bevölkerung wahrgenommen werden.
4. Ordnen Sie die genannten Errungenschaften der DDR ein, die im Artikel hervorgehoben werden.

M9 Q Bitterfeld in Aufruhr

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 breitet sich von Ost-Berlin flächendeckend in der ganzen DDR aus. Auch die Städte Bitterfeld und Wolfen werden von der Streikwelle erfasst:

In mehreren Betrieben Wolfens brachen am Montag Streiks aus, wurden Streikleitungen gewählt, teilweise Werkleitungen abgesetzt, Betriebsfunkanlagen besetzt und Forderungskataloge formuliert. In Wolfen und Bitterfeld beteiligten sich schließlich sämtliche Großbetriebe und fast alle mittleren und kleinen Betriebe an der Streikbewegung. Die SED-Funktionäre flogen meistens aus den Betrieben und gingen zum Teil in die Illegalität. Etwa 12000 Arbeiter der Agfa-Filmfabrik Wolfen, der Farbenfabrik Wolfen und anderer Betriebe begannen vormittags einen Marsch nach Bitterfeld. Immer mehr Menschen strömten hinzu. [...]

Um 11:00 Uhr standen auf dem „Platz der Jugend“ und in den angrenzenden Straßen etwa 50 000 Menschen; im Vergleich dazu lebten in Bitterfeld etwa 32 000. Mehrere Redner sprachen über eine Lautsprecheranlage zu der Menge. [...]

Der Lehrer Wilhelm Fiebelkorn, ebenfalls Mitglied der Kreisstreikleitung, verlas ein Telegramm an die „Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“:

Politik und Gesellschaft in der DDR

„Die Werktätigen des Kreises Bitterfeld fordern:

1. sofortigen Rücktritt der Regierung, die durch Wahlmanöver an die Macht gekommen ist;
2. Einsetzung einer provisorischen Deutschen Demokratischen Regierung;
3. freie, demokratische, geheime und direkte Wahlen in vier Monaten;
4. Zurückziehung der deutschen Polizei von den Zonengrenzen und sofortiger Durchgang für alle Deutschen;
5. sofortige Freilassung der politischen Häftlinge (Kirche, weltliche Anschauung, sogenannte Wirtschaftsverbrecher) und Rückkehr aller Gefangenen aus aller Welt;
6. sofortige Normalisierung des Lebensstandards ohne Lohnsenkung;
7. Zulassung aller großen deutschen demokratischen Parteien Westdeutschlands in unserer Zone;
8. keine Repressalien gegen die Streikenden;
9. sofortige Abschaffung der sogenannten Volksarmee;
10. Zulassung der Delegation aus der Ostzone, die eine der westdeutschen Parteien gründen wollen.

Das Streikkomitee des Kreises Bitterfeld“

Immer wieder sangen die Massen die dritte Strophe des „Deutschlandliedes“. Nach der Kundgebung stürmten die Demonstranten alle wichtigen Gebäude Bitterfelds, darunter das Rathaus, das Landratsamt, die SED-Kreisleitung, die MfS-Kreisdienststelle und das Gefängnis. [...] Es kam zu mehreren tätlichen Auseinandersetzungen in der Stadt. So warfen Aufständische zwei LKW der Polizei um und verprügelten die Polizisten. Die Demonstranten sperrten mehrere Polizisten, Gefängniswärter und MfS-Mitarbeiter in die Zellen, in denen noch kurz zuvor politische Häftlinge einsaßen.

[...] Überall bot sich das gleiche Bild: Sobald die Aufständischen die Oberhand hatten, erlahmte die Bewegung, und die Staatsmacht, gestützt auf die Panzer der Sowjetunion, gingen zum Gegenschlag über. Obwohl sich die Streiks auch in Bitterfeld und Wolfen bis zum 20. Juni hinzogen, erlahmte die Streikbewegung schon am 18. Juni. Dazu trugen auch die Verhaftungen bei. Einige Streikführer flüchteten in den Westen, darunter Wilhelm Fiebelkorn, andere nahm das MfS fest.

Zitiert nach: Ilko-Sascha Kowalczyk, 17.6.1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003, S. 203 ff.

Arbeitsvorschläge

1. Interpretieren Sie die Streikforderungen vor dem Hintergrund der SED-Politik in den Anfangsjahren der DDR.
2. Erklären Sie die Gründe für die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes durch die sowjetische Führung.
3. Arbeiteraufstand oder Volksaufstand? Nehmen Sie zu dieser Streitfrage Stellung.



32027-130



Geschichte in Clips:

Zum Aufstand am 17. Juni 1953 siehe Mediencode 32027-131.

32027-131



259

M10 Niederschlagung des Volksaufstandes

Sowjetische Panzer rücken am 17. Juni 1953 gegen Demonstranten von Ost-Berlin aus auf dem Potsdamer Platz an.

M11 „Einwandfreies Schussfeld gewährleisten“

Auf einer Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. Mai 1974 äußert sich Erich Honecker zur Grenzsicherung:

In der Aussprache [...] legte Genosse Erich Honecker folgende Gesichtspunkte dar:

- die Unverletzlichkeit der Grenzen der DDR bleibt nach wie vor eine wichtige politische Frage,
- es müssen nach Möglichkeit alle Provokationen an der Staatsgrenze verhindert werden,
- es muss angestrebt werden, dass Grenzdurchbrüche überhaupt nicht zugelassen werden,
- jeder Grenzdurchbruch bringt Schaden für die DDR,
- die Grenzsicherungsanlagen müssen so angelegt werden, dass sie dem Ansehen der DDR nicht schaden, [...]
- überall muss ein einwandfreies Schussfeld gewährleistet werden, [...]
- nach wie vor muss bei Grenzdurchbruchsversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen [...].

Erich Honecker auf der 45. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. Mai 1974 zum Tagesordnungspunkt 4: Bericht über die Lage an der Staatsgrenze der DDR zur BRD, zu Westberlin und an der Seegrenze, in: BARCh MZA, VA – 01/39 503; zitiert nach: Matthias Judt (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Berlin 1997, S. 468 f.

Arbeitsvorschläge

1. Im August 1997 erging im Berliner Landgericht das Urteil gegen drei frühere Mitglieder des Politbüros (Egon Krenz, Günter Schabowski, Günther Kleiber) wegen Totschlags an DDR-Flüchtlingen. Der Vorsitzende Richter Josef Hoch begründete die langjährigen Freiheitsstrafen mit der führenden Rolle des Politbüros innerhalb des Staates, dessen Mitglieder daher für das Grenzregime zur Verantwortung zu ziehen seien, denn wer die Herrschaft über Tötungen habe, sei als Täter dafür verantwortlich („Ohne die Politbürobeschlüsse hätte es diese Toten nicht gegeben“). Erläutern Sie das Für und Wider der Gerichtsentscheidung und nehmen Sie dazu Stellung.
2. Diskutieren Sie über die Angemessenheit der Strafen.



32027-132

260 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

**M12 Q** Der Tod von Peter Fechter an der Berliner Mauer

Am 17. August 1962 schossen Grenzsoldaten den 18-jährigen Peter Fechter nieder, als dieser versuchte, die Grenzanlage in der Berliner Zimmerstraße nahe dem Grenzkontrollpunkt Checkpoint Charlie zwischen den Bezirken Mitte und Kreuzberg zu überwinden. Das schwer verletzte Opfer verblutete. Grenzpolizisten der DDR borgen Fechter erst nach einer Dreiviertelstunde. Sein Begleiter konnte nach West-Berlin entkommen.

- ▶ Die Aufnahme des Fotografen Wolfgang Bera wurde zu einem Schlüsselbild und zum Symbol für die Unmenschlichkeit der Teilung Berlins. Dazu trug vor allem die großformatige Veröffentlichung der Aufnahme auf der Titelseite der Tageszeitung Berliner Morgenpost (Axel Springer Verlag) am 18. August 1962 bei. Analysieren Sie die Fotografie.

**Filmtipp:**

Berlin – Ecke Schönhauser ...;
Regie: Gerhard Klein, 1957

32027-133

M13 D Anpassung als Überlebensstrategie

Joachim Gauck ist bis zum Ende der DDR Pfarrer in Rostock und engagiert sich für Bürgerrechte. Nach der Wiedervereinigung wird er Sonder-, dann Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. In dieser Funktion erinnert er an die Auswirkungen der SED-Diktatur auf die Bürgerinnen und Bürger:

Mit dem Bau der Mauer wurde gleichsam die Leibeigenschaft zur Staatsdoktrin erhoben, denn von da an konnte nur derjenige diesem System noch entgehen, der bereit war, sein eigenes Leben aufs Spiel zu setzen. Das Gefühl, wehrlos in der Falle zu sitzen, veränderte das Verhältnis zu diesem Staat und seinen schamlosen Lügen [...]. Der Bürger dachte sich zwar immer noch seinen Teil, aber er konnte es nicht mehr wagen, dies auch auszusprechen, denn es gab ja kein Entrinnen mehr. Hinter der Formel vom „gelernten DDR-Bürger“ verbirgt sich vor allem diese Grunderfahrung. [...]

Wer fortan nicht als Märtyrer kämpfen wollte, musste sich ohne diese letzte Möglichkeit der Selbstverteidigung arrangieren. Für alle, die auch im real existierenden Sozialismus das Leben, das einem schließlich nur einmal geschenkt wird, genießen wollten, die fröhlich sein und Kinder haben wollten – für die wurde Anpassung von nun an zu einer Strategie des Überlebens.

Zwar gehörten die terroristischen Instrumente des Stalinismus wie Folter, Verschleppung oder Mord der Vergangenheit an, aber seine zivile Spielart breitete sich nun ungehemmt in alle Lebensbereiche aus. Die Vorstellung der SED, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein, ihr Anspruch auf die absolute Macht bestimmten von nun an das Leben der DDR-Bürger buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre. Das Ministerium für Staatssicherheit drang immer umfassender in das gesamte gesellschaftliche Leben der DDR ein und war als Angstapparat der SED ungeheuer wirkungsvoll. [...]

In dieser Situation wirkte die Angst gleichsam als ein Signalsystem, das ein unauffälliges Alltagsleben durch Anpassung gewährleistete. Sie wurde für mehrere Generationen [...] zum Motor, der vieles in Gang setzte: Angst bewirkte Anpassung oder sogar Überanpassung bei denen, die ihre Ellenbogen einzusetzen vermochten, sie bewirkte Depression und Rückzug in die viel beschriebenen Nischen der DDR-Gesellschaft. Sehr selten bewirkte die Angst auch Protest – bezeichnenderweise vor allem bei den Jüngeren, die noch nicht jahrzehntelang das Gefühl permanenter Bedrohung verinnerlicht hatten. In der Regel war die Angst jedenfalls so wirksam, dass ein gewisses Maß an Überanpassung zur DDR-Normalität gehörte. [...]

Die Erziehung zur Anpassung begann bereits in der Kinderkrippe und im Kindergarten. Rigoros wurde hier das

Politik und Gesellschaft in der DDR

oberste sozialistische Erziehungsziel „Individualität hemmen und den eigenen Willen brechen“ durchgesetzt. Schon ein Erstklässler bekam mitunter zu spüren, wie unverzichtbar Anpassung war, weil Lehrer häufig eher die staatstreue Gesinnung als die fachliche Leistung bewerteten. [...] Die in der Volksbildung vorherrschende Pädagogik, die den Schülern antrainierte, anders zu reden als zu denken, setzte sich auch in vielen Familien fort. Manche Eltern haben ihre Kinder sogar gegen die eigene Überzeugung zu angepasstem Verhalten erzogen, um ihnen eine reibungslose Entwicklung zu ermöglichen.

Joachim Gauck, Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR, bearb. von Margarethe Steinhausen und Hubertus Knabe, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 45-47

Arbeitsvorschläge

- Geben Sie die Aussagen Gaucks in Form einer Mindmap wieder. Als Ausgangspunkt können Sie die Quellenüberschrift „Anpassung als Überlebensstrategie“ nehmen.
- Erläutern Sie den Unterschied zwischen „Anpassung“ und „Überanpassung“ (Z. 17f. und 34).
- Arbeiten Sie heraus, wie die SED-Führung die Funktionsfähigkeit ihres Regimes zu sichern versuchte.
- Erörtern Sie, welche Funktion die Nischen der DDR-Gesellschaft nach Gauck für den „gelernten DDR-Bürger“ (Z. 10) erfüllten.

M14 Q Der Traum vom „idealen Sozialismus“

Der Regimekritiker Robert Havemann formuliert anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der DDR im September 1979 Thesen zur Reformierung des Landes:

Das politische System, das in der DDR wie auch in einigen osteuropäischen Staaten besteht, bezeichnet sich selbst als „realen Sozialismus“. Damit will man sagen, dass es einen „idealen Sozialismus“ nur in den Träumen sektiererischer¹ Utopisten² gibt, nicht aber in der Wirklichkeit. Wer sich diesen Träumen hingibt und auf diese Weise seine Unzufriedenheit mit dem real existierenden Sozialismus zum Ausdruck bringt, heißt es, hilft nur den Gegnern des Sozialismus. Aber in der Geringschätzung und Verdächtigung der Träume von einem idealen Sozialismus sind sich gerade die Gegner und Feinde des Sozialismus mit den Ideologen des realen Sozialismus völlig einig. Sie lachen über die Einfältigen, die glauben, Sozialismus sei möglich

¹ sektiererisch: abweichend, abtrünnig
² Utopist: Welt- und Wirklichkeitsfremder

M15 Q Angepasst?

Karikatur von Heinz Behling auf dem Titelblatt der DDR-Satirezeitschrift „Eulenspiegel“, 1989
 Der Schüler hält ein Zeugnis in der Hand. Er hat in allen Fächern die Note „1“.

► Interpretieren Sie die Karikatur.



ohne Unterdrückung der Andersdenkenden, ohne Polizeisystem und Mauer. Entweder Freiheit oder Sozialismus, sagen sie, aber niemals beides zugleich. Und ihr Beweis für diese Behauptung ist der reale Sozialismus. [...]

Die Deutsche Demokratische Republik ist auf dem Weg in die Zukunft, die Sozialismus heißt, der westdeutschen Bundesrepublik und den anderen westeuropäischen Industriestaaten weit voraus. [...] Wir müssen nur den längst fälligen zweiten Schritt tun, den Schritt in die Demokratie durch Aufhebung der unkontrollierten Herrschaft des Parteiapparats. [...] Wir müssen jetzt und hier beginnen, den großen Traum des Sozialismus zu verwirklichen, getreu dem Bebel-Wort: Ohne Demokratie kein Sozialismus, ohne Sozialismus keine Demokratie.

Robert-Havemann-Gesellschaft, RH 023/09, Bd. 102, zitiert nach: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/178852/robert-havemann-10-thesen-zum-30-jahrestag-der-ddr-september-1979> [31.05.2022]

Arbeitsvorschläge

- Definieren Sie mithilfe eines (Online-)Lexikons den „realen Sozialismus“ und grenzen Sie ihn von dem „idealen Sozialismus“ ab.
- Erläutern Sie, was Regimekritiker wie Robert Havemann daran kritisieren, dass die SED-Führung am „realen Sozialismus“ in der DDR festhalten will. | F

Wissen vernetzen

- Vergleichen Sie die Entwicklung von Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik und in der DDR in einem Schaubild. | H
- Überprüfen Sie, ob es Wechselwirkungen zwischen den Entwicklungen in beiden Staaten gab.

262



Bildinformation

32027-137



M1 Q Volkswirtschaftsplan“

Plakat des Sekretariats der Nationalen Front zur Werbung für die Planwirtschaft, um 1950

- ▶ Arbeiten Sie mithilfe der Bildelemente Wesen und Ziele der Planwirtschaft heraus.

Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftsordnung, die soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage einer leistungsfähigen Wettbewerbswirtschaft ohne Ausbeutung und schlechte Arbeitsbedingungen vorsieht

Wirtschaftswunder: Bezeichnung für den raschen Aufstieg der Wirtschaft in Westdeutschland in den 1950er-Jahren, der gekennzeichnet war durch hohe Wachstumsraten des realen Sozialprodukts, wachsenden materiellen Wohlstand sowie den Abbau der Arbeitslosigkeit trotz hoher Flüchtlingszahlen

Wirtschaft im geteilten Deutschland

Folgende Fragen beantwortet dieses Kapitel:

- ▶ Inwiefern unterschieden sich die Wirtschaftssysteme in der Bundesrepublik und in der DDR?
- ▶ Mit welchen Problemen sahen sich die Wirtschaftssysteme am Ende der 1980er-Jahre konfrontiert?
- ▶ Wie sind Erfolg oder Misserfolg beider Wirtschaftssysteme zu erklären?



M2 Q Schaufensterauslage eines Textilgeschäftes

Foto von 1949/50

- ▶ Erläutern Sie, worauf der Slogan „Erhard befiehlt – wir folgen!“ anspielt. Inwiefern widerspricht diese Botschaft den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft?

Soziale Marktwirtschaft ...

Von besonderer Bedeutung für die Stabilisierung der Demokratie in der Bundesrepublik war der rasche

wirtschaftliche Aufschwung in den 1950er-Jahren. Ursache hierfür war die Einführung einer „**Sozialen Marktwirtschaft**“. Anders als in der reinen Marktwirtschaft, in der nur das Prinzip von Angebot und Nachfrage gilt, wurden wirtschaftliche Freiheit und sozialer Ausgleich zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen miteinander verknüpft. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard gilt als einer der Väter der „Sozialen Marktwirtschaft“.

10

... und „Wirtschaftswunder“

In der Zeit zwischen 1950 und 1973 konnte so die bundesdeutsche Wirtschaft mit Wachstumsraten von durchschnittlich 5,6% jährlich zulegen. Zugleich konnte der Staat schon 1953 beinahe 20% seiner Ausgaben für Sozialleistungen bereitstellen und damit zeigen, dass die Soziale Marktwirtschaft keine leere Versprechung war.

15

Der Aufschwung war kein „**Wirtschaftswunder**“, obwohl er vielen so erschien. Gründe waren u. a. eine erhöhte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Ebenso wichtig war aber auch der Wille der Überlebenden, „die Ärmel hochzukrempeln“ und in einer Marktwirtschaft, die Leistung belohnte, neuen Wohlstand zu schaffen. Der gleichzeitige Boom vor allem in Westeuropa und Nordamerika, das Bevölkerungswachstum sowie Zoll- und Handelsabkommen begünstigten den internationalen Warenverkehr (Liberalisierung). Hatte die Bundesrepublik 1950 z. B. nur knapp 1% ihrer Güter im Ausland verkauft, so waren es 1960 bereits 19%. Wachsender Wohlstand und steigender Konsum bedingten sich wechselseitig: Je mehr die Bevölkerung vom Wirtschaftsaufschwung profitierte, etwa durch höhere Löhne und sinkende Wochenarbeitszeiten, konnten sich die Menschen nun vermehrt Konsumgüter (z. B. Fernsehgeräte und Autos) leisten oder in den Urlaub fahren. Die Gesellschaft der Bundesrepublik wandelte sich von einer Arbeits- zu einer Freizeit und **Konsumgesellschaft**. Zugleich sank die Arbeitslosigkeit von 10,3% (1950) auf nur noch 1,2% (1960). Bald herrschte Mangel insbesondere an ungelernten Arbeitskräften, der durch die Anwerbung von „Gastarbeitern“ aus Südeuropa und aus der Türkei behoben wurde.

25

30

Herausforderungen

In den 1970er-Jahren wurden Staat und Wirtschaft in besonderer Weise herausgefordert. Die erdölfördernden Länder lösten durch drastische Erhöhungen der Rohölpreise „Ölkrise“ aus, die in den Industriestaaten eine wirtschaftliche Rezession hervorriefen. Diese wurde noch dadurch verstärkt, dass nach der Wiederaufbauphase der vorangegangenen zwei Jahrzehnte die Märkte gesättigt waren und die Nachfrage deutlich sank. Die Folge waren das Ende der Vollbeschäftigung und eine bislang ungekannte Arbeitslosenquote.

Die christlich-liberale Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl setzte in der Krise auf Eigeninitiative und Wettbewerb und auf weniger staatliche Eingriffe in die Wirtschaft. Sie entlastete die Unternehmen steuerlich und schränkte soziale Leistungen ein. Damit gelang es, die Wirtschaft – auch wegen des gesunkenen Erdölpreises – wieder anzukurbeln und Hunderttausende neue Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor zu schaffen. Trotzdem sanken die Arbeitslosenzahlen nicht. Die Jugendarbeitslosigkeit und die Quote der Langzeitarbeitslosen stiegen vielmehr besorgniserregend, da die Wirtschaft es versäumte, Ausbildungsplätze zu schaffen und bereits Arbeitslose für die gestiegenen Anforderungen des Arbeitsmarktes oft nicht genügend qualifiziert waren. Die Zahlen der Geringverdienenden und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger erreichten einen Höchststand. Gleichzeitig öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr.

Planwirtschaft

Die Bundesrepublik „überholen ohne einzuholen“, lautete die Parole der SED – das Modell sozialistischer **Planwirtschaft** sollte die Marktwirtschaft des Westens überbieten. Die von der sowjetischen Besatzungsmacht begonnene Verstaatlichung der Banken und privaten Industriebetriebe war bereits Anfang der 1950er-Jahre fast abgeschlossen. Parallel wurde die zwangsweise „Kollektivierung der Landwirtschaft“, d. h. die Enteignung der selbstständigen Bauern, und die Errichtung von „Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften“ (LPG) vorangetrieben. Damit konnte die SED ihre Herrschaft auch auf die Wirtschaft ausdehnen.

Kollektivierung und Planwirtschaft führten jedoch immer wieder zu Versorgungsproblemen. Das Wirtschaftssystem der Planwirtschaft nahm den einzelnen Unternehmen die Möglichkeit, auf Angebot und Nachfrage flexibel zu reagieren. Die Betriebe bemühten sich nur, den vorgegebenen Plan zu erfüllen. Die Qualität der Produkte oder eine Verbesserung der Wirtschaftsleistung durch Innovation waren nachrangig. Sukzessive ging so die Produktivität der Arbeitsleistung zurück.

Arbeitsplätze blieben erhalten, auch wenn sie nicht mehr gebraucht wurden, da es im „real existierenden Sozialismus“ keine Arbeitslosigkeit geben durfte. Die Wirtschaft stagnierte, es kam zu Streiks und Massenflucht in den Westen. Der Mauerbau 1961 war eine Reaktion darauf. Er beendete die Massenflucht. Danach erholte sich die Wirtschaft der DDR.

„Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Dem SED-Regime war klar, dass sich der Rückhalt der Bevölkerung nicht allein durch Überwachung, Unterdrückung und Propaganda erzwingen ließ. Um den Lebensstandard zu verbessern, setzte die Regierung auf Sozialeleistungen und Konsum. Schon 1971 erklärte Honecker den Wohnungsbau, die Anhebung von Löhnen und Renten sowie eine bessere Versorgung mit Waren und Dienstleistungen zu Hauptzielen der Politik.



M3 Q Autofreier Sonntag

Foto vom 25. November 1973
Nach dem Ölboykott durch die OPEC-Staaten (OPEC: Organisation ölexportierender Staaten) ergriff die Bundesregierung Sofortmaßnahmen zur Verringerung des Kraftstoffverbrauchs, wie Tempolimits (80 km/h auf Bundes- und Landstraßen, 100 km/h auf Autobahnen) und Fahrverbot an vier Sonntagen für Pkw.

Konsumgesellschaft: Gesellschaft, in der Konsum – der Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen gegen Geld – einen hohen Stellenwert hat und viel mehr gekauft als gebraucht wird

Planwirtschaft: Wirtschaftsordnung, in der die Produktion von Gütern sowie deren Verteilung anders als in einer freien Marktwirtschaft nach staatlich festgelegten Plänen (z. B. Fünfjahrespläne) vorgenommen wird, die festlegen, welche Wirtschaftszweige was in welchen Mengen und zu welchen Bedingungen und Preisen produzieren. Sie kennzeichnete die Wirtschaftspolitik der UdSSR und der von ihr abhängigen Staaten.

264

3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

M4 Q Käuferschlangen in Ost-Berlin

Foto aus den 1970er-Jahren



Seither galt die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als Programm: Ökonomisches Wachstum und technischer Fortschritt sollten den Ausbau des Sozialstaates ermöglichen, um wiederum Lebensqualität und Wirtschaftsleistung zu steigern. Anfangs schien das Konzept erfolgreich. Zwischen 1970 und 1974 stiegen Industrieproduktion und Löhne beträchtlich. Soziale Vergünstigungen kamen Frauen und Jugendlichen (nicht dagegen Senioren) zugute, Mieten und Kosten für Grundnahrungsmittel blieben stabil.

Devisen: Zahlungsmittel in ausländischer Währung. Die DDR brauchte fremde Währungen aus dem Westen, da sie für ihr eigenes Geld im westlichen Ausland keine gleichwertigen Waren und Dienstleistungen erhielt.

**M5 Q Der „Silbersee“ in Bitterfeld**

Foto vom Juni 1990

Der See war biologisch tot und glänzte silbern. In ihn wurden vor allem Abfälle einer Filmfabrik eingeleitet. Umweltdaten waren in der DDR Staatsgeheimnis.

- Informieren Sie sich im Internet über die Umweltsituation und -politik sowie die Umweltbewegung in der DDR. Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einem Kurzreferat vor.

Schwerindustrie und Produktion für den Export hatten seit Anbeginn Vorrang vor Konsum- und Gebrauchsgütern. Der Lebensstandard der Bevölkerung hinkte daher dauerhaft dem in der Bundesrepublik hinterher, der für die DDR-Bürgerinnen und -Bürger jedoch stets der Vergleichsmaßstab war. Viele Güter des gehobenen Gebrauchs waren deutlich teurer als im Westen. Obendrein standen sie nicht immer zur Verfügung, wenn man sie brauchte oder gerne gekauft hätte. Auf einen der in der DDR gebauten PKW musste man z. B. Jahre warten, Fahrzeuge aus dem Westen waren unerreichbar und unerschwinglich. Um die Menschen „bei Laune“ zu halten, wurden Güter und Dienstleistungen des täglichen Gebrauchs wie Grundnahrungsmittel, Wohnraum und öffentliche Verkehrsmittel vom Staat stark subventioniert – eine weitere Ursache für die zunehmende Staatsverschuldung.

Krise und Niedergang der DDR-Wirtschaft

Seit dem Ende der 1970er-Jahre war die Planwirtschaft nicht mehr in der Lage, auf die stark steigenden Rohstoffpreise und auf die beschleunigte technische Entwicklung z. B. im Bereich der Mikroelektronik zu reagieren. Es fehlte an Kapital, um veraltete Produktionsanlagen zu modernisieren und um in neue Anlagen zu investieren. Beinahe 50% der Industrieanlagen waren schrottreif. Über Jahre war die Wirtschaft der DDR daher nur noch in ganz wenigen Bereichen international konkurrenzfähig. Im Jahr 1989 reichten die Exporte gerade aus, um 35 Prozent der Westimporte, Zinsen und Kredite mit Erlösen aus **Devisen** zu decken. 1983 und 1984 gewährte die Bundesrepublik zinslose Milliardenkredite zur Stützung der DDR. Im Gegenzug wurden die Minenfelder und Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze entfernt, die DDR ließ politische Häftlinge frei und gewährte Reiseerleichterungen. Aber diese Transferleistungen reichten nicht aus, um die rasante Verschuldung der DDR aufzuhalten.

Im Herbst 1989 stand die DDR vor dem Staatsbankrott. Gleichzeitig verbarg die SED-Propaganda in den gleichgeschalteten Medien den wirtschaftlichen Misserfolg hinter gefälschten Statistiken und beschönigenden Falschmeldungen: Als sie 1988 den Bau von 3 Millionen Wohnungen feierte, waren tatsächlich nur 1,92 Millionen fertiggestellt. Die Propaganda übertönte jede Kritik, selbst innerhalb der SED. Das DDR-Regime zeigte sich unfähig zu Reformen und wurde zum Opfer seiner eigenen Selbsttäuschung.

Wirtschaft im geteilten Deutschland


M6 Q Planwirtschaft – Marktwirtschaft

Auf einer Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone erläutert Ludwig Erhard am 25. Februar 1949 in Königswinter den fundamentalen Unterschied beider Ordnungsmodelle.

Es ist eine völlige Illusion, etwa zu glauben, dass die Planwirtschaft sich von sozialen Aspekten leiten ließe und dass dieses Prädikat „sozial“ der Marktwirtschaft nicht zukomme. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und die Wahrheit beruht im Gegenteil. Die Planwirtschaft ist das Unsozialste, was es überhaupt gibt, und nur die Marktwirtschaft ist sozial. Abgesehen davon, dass die Dinge sich rechnerisch feststellen lassen, dass der Nachweis erbracht werden kann, dass der Anteil von Lohn und Gehalt am Fertigprodukt in der Marktwirtschaft immer höher ist als in der Planwirtschaft und dass die Planwirtschaft der Diktatur und Sklaverei immer mehr abnimmt an Volkseinkommen, ist diese Wahrheit auch noch anders zu begründen. Jede Planwirtschaft beruht auf der Vorstellung, dass irgendeine Behörde so weise sein kann und dass sie einen so großen Apparat hat mit Statistiken usw., dass es möglich ist, besser als das Volk selbst zu entscheiden, was dem Volke frommt. Aufgrund solcher Überlegungen muss dann notwendigerweise ein vorgefasster Produktionsplan entstehen. Der Produktionsplan kann nur so entstehen, dass die Behörde sich einbildet, annehmen zu können, der durchschnittliche Mensch will soundsoviel sparen und soundsoviel verbrauchen, und für den Normalverbraucher wird gewissermaßen eine optimale Verbrauchsregelung konstruiert. Und diese wird mit 45 Millionen multipliziert, und dann bildet sich die Planwirtschaft ein, dass das der Verbrauch eines Volkes wäre und dass diese Methode die Harmonie der Gesellschaft verbürgen würde. Was da herauskommt, das ist nicht der soziale Verbrauch eines Volkes, sondern das ist vollendeter Unfug im wirtschaftlichen Sinne. Und was auf der soziologischen Ebene herauskommt, ist nicht die Harmonie, sondern das ist das Chaos und die Tyrannei. Wohl oder übel muss die Planwirtschaft sehr bald zur Aufhebung jeder menschlichen Freizügigkeit kommen. [...] So schafft man keinen organischen und gesunden Staat, so schafft man zwischen Staat und Volk einen Riss, so reißt man eine Kluft auf, die unüberbrückbar ist. Damit ist der Staat nicht mehr der inkarnierte Wille des Volkes, sondern er wird zur Zuchtrute des Volkes.

Zitiert nach: Peter Bucher (Hrsg.), Nachkriegsdeutschland 1945–1949, Darmstadt 1990, S. 469

Arbeitsvorschläge



1. Fassen Sie das wirtschaftspolitische Konzept Ludwig Erhards in aussagekräftigen Stichpunkten zusammen.
2. Zeigen Sie, dass dieses Konzept auf weltanschaulichen Prämissen beruht.
3. SPD und Gewerkschaften lehnten Erhards Programm damals ab. Erklären Sie diese Ablehnung.

32027-138


M7 D Preisunterschiede 1985

Im Durchschnitt verdient ein DDR-Bürger zu dieser Zeit brutto 1130 Mark, ein BRD-Bürger etwa 2700 Mark

	DDR (Mark)	BRD (Mark)
Miete	75,00	411,00
Strom (75 kWh)	7,50	31,60
Straßenbahn / Bus	0,20	2,07
Brot (1 kg)	0,52	3,17
Rinderbraten (1 kg)	9,80	17,19
Kartoffeln (5 kg)	0,85	4,94
Kaffee (500 g)	35,00	8,93
Damenstrumpfhosen	14,00	5,23
Radio-Recorder	1160,00	194,00
Waschmaschine	2300,00	981,00
Taschenrechner	123,00	25,00

Ulrich Bongertmann, Deutschland 1949-1990, in: Praxis Geschichte 2/2005, S. 14

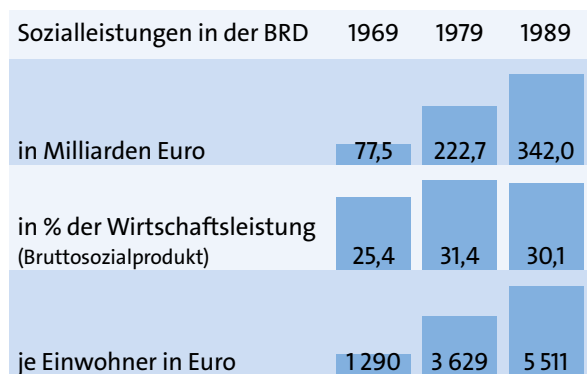
Arbeitsvorschlag



1. Erläutern Sie anhand der Tabelle die Subventionswirtschaft in der DDR und deren Folgen.

32027-139

M8 D Der Ausbau des Sozialstaates



Nach: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Globus Infografik

266 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Arbeitsvorschläge

1. Erläutern Sie die Entwicklung der Sozialleistungen. Welche Folgen haben die Veränderungen im Verhältnis zu deren Anteil am Bruttosozialprodukt?
2. Begründen Sie, warum die beginnenden 1970er-Jahre für den Ausbau des Sozialstaates günstig waren.
3. Diskutieren Sie in einem zusammenhängenden Text Erfolg oder Misserfolg der Sozialen Marktwirtschaft.



32027-140

M9  Stimmungsbericht

Aus einem Bericht der Stasi-Bezirksverwaltung Magdeburg vom 9. August 1989 über die Stimmung in der Bevölkerung:

In allen Bevölkerungsgruppen mehren sich Diskussionen, in denen eine gewisse Resignation und Unzufriedenheit zum Ausdruck kommt. Auch unter politisch aktiven Bürgern (z. B. mittleren leitenden Kadern in Großbetrieben, Parteigruppenorganisatoren, Angehörigen der DVP und Mitarbeitern des Kreisgerichtes in Wernigerode), sind folgende Auffassungen verbreitet:

- „Als Funktionär darf man treu und brav seine Pflicht erfüllen, ansonsten hat man nur Nachteile gegenüber anderen Bürgern.“
- „Funktionäre müssen auf Reisen in die BRD verzichten, aber auch auf Kontakte in die BRD, also auf Geschenke wie hochwertige Gebrauchs- und Genussmittel.“
- „Wer gesellschaftlich aktiv ist, muss trotzdem jahrelang auf Pkw, Telefon oder Führerschein warten. Mit Westverbindungen schafft man das über Genex¹ in Wochen.“
- „Wer BRD-Währung besitzt, hat keine Sorgen mit Handwerkern und anderen Dienstleistungen.“

[...] Ein immer wieder diskutiertes Thema ist die Informationsbereitstellung durch unsere Medien. Von Angehörigen der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen werden häufig Widersprüche zwischen Wort und Tat der Parteiführung konstruiert. Starke Zweifel bestehen an den Meldungen über erfüllte bzw. überbotene Pläne, weil sich das nicht im Warenangebot widerspiegeln. Gleichfalls bemängelt wird das Verschweigen „heißer Eisen“ wie z. B. steigende Zahlen von ständigen Ausreisen und ungesetzlichen Grenzübertreten. Die Entwicklung könne – so u. a. Werktätige des Karl-Marx-Werkes, des G.-Dimitroff-Werkes und der Stahlgießerei Magde-

burg – doch nur aus einer wachsenden Unzufriedenheit eines Teils der Bürger resultieren. Vereinzelt werden Befürchtungen geäußert, dass auch in der DDR aufgrund dessen Streiks nicht ausgeschlossen seien. Von mittleren leitenden Kadern und SED-Mitgliedern wird insbesondere kritisch bewertet, dass sie für die Erklärung der vielschichtigen innenpolitischen und internationalen Entwicklungen keine geeigneten Argumente erhalten. Offenbar saisonbedingt konzentrieren sich Diskussionen zu Versorgungsfragen gegenwärtig auf

- die mangelnde Versorgung mit Frischfleisch (meist durch urlaubsbedingte Schließung der Geschäfte begründet)
- allgemein unzureichendes Gemüseangebot (zu wenig Sorten, schlechte Qualität, hoher Verschmutzungsgrad)
- immer kritischer werdende Bereitstellung von Kfz-Ersatzteilen (z. B. fehlen in Schönebeck Lada- und Wartburg-Ersatzteile völlig; Pkw-Besitzer führen Ersatzteile nach Möglichkeit aus anderen sozialistischen Ländern ein, um ihr Auto im Urlaub nutzen zu können).

Deutliche Unzufriedenheit besteht seit Jahren unter Werktätigen des Asbestzementwerkes Gardelegen über die nach ihrer Meinung unzureichenden Maßnahmen hinsichtlich des Gesundheits- und Umweltschutzes. [...] Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit ist möglicherweise ein anonymes Schreiben an die SED-Kreisleitung, in dem behauptet wird, dass sich die Gewerkschafter des Asbestzementwerkes solidarisch mit den streikenden Kohlekumpel in der UdSSR erklären. Die Kreisdienststelle Gardelegen arbeitet an der Ermittlung des unbekanntenen Briefschreibers.

BStU 000323/000324 – BStU online

Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie aus dem Text die Beschwerden der Bevölkerung heraus und notieren Sie diese gut gegliedert. Als Ordnungskriterien eignen sich z. B. wirtschaftlich – nicht wirtschaftlich; langfristig – kurzfristig etc.
2. Analysieren Sie, welche Haltung der Verfasser zu den Beschwerden einnimmt.



32027-141

Wissen vernetzen

1. Diskutieren Sie die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung für die Stabilität oder Instabilität eines politischen Systems.



32027-142

¹ Abk. für „Geschenkdienst und Kleinexport GmbH“, Versandhaus in der DDR, über das gegen westliche Währungen (Export-)Waren und Dienstleistungen aus der DDR-Produktion bestellt werden konnten

Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg

Folgende Fragen beantwortet dieses Kapitel:

- ▶ In welche Phasen lässt sich das deutsch-deutsche Verhältnis gliedern?
- ▶ Inwiefern war es stets ein Spiegelbild der jeweiligen weltpolitischen Situation?
- ▶ Welche Bedeutung hatte die „neue Ostpolitik“ für die deutsche Geschichte?

Im Schatten der Weltpolitik

Bundesrepublik und DDR gehörten nicht nur verschiedenen konkurrierenden Bündnissystemen an, die innerdeutsche Grenze war zugleich die Grenzlinie zwischen NATO und Warschauer Pakt. Das deutsch-deutsche Verhältnis war daher durch den Kalten Krieg und durch die direkte Konkurrenz um Einfluss auf der internationalen Bühne geprägt.

Die Bundesrepublik verstand sich als „Limes des Abendlandes“ gegenüber einer als gefährlich eingeschätzten Sowjetunion. Der freie und ökonomisch attraktive westliche Teilstaat sollte eine Anziehungskraft auf die Deutschen im sowjetischen Herrschaftsbereich ausüben und langfristig die Wiedervereinigung zu einem demokratischen und westorientierten Gesamtdeutschland ermöglichen.

Die Bundesrepublik sah sich als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches und nahm für sich in Anspruch, als der allein demokratisch legitimierte Staat auf deutschem Boden das gesamte „Deutschland“ in der Welt zu vertreten (*Alleinvertretungsanspruch*). Ihre Haltung fasste die Bundesregierung 1955 in den Grundsatz, sie unterhalte keine Beziehungen zu Staaten, die die DDR durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen anerkannten (*Hallstein-Doktrin*). Bis zum Ende der 1960er-Jahre konnte sie damit die internationale Anerkennung der DDR aufgrund ihres größeren wirtschaftlichen und politischen Gewichts verhindern, vor allem in den Ländern der „Dritten Welt“, denen die Bundesrepublik andernfalls ihre Wirtschaftshilfe aufkündigte. Die Sowjetunion und Polen musste die Bundesrepublik allerdings davon ausnehmen.

Sozialistisches Gesamtdeutschland oder Abgrenzung?

Umgekehrt nahm die SED für sich in Anspruch, mit der DDR „die Grundlage eines neuen, unabhängigen und freien gesamtdeutschen Staates“ nach sozialistischem Modell geschaffen zu haben. In der Praxis überwog allerdings das Ziel der Absicherung der eigenen Herrschaft durch Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik. Mit der Einführung einer DDR-Staatsbürgerschaft 1967 und der ein Jahr später in Kraft gesetzten neuen „sozialistischen Verfassung“ betonte Ulbricht seine Abgrenzungspolitik. Die DDR-Hymne von 1949 durfte wegen des Passus „Deutschland, einig Vaterland“ in der ersten Strophe nicht mehr gesungen werden.

Bis weit in die 1960er-Jahre gab es keine offiziellen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Seit 1952 intensivierte die SED Sperrmaßnahmen und schikanierende Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze. Nur der innerdeutsche Handel überstand den Kalten Krieg. Für die Bundesregierung war er lange eine der letzten Klammern zwischen beiden Teilen Deutschlands und sicherte den freien Zugang nach Berlin. Für die DDR war der innerdeutsche Handel hingegen ökonomisch unverzichtbar.



Bildinformation

32027-143



M1 „Kraft seiner starken Wurzeln wird er alle Mauern sprengen“

Karikatur von Wolfgang Hicks, 1972

Bei den beiden Personen handelt es sich um Willy Brandt (links) und seinen Mitarbeiter Egon Bahr.

- ▶ Erklären Sie die Wirkung, die sich Brandt vom Grundlagenvertrag erhofft.
- ▶ Prüfen Sie mithilfe des Darstellungstextes, inwiefern die Deutung des Karikaturisten gerechtfertigt ist.

Hallstein-Doktrin: benannt nach Walter Hallstein (1901–1982), 1951–1957 Staatssekretar im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Brüssel

Neue Ostpolitik: von der SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) ab 1969 praktizierte Entspannungspolitik, die zu Verträgen mit der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und 1973 zum Grundlagenvertrag mit der DDR führte, in dem sich beide als gleichberechtigte Staaten ansahen und zu „gutnachbarschaftlichen Beziehungen“ verpflichteten

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa): 1973 von ost- und westeuropäischen Staaten, Kanada und der USA mit dem Ziel eröffnet, gemeinsame Projekte in Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Umweltschutz und Abrüstung durchzuführen zur Durchsetzung der Menschenrechte in Europa. Seit 1995 heißt sie „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE).

¹ Vgl. dazu S. 380f.

Neue Ostpolitik

Anfang der 1960er-Jahre verlor die Deutschlandfrage ihre weltpolitische Bedeutung. Beide Supermächte legten sich nach einer letzten gefährlichen Konfrontation in der Kuba-Krise¹ 1962 auf den Status quo in Europa und damit auch in Deutschland fest. In dieser Phase der internationalen Entspannung kam es nach dem Wechsel zur sozial-liberalen Koalition in Bonn unter Bundeskanzler Willy Brandt zu einer **Neuen Ostpolitik**. Langfristig sollte ein „Wandel durch Annäherung“ zur Überwindung der deutschen und europäischen Teilung beitragen. 5

In Verträgen mit der UdSSR (*Moskauer Vertrag*, 1970), Polen (*Warschauer Vertrag*, 1970) und der ČSSR (1973) verpflichteten sich die Vertragsparteien zum wechselseitigen Gewaltverzicht und auf die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa, einschließlich der innerdeutschen Grenze und der Oder-Neiße-Linie. In einem an die Sowjetregierung gerichteten „Brief zur deutschen Einheit“ betonte Willy Brandt jedoch – analog zur damaligen Präambel des Grundgesetzes – das Recht des deutschen Volkes, „in freier Selbstbestimmung seine Einheit“ auf friedlichem Weg wiederzuerlangen. 10 15

Anerkennung der DDR im Rahmen besonderer Beziehungen

1972 wurde der *Grundlagenvertrag* zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet, wo 1971 der Machtwechsel von Walter Ulbricht hin zu Erich Honecker stattgefunden hatte. Darin erkannte die Bundesrepublik die DDR als gleichberechtigten Staat an. Die DDR wiederum stellte in Aussicht, „praktische und humanitäre Fragen zu regeln“. Damit entsprach sie den Erwartungen der Bundesregierung, dass dieser grundlegenden Neugestaltung der innerdeutschen Beziehungen Erleichterungen für die Menschen in beiden Staaten folgen würden. Die SED-Führung erhoffte sich von der Abkehr der Bundesrepublik von der Hallstein-Doktrin eine Stärkung ihrer Legitimität sowohl international als auch gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung. 20 25

Die Bundesregierung nahm dies in Kauf, die Einrichtung von „*Ständigen Vertretungen*“ anstelle von Botschaften sollte die „besonderen Beziehungen“ zwischen ihnen sowie die Ablehnung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft deutlich machen. Für die Bundesregierung in Bonn gab es zwar zwei Staaten in Deutschland, aber nach wie vor nur eine deutsche Nation. Die DDR-Führung hingegen ging von zwei Staaten und von zwei Nationen aus und sah sich darin dadurch bestätigt, dass sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR 1973 in die UNO aufgenommen wurden. 30

Öffnung nach außen, Abschottung nach innen

Die DDR nahm seit 1972 an der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (**KSZE**) teil. Sie unterzeichnete am 1. August 1975 im finnischen Helsinki die KSZE-Schlussakte, in der die Teilnehmer ihre Gleichberechtigung, Souveränität und territoriale Unantastbarkeit anerkannten, auf Gewalt verzichteten und sich zur Achtung der Menschenrechte verpflichteten. Ost-Berlin feierte dies als weiteren Schritt zur internationalen Anerkennung. Die DDR-Regierung wollte sich v. a. als Exportnation dem Westen öffnen, die Bevölkerung sollte dagegen von den Einflüssen des Kapitalismus und der Demokratie abgeschirmt bleiben. 35 40

Unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte forderten jedoch viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger mehr Freiheitsrechte, v. a. Meinungs- und Pressefreiheit sowie Reiseerleichterungen. Zudem hatte die Bevölkerung der DDR täglich den Unterschied zur Bundesrepublik vor Augen, die zentraler Vergleichsmaßstab blieb. Das eigentlich verbotene Westfernsehen informierte sie dabei wahrheitsgetreuer als die DDR-Propaganda über die Zustände in Ostdeutschland. Ebenso hatten sie durch westliche Spielfilme und Serien einen umfassenden Einblick in das Leben im „kapitalistischen Ausland“. 45

Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg

50 Das SED-Regime fühlte sich im Innern mehr und mehr bedroht, baute den Überwachungsapparat der „Stasi“ weiter aus und verschärfte die Sicherungsmaßnahmen an den Grenzen. Prominente Oppositionelle wurden verhaftet und ausgebürgert. Doch je mehr die Repressionen zunahmen, desto mehr wuchs die Zahl der akti-
 55 ven Regimegegner. Die SED strich 1974 alle gesamtdeutschen Bezüge aus der Verfassung. Die Verheißung, den Sozialismus eines Tages auf die Bundesrepublik zu übertragen, wich einer Politik, die eine strikte Zweistaatlichkeit sichern sollte.

Innerdeutscher Reiseverkehr

60 Immerhin erlebte der Reiseverkehr zwischen Bundesrepublik und DDR eine deutliche Belebung, zumindest von West nach Ost: Ab 1972 reisten jährlich rund 5 Millionen Bundesbürgerinnen und -bürger in die DDR; umgekehrt waren es rund ein- bis eineinhalb Millionen Rentnerinnen und Rentner, aber jährlich nur etwa
 65 40 000 Reisende, die das Rentenalter noch nicht erreicht hatten, erhielten ab 1984 eine Reiseerlaubnis.

Daneben versuchte die SED-Führung, die angestaute Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung dadurch zu bekämpfen und vermeintliche „Querulanten“ dadurch loszuwerden, dass von Zeit zu
 70 Zeit DDR-Bürgerinnen und -Bürger in die Bundesrepublik ausreisen durften. Doch führte dies nur dazu, dass noch mehr Menschen als zuvor Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik stellten. Zwischen 1972 und 1988 stellten jährlich mehrere zehntausend Menschen einen Ausreiseantrag, von denen bis 1983
 75 jährlich nur durchschnittlich ca. 9 000 bewilligt wurden. Wer einen Antrag stellte, konnte sicher sein, in der Bundesrepublik als deutscher Staatsbürger bzw. deutsche Staatsbürgerin problemlos einreisen zu können. In der DDR mussten Ausreisewillige jedoch oft lange auf die Ausreise warten und waren bis dahin massiven
 80 Diskriminierungen und Drohungen ausgesetzt. Ausreise galt als Verrat am Sozialismus.

Bilanz der Deutschlandpolitik bis 1989

Bis zum Ende der 1980er-Jahre verfolgte SED-Chef Honecker zwei Ziele: Zum einen sollten die letzten Anerkennungsvorbehalte der Bundesrepublik zurückgenommen
 85 werden, zum anderen sollten Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen von der Bundesregierung so teuer wie möglich bezahlt werden. So durften Gäste aus der Bundesrepublik in der DDR etwa nur mit DDR-Mark bezahlen, die sie zum Kurs 1:1 umtauschen mussten, obwohl der internationale Wechselkurs etwa 1:4 war.

Aufseiten der Bundesrepublik wahrten die Regierungen die Balance zwischen unvermeidlicher Anerkennung der DDR und einem Offenhalten der Wiedervereinigung. Da die DDR von westlichen finanziellen Hilfen und Krediten abhängig war, zeigte Honecker Entgegenkommen, etwa bei der Herabsetzung der Altersgrenze bei Ost-West-Reisen, der Familienzusammenführung oder beim Freikauf politischer Gefangener.

Bis 1989 wurden 70 bilaterale Abkommen etwa auf den Gebieten der Familienzusammenführung, der Sport- und Jugendreisen sowie vor allem der Wirtschaft geschlossen. Sie eröffneten den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern Freiräume und sorgten dafür,
 95 dass Bindungen über die Grenze hinweg nicht verloren gingen, sondern neu entstanden.



M 2 D Verkehrsverbindungen zwischen Westdeutschland und West-Berlin

1972 willigte die DDR ein, den Straßenverkehr von und nach West-Berlin reibungsloser abzuwickeln. Für dieses „Transitabkommen“ erhielt die DDR jährlich anfangs 230 Millionen DM, bis 1989 gesteigert auf 525 Millionen DM.



Geschichte In Clips:
 Zur Ära Honecker siehe
 Mediencode 32027-144.

32027-144

270 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

M3 Q Aus dem Grundlagenvertrag

Am 21. Dezember 1972 wird in Ost-Berlin der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ abgeschlossen.

Artikel 1

[Sie] entwickeln normale gutnachbarschaftliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung. [...]

5 Artikel 3

[Sie] bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

10 Artikel 4

[Sie] gehen davon aus, dass keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann. [...]

Artikel 6

15 [Sie] respektieren die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten. [...]

Artikel 7

20 [Sie] erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern.

Zitiert nach: Dieter Blumenwitz, Denk ich an Deutschland – Antworten auf die Deutsche Frage. Dokumentenband, München 1989, S. 103 f.

Arbeitsvorschläge

1. Benennen Sie die Ziele, die beide Seiten mit dem Vertrag verfolgten.
2. Erläutern Sie, welche Vereinbarungen vor allem den Interessen der DDR, welche den Interessen der Bundesrepublik dienten. Prüfen Sie auch, ob es gemeinsame Interessen gab.
3. Zeigen Sie – auch mithilfe der Darstellung – dass der Grundlagenvertrag eine Wende in der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik darstellte.



32027-145

M4 D Daten zum deutsch-deutschen Verhältnis

1951	Ein gemeinsames Abkommen regelt den Handel zwischen Bundesrepublik und DDR.
1970	<ul style="list-style-type: none"> • Bundeskanzler Willy Brandt trifft den DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Erfurt. • Gegenbesuch von Stoph in Kassel
1971	<ul style="list-style-type: none"> • Transitabkommen zum sicheren und zügigen Reiseverkehr von und nach Berlin (West)
1972	<ul style="list-style-type: none"> • Flüchtlinge aus der DDR verlieren die „DDR-Staatsbürgerschaft“. • Unterzeichnung des Grundlagenvertrages
1973	Korrespondenten von ARD und ZDF und einigen Zeitungen aus der Bundesrepublik werden in der DDR zugelassen.
1974	<ul style="list-style-type: none"> • Fahrzeuge der DDR tragen nicht mehr das Kennzeichen „D“, sondern „DDR“. • Ständige Vertretungen nehmen ihre Tätigkeit in Berlin-Ost und Bonn auf. • Abkommen über die Zusammenarbeit in Sport und Gesundheitswesen
1975	Übereinkunft über die Erneuerung der Autobahn zwischen Berlin und dem Grenzübergang Marienborn (heute in Sachsen-Anhalt)
1979	Besuch einer Delegation des Jugendrings in der DDR
1980	<ul style="list-style-type: none"> • seit 1964: Freikauf von 20 000 politischen Häftlingen aus der DDR; Reisegenehmigungen für 30 000 DDR-Bürgerinnen und -Bürger („Familienzusammenführung“) • Erich Honecker betont Abgrenzung und eigene Souveränität der DDR.
1982	<ul style="list-style-type: none"> • Ausreisegenehmigungen in die Bundesrepublik in dringenden Familienangelegenheiten auch für DDR-Bürgerinnen und -Bürger im arbeitsfähigen Alter • Deutscher Bundesjugendring und FDJ vereinbaren Jugendaustausch.
1983	<ul style="list-style-type: none"> • erstes Gespräch von Umweltexperten beider Regierungen • Bürgschaft der Bundesrepublik für einen Kredit an die DDR in Höhe von 1 Mrd. DM
1984	Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze
1986	Kulturabkommen über Zusammenarbeit in Kunst, Bildung und Wissenschaft (Verhandlungen seit 1974)
1987	<ul style="list-style-type: none"> • Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit im Umweltschutz • SED-Generalsekretär Erich Honecker auf Staatsbesuch in der Bundesrepublik

Zusammenstellung von Dieter Brückner

Arbeitsvorschlag

1. Beurteilen Sie – auch unter Berücksichtigung der Darstellung –, in welchen Bereichen sich das deutsch-deutsche Verhältnis nach der Verabschiedung des Grundlagenvertrages verbessert oder verschlechtert hat.



32027-146

Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg

M5 D Innerdeutscher Reiseverkehr


Den in der Tabelle genannten Personen, die aus der DDR die Bundesrepublik besuchen dürfen, wird die entsprechende Erlaubnis nur „in dringenden Familienangelegenheiten“ und stets wie eine Gnade oder wie ein Privileg gewährt. Ehepartner oder Kinder bleiben als Geisel zurück. Ab Ende der 1980er-Jahre wird diese Regelung gelockert.

	Reisen aus der DDR in die BRD (in 1000)		Reisen aus der BRD in die DDR und nach Ost-Berlin (in 1000)	
	Rentner	Personen unter dem Rentenalter	gesamt	davon West-Berliner
1957	2720	–	2700	–
1962	27	–	ca. 2000	–
1972	1079	11	6260	3320
1975	1370	40	7734	3210
1980	1594	40	6746	2600
1985	1666	66	5620	ca. 1900
1987	3800	1290	55006	ca. 1900
1988	6750	–	55529	1972

Nach: Dieter Grosser, Stephan Bierling und Beate Neuss (Hrsg.), Bundesrepublik und DDR 1969 - 1990, Stuttgart 1996, S. 282 f.

Arbeitsvorschläge

1. Wandeln Sie die Tabelle in eine geeignete Diagrammform um. | [H](#)
2. Erläutern Sie, inwiefern sich in der Statistik wichtige Ereignisse in der DDR ablesen lassen.



32027-147

M6 Q „Friedliche Koexistenz“

Am 5. Oktober 1980 formuliert Erich Honecker Grundsätze der Deutschlandpolitik der DDR vor Funktionären der SED, mit denen er eine neue Phase der Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik einleitet:

Natürlich kann man nicht übersehen, dass zwischen der DDR und der BRD weiterhin viele Probleme bestehen und wir von einer umfassenden Normalisierung noch ein beträchtliches Stück entfernt sind. Die Hauptursache dafür sind fortgesetzte Versuche der BRD, in den Beziehungen zur DDR, unter Verletzung des Grundlagenvertrages, entscheidende Prinzipien der Souveränität unseres Staates zu missachten. [...]

Ganz wesentlich ist, dass das Prinzip der Nichteinmischung [...] uneingeschränkt akzeptiert und eingehalten wird. [...]

Wir halten es für notwendig, dass sich die BRD in der Frage der DDR-Staatsbürgerschaft endlich auf die Realitäten besinnt [...]. Schluss gemacht werden muss mit der Ausstellung vorläufiger Reiseausweise der BRD für Bürger der DDR bei deren zeitweiligem Aufenthalt in der BRD, ebenso mit der Ausstellung von BRD-Pässen für DDR-Bürger durch Botschaften der BRD in dritten Staaten. Wir halten auch die Zeit für gekommen, auf diplomatischem Gebiet, so wie es den Beziehungen zwischen zwei souveränen, voneinander unabhängigen Staaten zukommt, Botschafter austauschen, das heißt die Ständigen Vertretungen der DDR und der BRD in das zu verwandeln, was dem Völkerrecht entspricht – in Botschaften. [...]

Den Interessen des Friedens und der guten Nachbarschaft würde es dienen, möglichst bald eine Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe entsprechend dem internationalen Recht herbeizuführen, die bisher an unannehmbaren Standpunkten der BRD scheitert. [...] Für uns bleibt es beim Kurs der friedlichen Koexistenz, zu dem es keine annehmbare Alternative gibt.

Beim X. Parteitag der SED führt er in einer programmatischen Rede am 11. April 1981 aus:

[...] Das Volk der DDR hat im Einklang mit dem geschichtlichen Prozess des weltweiten Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus unwiderruflich die Entscheidung für den Sozialismus getroffen. Unter Führung der Arbeiterklasse hat es sich zur sozialistischen deutschen Nation konstituiert. Niemand ist in der Lage, daran etwas zu ändern.

Dabei gilt es, bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ohne jeden Vorbehalt von der Existenz zweier voneinander unabhängiger, souveräner Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auszugehen. Zwischen ihnen kann es nur Beziehungen der friedlichen Koexistenz geben. Partei und Regierung der DDR bekennen sich [...] zu den vereinbarten Zielen und Prinzipien, insbesondere der Souveränität der Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und territorialen Integrität, der Nichteinmischung, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung. Bei voller Respektierung dessen ist es durchaus möglich, zu neuen, positiven Ergebnissen in der Entwicklung der Beziehungen zwischen DDR und BRD zu kommen. [...]

Zitiert nach: Dieter Grosser, Stephan Bierling und Beate Neuss (Hrsg.), Bundesrepublik und DDR 1969 – 1990, a.a.O., S. 255–257

272 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die Grundsätze der Deutschlandpolitik Erich Honeckers in Thesenform zusammen.
2. Erklären Sie, was Honecker meint, wenn er von „der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD“ (Z. 40f.) spricht.
3. Überprüfen Sie, ob Honecker sich bei diesen Grundsätzen auf den Grundlagenvertrag berufen konnte.



32027-148

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die Grundsätze der Deutschlandpolitik Helmut Kohls zusammen.
2. Zeigen Sie, was Helmut Kohl meint, wenn er davon spricht, „die Beziehungen [...] weiterzuentwickeln“ (Z. 2–4).
3. Vergleichen Sie diese Auffassung mit Erich Honeckers Zielen bei „der Entwicklung der Beziehungen“ (M6).
4. Beurteilen Sie, ob Helmut Kohl mit seinen Grundsätzen die „Neue Ostpolitik“ der 1970er-Jahre fortsetzt.



32027-149

M7 Q „Einheit der Nation“

Beim Besuch Erich Honeckers 1987 in der Bundesrepublik hält Helmut Kohl eine Ansprache:

Dieser Arbeitsbesuch eröffnet vielfältige Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland zum Wohle der Menschen weiterzuentwickeln. Unsere Gegensätze in Grundsatzfragen werden wir nicht überwinden, aber was uns an Grundsätzlichem trennt, sollte uns nicht an praktischer Zusammenarbeit hindern [...]

Die Bundesregierung hält fest an der Einheit der Nation, und wir wollen, dass alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zueinander finden können. [...] [D]ie Teilung wollen wir auf friedlichem Weg durch einen Prozess der Verständigung überwinden. [...]

Wir begrüßen die Zunahme des Reiseverkehrs, insbesondere die Vervielfachung der Reisen jüngerer Menschen aus der DDR. Wir streben aber letztlich einen freien Reiseverkehr an. [...]

Wir wünschen einen verstärkten Austausch innerhalb der jüngeren Generation, einen Ausbau des Tourismus, weitere Städtepartnerschaften mit ihren vielfältigen Möglichkeiten für persönliche, sportliche und kulturelle Begegnungen. Ebenso sind beim Sportverkehr die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Im Telefonverkehr werden dringend zusätzliche Leitungen benötigt.

Generell muss die Kommunikation zwischen den Menschen in allen Bereichen verbessert werden. Wichtig ist gegenseitiges Kennenlernen und der Abbau von Vorurteilen. Auch die Arbeit der Journalisten [...] sollte deshalb nicht behindert werden. Es geht uns immer und vor allem um die Menschen. Deshalb haben Menschenrechte und humanitäre Fragen in unseren Beziehungen eine herausragende Bedeutung. Wir konnten in der Vergangenheit vielfach Härtefälle lösen. Dies sollte auch weiter möglich bleiben.

[...] Daneben bleibt der Ausbau von Verkehrsverbindungen, insbesondere für den Berlin-Verkehr, wichtig.

Zitiert nach: Dieter Grosser, Stephan Bierling und Beate Neuss (Hrsg.), Bundesrepublik und DDR 1969–1990, a.a.O., S. 20–22

M8 Q Arbeitsbesuch Erich Honeckers in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn

Das Foto vom 7. September 1987 zeigt Bundeskanzler Helmut Kohl und Erich Honecker beim Abschreiten einer Ehrenformation der Bundeswehr.



Arbeitsvorschlag

1. Erörtern Sie, warum Erich Honecker diesen Besuch in der Bundesrepublik als einen persönlichen Höhepunkt erlebt und bezeichnet hat. | H



32027-150

M9 Q „Sonderzug nach Pankow“

Als der westdeutsche Rockmusiker Udo Lindenberg 1979 ein Gastspiel in der DDR geben will, wird sein Gesuch vom Zentralkomitee der SED abgelehnt. 1983 wendet sich Lindenberg in seinem Song „Sonderzug nach Pankow“ und in einem Begleitbrief öffentlich direkt an Erich Honecker. „Sonderzug nach Pankow“ wird Lindenburgs erster großer Erfolg in den Singlecharts der Bundesrepublik:

Entschuldigen Sie, ist das der Sonderzug nach Pankow¹
 Ich muss mal eben dahin, mal eben nach Ost-Berlin
 Ich muss da was klären, mit eurem Oberindianer
 Ich bin ein Jodeltalent, und ich will da spielen mit 'ner
 Band

Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg

Ich hab'n Fläschchen Cognac mit und das schmeckt
sehr lecker
Das schlürf' ich dann ganz locker mit dem Erich Honecker

10 Und ich sag: Ey, Honey, ich sing' für wenig Money
Im Republik-Palast, wenn ihr mich lasst

All die ganzen Schlageraffen dürfen da singen
Dürfen ihren ganzen Schrott zum Vortrage bringen
Nur der kleine Udo – nur der kleine Udo

15 Der darf das nicht – und das versteh'n wir nicht

Ich weiß genau, ich habe furchtbar viele Freunde
In der DDR und stündlich werden es mehr
Och, Erich ey, bist Du denn wirklich so ein sturer Schrat
Warum lässt Du mich nicht singen im Arbeiter- und
20 Bauernstaat?

Ist das der Sonderzug nach Pankow?
Ich hab'n Fläschchen Cognac mit und das schmeckt
sehr lecker

25 Das schlürf' ich dann ganz locker mit dem Erich Honecker

Und ich sag: Ey, Honey, ich sing' für wenig Money
Im Republik-Palast, wenn ihr mich lasst
All die ganzen Schlageraffen dürfen da singen

30 Dürfen ihren ganzen Schrott zum Vortrage bringen
Nur der kleine Udo – nur der kleine Udo
Der darf das nicht – und das verstehn wir nicht

Honey, ich glaub', Du bist doch eigentlich auch ganz
locker

35 Ich weiß, tief in dir drin, bist Du eigentlich auch'n
Rocker

Du ziehst dir doch heimlich auch gerne mal die Lederjacke an²

Und schließt Dich ein auf'm Klo und hörst West-Radio

Hallo, Erich, kannst' mich hören

40 Hallolöchen – Hallo

Hallo, Honey, kannst' mich hören

Hallo Halli, Halli Hallo, Jodelido

(Genosse Erich, im Übrigen hat der Oberste Sowjet
nichts gegen ein Gastspiel von Herrn Lindenberg in

45 der DDR)³

Udo Lindenberg, Chattanooga Choo-Choo. Sonderzug nach Pankow (OT: Warren, Harry / Gordon, Mack) © WC Music Corp./Neue Welt Musikverlag GmbH, Hamburg, Feist Leo Inc/EMI Partnership Musikverlag GmbH & Co. KG, Hamburg

¹ Pankow: Bezirk in Ost-Berlin; Wohnsitz der hohen SED-Funktionäre

² Lindenberg schickt 1987 Honecker die im Song erwähnte Lederjacke. Der Dankbrief Honeckers bezeichnet Rockmusik als mit den Idealen der DDR vereinbar; die Lederjacke werde der FdJ übergeben.

³ Am Ende des Songs in russischer Sprache in der Art einer Bahnhofsdurchsage eingespielt

Arbeitsvorschläge

1. Interpretieren Sie das Lied mithilfe der Arbeitsschritte auf S. 274.
2. Zeigen Sie, worin die Provokation dieses Songs bestand. | H



32027-151



32027-152

Hör Tipp:

Der Song ist unter Mediacode 32027-152 abrufbar.

Wissen vernetzen

1. Nach Honeckers Besuch in Bonn bezeichnete ihn das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am 13. September 1987 in einem Artikel als Gewinner des Gipfels und ergänzte: „Nun [...] kann die DDR-Führung sich jedes weitere humanitäre Zugeständnis umso ungenierter bezahlen lassen.“ Erläutern Sie diese Beurteilung.
2. Vergleichen Sie M6 mit der Fieberkurve des Kalten Krieges auf S. 386 und erörtern Sie, inwiefern die deutsch-deutschen Beziehungen Spiegel des Kalten Krieges sind.
3. Projekt „Leben im geteilten Deutschland“: Konzipieren Sie im Kurs eine Ausstellung zum Thema „Leben im geteilten Deutschland“. Präsentieren Sie zu diesem Thema Fotografien / Abbildungen und – soweit Ihnen zugänglich – gegenständliche Quellen. Dabei können Sie nach folgendem Plan vorgehen:
 - Überlegen Sie auf der Grundlage Ihres Wissens über die deutsch-deutsche Geschichte, welche Aspekte das Thema „Leben im geteilten Deutschland“ hat.
 - Legen Sie fest, welche Themen Sie in welchem Umfang präsentieren wollen.
 - Klären Sie, wo die Ausstellung stattfinden kann, wie viel Platz Sie haben, ob es Stellwände gibt, ob Sie sich auf einige Lernplakate beschränken müssen oder ob Sie eine digitale Präsentation oder ein Lernvideo erstellen.
 - Bilden Sie zu den Themen Arbeitsgruppen, die geeignete Abbildungen und Objekte als mögliche Exponate recherchieren. Formulieren Sie dazu kurze Informationstexte. Vergessen Sie bei der Recherche nicht, Fundstellen und Informationen zu den Objekten zu notieren.
 - Ggf. können Sie ein Plakat oder einen Flyer zu Ihrer Ausstellung erstellen, der deren Intention und thematischen Schwerpunkte kurz erläutert.



32027-153



32027-154

Internettipp:

Anregungen für Ihre Ausstellung erhalten Sie unter Mediacode 32027-154

Lieder als historische Quellen analysieren

Lieder gehören zu den eher wenig genutzten historischen Quellen. Doch sind sie Ausdruck der Zeit, in der sie entstanden sind und in der sie gesungen wurden. Lieder erinnern an individuelle und kollektive Erfahrungen, erzeugen solidarische oder ablehnende Gefühle, manche spielen auch auf aktuelle Ereignisse und gesellschaftliche Verhältnisse an und beziehen politisch Stellung. Das macht sie für den Geschichtsunterricht interessant. ⁵

Lieder sind in der Regel leicht lernbar und reproduzierbar, man kann sie unabhängig von Ort und Zeit mit und ohne Instrumente singen. Daher sind sie in ihrer Entstehungszeit oft weit verbreitet.

Zielsetzung und Wirkung eines Liedes müssen nicht identisch sein. Letztere hängt davon ab, wie das Lied wiedergegeben wird oder ob es im Laufe der Zeit verändert wurde. Auch ¹⁰ Perspektive und Hörgewohnheiten der Menschen, die ein Lied singen und hören, spielen eine große Rolle. Dennoch lassen sich Charakter und Aussage von Liedern durch ein analytisches Vorgehen recht genau bestimmen

Weitere Anwendungsbeispiele finden Sie auf den Seiten 272 f. und 302.

Arbeitsschritt

1. beschreiben

Leitfragen

- Wie lautet der Titel des Liedes?
- Wer ist der Verfasser des Liedes und wer hat es vertont?
- Wann wurde es veröffentlicht?
- Wie und in welcher Form wurde es verbreitet?
- Was ist das Thema des Liedes?

2. erklären

- Um welchen Liedtyp handelt es sich? (Rock, Pop, Volksmusik, Schlager, Kinderlied, Liebes- oder Klagelied, Choral, Hymne, Marsch-, Kampf-, Arbeiterlied oder Protestsong usw.)
- Welche Inhalte/zentralen Aussagen haben die Strophen?
- Wie ist das Lied aufgebaut? (Reihenfolge der Strophen, Wiederholungen ...)
- Wie ist die textliche Struktur des Liedes? (Reim, Rhythmus, rhetorische Mittel)
- Welche Perspektive wird im Lied eingenommen? (ich, er/sie ...)
- Welche Stimmung bzw. Gefühle sollen erzeugt werden?
- Gibt das Lied Antworten auf individuelle oder kollektive Herausforderungen? Welche Werte vermittelt es?

3. beurteilen

- Was ist über die Personen bekannt, die das Lied gedichtet, komponiert, aufgeführt haben? (Hintergründe, persönliche Biografie, politische Einstellung etc.)
- Gab es Versuche, das Lied zu zensieren oder zu verbieten?
- Warum und mit welcher Intention wurde der Song geschrieben? (Kritik woran oder Unterstützung wofür bzw. für wen)
- Welche Reaktion soll es beim Hören auslösen?
- Welche anderen Lieder aus der Zeit/zu dem Thema gibt es?
- Welche Schlüsse kann man ziehen, wenn man diese vergleicht?

Beispiel für eine Liedanalyse

M1 „... du musst dich entscheiden“

Nach einer Liberalisierung verfolgt die SED-Kulturpolitik ab 1965 das Ziel, westliche Einflüsse zu unterbinden. Fast alle DDR-Beatbands, die westliche und englischsprachige Titel nachspielen, werden verboten. Die Jugendorganisation der SED „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) übernimmt die Kontrolle über das Musikleben der jungen Generation.

Das 1966/67 von Hartmut König geschriebene und von seiner politischen Liedgruppe „Oktoberklub“ sowie seiner Band „Thomas Nat-schinski und seine Gruppe“ eingespielte Lied „Sag mir, wo du stehst“ ist einer der Schlager der „Singebewegung“ der „Freien Deutschen Jugend“ der SED:

Refrain { **Sag mir, wo du stehst**, sag mir, wo **du** stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst. Sag mir, wo du stehst, **sag mir**, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.

Strophe { Zurück oder vorwärts, du musst dich entschließen.
5 **Wir bringen die Zeit nach vorn Stück um Stück.**
Du kannst nicht **bei uns und bei ihnen** genießen, denn wenn du im Kreis gehst, dann bleibst du zurück.
Sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.

10 (Refrain:) Sag mir, wo du stehst, ...

Eingängiger Versaufbau Du gibst, wenn du redest, vielleicht dir die Blöße, noch nie überlegt zu haben, wohin.
Schmälerst durch Schweigen die eigene Größe.
Ich sag dir, dann fehlt deinem Leben der Sinn.

15 Sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.
(Refrain:) Sag mir, wo du stehst, ...

Wir haben ein Recht darauf dich zu erkennen.
Auch nickende Masken nützen uns nicht.
20 Ich will beim richtigen Namen dich nennen
und darum zeig mir dein wahres Gesicht.
Sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst, sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst.
(Refrain:) Sag mir, wo du stehst, ...

Hartmut König, Sag mir, wo du stehst © (OT) Harth Musik Verlag/Pro musica, Bergisch-Gladbach

Bestimmender, eindringlicher Imperativ
Adressat („Du“)

Kollektiv („Wir“), das sich selbst auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts sieht

Appell an Gewissen: Anspruch des Kollektivs, für den Sinn des Lebens zu stehen, während der Einzelne irren kann

Ton verschärft sich zu indirektem Feindbild („Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“); Zwang zum sozialistischen Bekenntnis



32027-155

Hör Tipp:

Das Lied kann unter Medien-code 32027-155 angehört werden.



32027-156

Internettipp:

Über den Hintergrund des Liedes sowie den Werdegang des Sängers Hartmut König erfahren Sie mehr unter Mediencode 32027-156

Arbeitsvorschlag

- ▶ Interpretieren Sie das Lied „Sag mir, wo du stehst“.
- ▶ Erläutern Sie, warum man diesen Song im Westen als „Inquisitions-Song“ bezeichnet hat.
- ▶ Vergleichen Sie das Lied mit Udo Lindbergs „Sonderzug nach Pankow“ (S. 272f.), indem Sie aus beiden Texten Elemente einer in den beiden deutschen Staaten zu beobachtenden Mentalität herausarbeiten.

Die Lösung zu dieser Seite finden Sie unter Mediencode 32027-157.

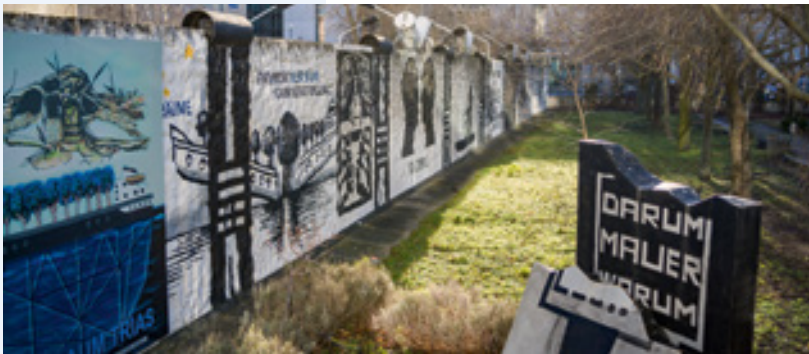


276



Bildinformation

32027-158



M2 Q Abbau des Lenin-Denkmal.

Arbeiter montierten 1991 das 18 Meter hohe Denkmal von Wladimir Iljitsch Lenin, russischer Revolutionär und Gründer der Sowjetunion, im Ost-Berliner Bezirk Friedrichshain ab.

- ▶ Diskutieren Sie über den Abbau des Denkmals.

Dokudrama: Nachstellung historischer Ereignisse mit Schauspielern, die durch dokumentarische Elemente wie Experten- oder Zeitzeugeninterviews ergänzt werden. Der Übergang zu Dokumentarfilmen mit nachgespielten Szenen ist dabei fließend.

DDR und Bundesrepublik in der gesamtdeutschen Geschichtskultur

Folgende Fragen beantwortet dieses Kapitel:

- ▶ Wie hat sich die deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur seit der Wiedervereinigung 1989 entwickelt?
- ▶ Welche Bedeutung hat die Erinnerung an die DDR in der gesamtdeutschen Erinnerungslandschaft?
- ▶ Wie werden SED und Bundesrepublik in Medien der gegenwärtigen Geschichtskultur erinnert und wie sind diese zu bewerten?

M1 Q „Parlament der Bäume“ von Ben Wagin im Berliner Regierungsviertel

Foto von April 2021

- ▶ Recherchieren Sie mithilfe der Bildinformationen die Geschichte und Intention des Gedenkortes.
- ▶ Erarbeiten Sie in Partnerarbeit Vorschläge für mögliche geschichtskulturelle Angebote zum Thema „Deutsch-deutsche Geschichte“. Stellen Sie ein ausgearbeitetes Beispiel im Kurs vor.

Ein Deutschland – eine Erinnerungskultur?

Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erwies es sich als schwierig, eine gesamtdeutsche Identität und Erinnerungskultur herauszubilden, die Ost und West gleichermaßen gerecht wurde. Mit dem Einigungsvertrag¹ waren die ostdeutschen Länder der Bundesrepublik beigetreten. Damit verschwanden politische, aber auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen der DDR und wurden, teils über Nacht, durch deren westdeutsche Äquivalente ersetzt. Viele ostdeutsche Unternehmen wurden von westdeutschen Investoren übernommen, die D-Mark ersetzte die Ostmark, Straßennamen wurden geändert, einige Statuen und Denkmäler, die an DDR-Größen erinnerten, beseitigt. Die Erinnerung an die DDR, so musste es auf viele ihrer ehemaligen Bürgerinnen und Bürger wirken, wurde ausgelöscht; in allen Bereichen schien sich die westdeutsche Sicht- und Lebensweise durchzusetzen.

Scheitern gegen Erfolgsgeschichte

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit durch Justiz, Politik, Opferverbände und historische Forschung trugen dazu bei, dass an die DDR in erster Linie als Unrechtsstaat erinnert wurde und die Krisenmomente im Vordergrund standen, darunter der Aufstand vom 17. Juni 1953 und der Mauerbau am 13. August 1961 sowie friedliche Revolution und Mauerfall 1989.

Dokudramen und TV-Filme, wie zum Beispiel in „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ (Miguel Alexandre, 2007), „Das Wunder von Berlin“ (Roland Suso Richter, 2008) oder „Wir sind das Volk – Liebe kennt keine Grenzen“ (Thomas Berger, 2008), verstärkten den Eindruck, dass der repressive und krisengebeutelte SED-Staat von Beginn an zum Scheitern verurteilt war. Auch der international bekannteste Spielfilm über die DDR-Geschichte „Das Leben der Anderen“ (Florian Henckel von Donnersmarck, 2006) setzt sich kritisch mit dem dunkelsten Kapitel, den Stasi-Verbrechen, auseinander.

¹ Zur Wiedervereinigung Deutschlands siehe ausführlich S. 444 f.

DDR und Bundesrepublik in der gesamtdeutschen Geschichtskultur

277

Demgegenüber wurde die westdeutsche Geschichte in erster Linie als Erfolgsgeschichte erinnert. Währungsreform und „Wirtschaftswunder“ sowie die zunehmende Westbindung der Bundesrepublik galten dabei als Fundamente des Aufschwungs. Regisseur Sönke Wortmann widmet sich in seinem Spielfilm „Das Wunder von Bern“ (Sönke Wortmann, 2003) dem westdeutschen Sieg der Fußballweltmeisterschaft im Sommer 1954, der zum Symbol eines friedlichen und aufstrebenden Westdeutschlands und damit zum Ausdruck des Gefühls „Wir sind wieder wer“ wurde. Die Studentenrevolten der späten 1960er-Jahre, die „68er“, wiederum betrachtete man rückblickend als Initialzündung für die endgültige Demokratisierung und eine damit verbundene vollendete Verwestlichung der Bundesrepublik.

Von der „Ostalgie“-Welle ...

In der gesamtdeutschen Erinnerungskultur kam der Lebensalltag ostdeutscher Bürger nach der Wiedervereinigung zunächst nicht vor. In der öffentlichen Darstellung und Auseinandersetzung standen Mangel und Repression im Vordergrund. Dagegen führten Ohnmachtsgefühle und Anpassungsprobleme vieler Ostdeutscher vielfach zu einer nostalgischen Verklärung des Sozialismus, der in der Zusammensetzung von „Osten“ und „Nostalgie“ teils humorvoll, teils kritisch „Ostalgie“ genannt wird. Eine Mischung aus sentimentaler Rückbesinnung auf die DDR, Ablehnung westlicher Lebensart, Ausländerfeindlichkeit, Sehnsucht nach Gemeinschaft, Harmonie und Heimat machte es möglich, die DDR im Nachhinein positiv zu bewerten.

Das stolze, mitunter trotzige Bekenntnis zur eigenen Ost-Identität nahm dabei vielfältige Formen an. Dazu gehörten unterhaltsame Rückblicke in den Medien, der Handel mit Souvenirs, DDR-Partys, Ausstellungen und Internetforen zu Retro-Artikeln, Mode und Marken der DDR. Filme wie „Sonnallee“ (Leander Haußmann, 1999) oder „Helden wie wir“ (Sebastian Peterson, 1999) stellen die DDR als romantische Idylle dar, in der die Diktatur entweder nicht thematisiert oder verharmlost wird. Gegen Ende der 1990er-Jahre ebte die „Ostalgie“-Welle in den Medien und in der öffentlichen Diskussion wieder ab. Bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern blieb jedoch ein Bedürfnis nach Heimat und Anerkennung der eigenen Lebensleistung.

...zu einer neuen (Alltags)Erinnerung

Den Anspruch, die vergangene Lebenswelt der DDR jenseits offizieller Erinnerungs- und Gedenkstätten etwa der Stiftung Berliner Mauer auf der einen und reiner Verklärung auf der anderen Seite darzustellen, lösten die Romane von Uwe Tellkamp („Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land“, 2008) und Eugen Ruge („In Zeiten des abnehmenden Lichts“, 2011) über das Schicksal von Familien in der DDR ein. Auch TV-Serien wie „Weiße See“ (seit 2010) sowie Spielfilme wie „Barbara“ (Christian Petzold, 2012), „Gundermann“ (Andreas Dresen, 2018) und „Adam und Evelyn“ (Andreas Goldstein, 2018) wählen eine Perspektive, die sich dem realen Leben in der DDR mit all seinen Facetten, Unzulänglichkeiten und Widersprüchen zu nähern versuchen.

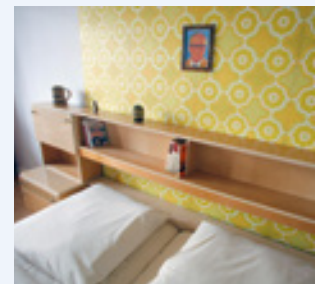
Auch in den Ausstellungen der Museen stehen Alltag und Lebenswelt im Vordergrund, die den Besuchern über tausende unterschiedlicher Exponate von der Wohnungseinrichtung über politische Plakate und Schallplatten bis hin zum Trabant nähergebracht werden soll. Zeitzeugenberichte und -interviews können als Hörfassung oder Video auf großen Internetportalen abgerufen werden. Dabei werden die geschichtskulturellen Angebote vor allem durch die zunehmende Digitalisierung immer vielfältiger, interaktiver und erlebnisorientierter. Mit digitalen Installationen, virtuellen Führern über Apps und Virtual Reality Brillen soll die Geschichte für die Besucher greifbar und „erfahrbar“ gemacht werden.



M3 „Das Wunder von Bern“

Szenenbild aus dem Spielfilm von 2003

Den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1954 in Bern feierten die Deutschen als größten Triumph der Nachkriegszeit, Trainer und Spieler der Mannschaft wurden als Nationalhelden gefeiert.



M4 Übernachten wie zu DDR-Zeiten

Foto von 2007

Im „Ostel“ im ehemals Ostberliner Stadtteil Friedrichshain sind die originalgetreu im DDR-Look eingerichteten Zimmer stets gut gebucht.



32027-159

Internettipp:

Über die Stiftung Berliner Mauer und Museen zur Geschichte der DDR und der Bundesrepublik sowie weiteren geschichtskulturellen Angeboten informiert Mediencode 32027-159

Deutsche Gedenktage

Ost- und westdeutsche Gedenktraditionen ließen sich nach der Wiedervereinigung nicht einfach zusammenlegen. Nach 1990 wurde der Festtagskalender der DDR weitgehend aufgegeben, zentrale Feiertage wie der Nationalfeiertag am 7. Oktober, an dem man an die Gründung der DDR im Jahr 1949 erinnerte, wurden fortan nicht mehr begangen. Aber auch nationale Gedenkveranstaltungen zu Ehren sozialistischer „Helden“ wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht oder Ernst Thälmann gab es nicht mehr.²

In der Bundesrepublik hatte man seit 1954 den 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ zur Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR begangen. Im Westen sah man ihn als Symbol des Widerstands gegen die sozialistische Diktatur und des Volkswillens zur Wiedervereinigung. Zentraler Ort des Gedenkens wurde der Städtische Urnenfriedhof an der Seestraße im Westen Berlins, wo sich die Grabstätten von acht getöteten Aufständischen befinden und stellvertretend für alle Opfer bereits 1955 ein Mahnmal eingeweiht wurde. Nach 1990 verlor der 17. Juni zwar seinen Status als Nationalfeiertag, wird aber bis heute als Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur beibehalten und nimmt in der gemeinsamen deutschen Erinnerungs- und Gedenkkultur einen zentralen Platz ein.

In der DDR gab es kein offizielles Gedenken an den 17. Juni und seine Opfer, weshalb erst nach 1990 zahlreiche Mahn- und Denkmäler an den originären Orten des Aufstandes entstanden. Für das zentrale Denkmal im Osten Berlins, das im Jahr 2000 errichtet wurde, wählten die Initiatoren den Platz vor dem damaligen Haus der Ministerien – 2013 „Platz des Volksaufstandes von 1953“ umbenannt –, wo im Juni 1953 tausende Aufständische gegen das DDR-Regime protestierten und mehr als 50 von ihnen getötet wurden. Am Jahrestag wird ihnen dort seitens der Bundes- und Stadtregierung, Zeitzeugen und Opferverbänden mit Blumen und Kränzen gedacht.

Im Jahr 1990 erklärte die Bundesregierung den 3. Oktober zum neuen „Tag der Deutschen Einheit“. In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 fand die Einheitsfeier in Berlin statt, der Hauptstadt des vereinten Deutschland.³ Seither werden die zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Einheit jedes Jahr in dem Bundesland abgehalten, das den Vorsitz im Bundesrat führt, um die Vielfalt und Gleichberechtigung aller Landesteile zu betonen.



32027-160

Internettipp:

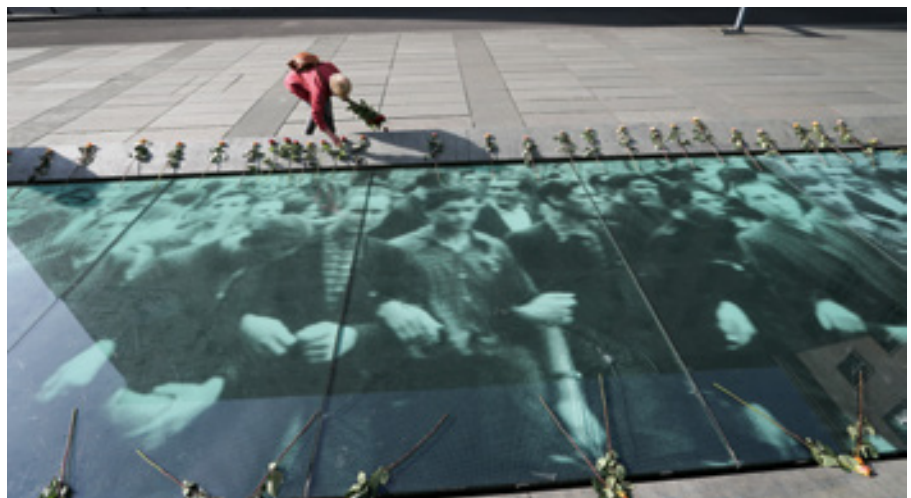
Informationen zu den Erinnerungsorten an den 17. Juni 1953 finden Sie unter Mediacode 32027-160.

M5 D Denkmal von Wolfgang Rüppel am Platz des Volksaufstandes von 1953.

Foto von 2015

Das Bodendenkmal (ca. 400 x 2500 cm) befindet sich seit 2000 vor dem einstigen Haus der Ministerien – dem heutigen Bundesfinanzministerium an der Leipziger Straße / Ecke Wilhelmstraße.

- Informieren Sie sich über die Konzeption und Zielsetzung des Denkmals. Zeigen Sie Unterschiede zu anderen Denkmälern des Volksaufstandes auf.



² Vgl. zu den Gedenkfeiern für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht S. 192 ff.

³ Vgl. dazu ausführlicher S. 434 ff.

M6 D Verschiedene Formen des Erinnerns

Der Historiker Martin Sabrow stellt fest, dass heute auf ganz unterschiedliche Weise an die DDR erinnert wird:

Im Zentrum vor allem des öffentlichen Gedenkens steht das Diktaturgedächtnis, das auf den Unterdrückungscharakter der SED-Herrschaft und ihre mutige Überwindung in der friedlich gebliebenen Revolution von 1989/90 abhebt. Die diktaturzentrierte Erinnerung widmet ihre Aufmerksamkeit vorrangig dem Macht- und Repressionsapparat des kommunistischen Regimes, und sie pocht darauf, dass zum Verständnis der DDR die Stasi wichtiger sei als die Kinderkrippe. In diesem Erinnerungsmodus wird den fundamentalen Unterschieden zwischen politischer Freiheit und politischer Unterwerfung ein entschieden höherer Wert für die Würde des menschlichen Lebens zugemessen als den sozialen und wirtschaftlichen Gratifikationen [...].

Das Diktaturgedächtnis ist auf den Täter-Opfer-Gegensatz fokussiert. Es räumt Verbrechen, Verrat und Versagen unter der SED-Herrschaft hohen Stellenwert ein und sieht in der Erinnerung an Leid, Opfer und Widerstand die wichtigste Aufgabe einer Vergangenheitsbesinnung, die im Dienst der Gegenwart Lehren aus der Geschichte ermöglichen und so vor historischer Wiederholung schützen soll. [...]

Während dieses staatlich approbierte DDR-Bild den Raum der öffentlichen Erinnerung beherrscht, wirkt ein zweites Organisationsmuster der DDR-Erinnerung stärker in die gesellschaftliche Tiefe und pocht hier mit stillem Trotz und dort mit lauter Vehemenz auf sein Eigenrecht. Dies ist ein in Ostdeutschland bis heute vielfach dominantes Arrangementgedächtnis, das vom richtigen Leben im falschen weiß und die Mühe des Auskommens mit einer mehrheitlich vielleicht nicht gewollten, aber doch als unabänderlich anerkannten oder für selbstverständliche Normalität gehaltenen Parteiherrschaft in der Erinnerung hält. Das Arrangementgedächtnis verknüpft Machtsphäre und Lebenswelt. Es erzählt von alltäglicher Selbstbehauptung unter widrigen Umständen, aber auch vom Stolz auf das in der DDR Erreichte – kurz, es verweigert sich der säuberlichen Trennung von Biografie und Herrschaftssystem, die das Diktaturgedächtnis anbietet [...].

Noch stärker im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung existiert schließlich ein weiteres Erinnerungsmuster, das an der Idee einer legitimen Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung festhält. Dieses Fortschrittsgedächtnis denkt die DDR vor allem von ihrem Anfang her. [...] [Die] Rückbesinnung auf die vermeintlich zu Unrecht verkannten Vorzüge des DDR-Bildungssystems, die hässlichen Gesichtszüge eines aus

M7 Q Filmplakat von „Das Leben der Anderen“

Das Plakat zeigt den Schauspieler Ulrich Mühe (1953–2007) in der Rolle des Stasi-Hauptmanns Gerd Wiesler. „HGW XX/7“ ist sein Aktenkürzel. Die „Hauptabteilung XX“ der Stasi war zuständig für die Überwachung von „Staatsapparat, Kultur, Kirche und Untergrund“.



den Fugen geratenen Weltfinanzsystems, die rückblickende Vorstellung von einer geordneten DDR-Welt, in der der Mensch keine Ware war und für die Gleichstellung der Frau gesorgt war – solcher Art sind die Anknüpfungspunkte, aus denen das Fortschrittsgedächtnis seine Stabilität gewinnt.

In diesem tripolaren Kräftefeld zwischen Diktaturgedächtnis, Arrangementgedächtnis und Fortschrittsgedächtnis wird die DDR-Vergangenheit täglich neu verhandelt.

Martin Sabrow, Die DDR erinnern, in: Ders. (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 11–27, hier S. 18–20



Internettipp:

Weitere Informationen zu Formen des DDR-Gedächtnisses siehe Mediencode 32027-161

32027-161

Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie in Form einer Mindmap heraus, welche Themen der DDR-Geschichte und der Gegenwart für die jeweilige Gedächtnisform von Bedeutung sind. | H
2. Nennen Sie Ereignisse aus der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR, die für unser heutiges Selbstverständnis wichtig sind.
3. Diskutieren Sie, welche Akteure als Vertreter der jeweiligen Gedächtnisform infrage kommen. Berücksichtigen Sie dabei auch die westdeutsche Bevölkerung sowie jüngere Ostdeutsche, die die DDR nicht mehr erlebt haben.
4. Beurteilen Sie, welche der Gedächtnisformen am wirkungsmächtigsten ist und daher am ehesten im kollektiven Gedächtnis der Deutschen überdauern wird. | F



32027-162

280 3.3 Deutsch-deutsche Geschichte nach 1945

M 8 D DDR-Geschichte hautnah erleben**a) Panorama DIE MAUER**

Das Panoramabild von Yadegar Asisi im 1:1 Maßstab zeigt den Alltag in unmittelbarer Nähe zur Berliner Mauer und dem Todesstreifen anhand fiktiver Szenen an einem Tag in den 1980er-Jahren.



Foto von 2014

b) DDR-Museum Berlin

Auf der Webseite des DDR-Museums in Berlin heißt es: „Im DDR Museum erfahren Sie alles über das Leben in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie sind eingeladen, Ihr Wissen unterhaltsam zu erweitern und Geschichte hautnah zu erleben.“ Dabei setzt das Museum auf viele interaktive Multimedia-Anwendungen wie einen Trabant-Fahrsimulator durch die Marzahner Plattenbauten zu DDR-Zeiten, 2D-Animationen, interaktive Tische, (Multi-) Touchscreen-Anwendungen oder einen digitalen Spiegel, mit dem per App eine „modische Zeitreise“ möglich ist.



Foto von 2017



32027-163

Internettipp:

Über den Mediacode 32027-163 gelangen Sie zu Videos über das Panoramabild und die Homepage des DDR-Museums in Berlin.

Arbeitsvorschläge

1. Nehmen Sie Stellung zu der Frage, ob Geschichte hautnah erlebt werden kann.
2. Das Museum stellt den Anspruch, wissenschaftliche Aufarbeitung zur DDR-Geschichte zu leisten. Erläutern Sie, was dazu nötig ist.
3. Nehmen Sie Stellung zu Chancen und Risiken von interaktiven Multimedia-Anwendungen im Bereich der Geschichts- und Erinnerungskultur. | H
4. 1994 wurde im Haus der Geschichte in Bonn die Dauerausstellung „Unsere Geschichte. Deutschland seit 1945“ eröffnet. Ein Artikel in Zeitgeschichte online setzt sich kritisch mit der Frage auseinander, inwiefern die Ausstellungskonzeption Einfluss auf Sichtweisen der deutschen Geschichte nimmt. Den Artikel sowie die Webseite des Hauses der Geschichte können Sie unter Mediacode 32027-165 aufrufen.
 - a) Arbeiten Sie mithilfe einer Tabelle zentrale Elemente der Konzeption und deren Wirkung heraus.
 - b) Bewerten Sie die im Artikel genannte Kritik und die Schlussfolgerung. | H



32027-164



32027-165

M9 Gibt es „die“ richtige Erinnerung an die DDR?

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit hat im filmischen Bereich längst nicht den Raum eingenommen, den die „andere deutsche Diktatur“, das „Dritte Reich“, bislang hat. Im filmischen Bereich schwankte das Angebot lange zwischen (n)ostalgischer Verklärung in Shows und Spielfilm und der Darstellung des Unrechtsregimes, vor allem konzentriert auf die Stasi. In der ARD-Fernsehung „Kontraste“ wurden die Schattenseiten der DDR schon unmittelbar nach dem Fall der Mauer differenziert aufgegriffen. Eine der Sendungen ist insofern ungewöhnlich, als dass sich in ihr eine Täterin, die Inoffizielle Mitarbeiterin Monika Haeger, ausführlich zu ihrer Mittäterschaft äußert.



Internettipp:

Den Link zum Video und zum Text finden Sie unter dem Mediencode 32027-166.

Arbeitsvorschläge

1. Lesen Sie zunächst den Text der Bundeszentrale für politische Bildung zur Einordnung und schauen Sie sich danach das Video an. Fassen Sie anschließend die wesentlichen Aussagen zusammen.
2. Beschreiben Sie die Inszenierung der Zeitzeugenaussage Monika Haegers (z. B. bezüglich der Kameraeinstellungen, des Interviewortes, der Gesprächsführung). | **H**
3. Geben Sie Haegers Argumente für ihre Stasi-Tätigkeit wieder.
4. Arbeiten Sie heraus, welche Beurteilung die Dokumentation bezüglich Haegers Stasi-Tätigkeit vermittelt.
5. Erörtern Sie, inwieweit die Sendung „Kontraste“ zu einem besseren Verständnis des DDR-Unrechtsregimes, aber auch zu einer Diskussion um den „richtigen“ Umgang mit dieser Geschichte beitragen kann. | **F**



der europäischen Geschichte“. Er sei Anfang zahlreicher Aufstands- und Freiheitsbewegungen gewesen: in Ungarn, der Tschechoslowakei, in Polen und letztlich auch der DDR mit dem Fall der Mauer 1989.

Bundespräsident Joachim Gauck, der den Volksaufstand in der DDR als 13-jähriger in Rostock erlebte, sagte in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag, der 17. Juni 1953 sei mehr als ein Arbeiteraufstand gewesen. „Der Aufstand entsprang der millionenfach empfundenen Wut über Unrecht und unhaltbare Zustände - Arbeiter im Blaumann folgten ihm genauso wie Studenten, Landwirte und Hausfrauen.“

Gauck regt an, den 17. Juni als Symbol der Freiheitstradition aus der „Erinnerungsreserve“ herausholen. Er wünsche sich, „dass das Wissen über den 17. Juni in der DDR zum Allgemeingut aller Deutschen wird und dieser Tag damit jene Anerkennung erfährt, die ihm als Volksaufstand gebührt“. Dem Tag, der vor dem Fall der Mauer in der Bundesrepublik ein Feiertag war, sollte im Sinne eines „Denktages“ in Schulen und Bildungseinrichtungen wieder mehr Raum gegeben werden. Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, sprach sich dafür aus, den 17. Juni wieder zu einem regulären gesetzlichen Feiertag zu machen. Es sei ein Fehler gewesen, den Feiertag abzuschaffen, sagte Jahn einer deutschen Tageszeitung.

Zitiert nach: <https://www.dw.com/de/politisch-war-die-ddr-damals-am-ende/a-16886880> [Zugriff: 22.09.2022]

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die verschiedenen Aussagen zum 17. Juni knapp zusammen und versehen Sie diese jeweils mit einer passenden Überschrift.
2. Erläutern Sie, worin die Bedeutung des 17. Juni nach Auffassung der Redner besteht und wie man dieser gerecht werden sollte.
3. Diskutieren Sie Jahns Vorschlag, den 17. Juni wieder zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Stellen Sie Pro- und Contra-Argumente gegenüber. Ziehen Sie dazu auch die Argumente der Kontroverse um einen alternativen deutschen Nationalfeiertag unter Mediencode 32027-169 hinzu. | **F**



32027-168



32027-169

M10 „Dieser Tag muss aus der Erinnerungsreserve“

Zum 60-jährigen Jubiläum des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR betonen Politiker in ihren Reden, die im Rahmen einer Feierstunde gehalten werden, die Bedeutung der Ereignisse:

Es sei damals „um nichts weniger als um die Freiheit“ gegangen, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert. Der 17. Juni 1953 sei damit „ein Schlüsseldatum

Wissen vernetzen

1. Erstellen Sie ein Schaubild mit Schlagwörtern, Zitaten und Bildern zu dem Thema: Erinnern an die beiden Deutschlands – eine gemeinsame Erinnerung? Begründen Sie den Aufbau Ihres Schaubildes.
2. Beurteilen Sie, welche Bedeutung die Erinnerung an die DDR-Geschichte in der Erinnerungslandschaft der Bundesrepublik haben sollte.



32027-170

Geschichte kontrovers

Die DDR – ein Unrechtsstaat?

Seit der deutschen Wiedervereinigung flammt immer wieder die Diskussion auf, ob die DDR eindeutig als Unrechtsstaat zu bezeichnen sei. Der Einigungsvertrag 1990 charakterisierte sie klar als „SED-Unrechts-Regime“. Doch diese Auffassung wurde seitdem quer durch die Parteienlandschaft der Bundesrepublik und durch die politischen Grundeinstellungen von Juristen, Politikwissenschaftlern und Vertretern der Bundesregierung wie der politischen Opposition kontrovers diskutiert.

M1 Q „Moralischer Generalverdacht“

Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin und Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) von 1999 bis 2008, nimmt Stellung:

Wer die DDR einen „Unrechtsstaat“ nennt, stellt ihre ehemaligen Bürger unter einen moralischen Generalverdacht. [...] Deshalb wende ich mich gegen eine monopolistische Deutung der DDR als „Unrechtsstaat“. Dabei verstehe ich die Gründe, warum andere sie so bezeichnen, durchaus: fehlende Menschen- und Bürgerrechte, keine Gewaltenteilung, keine unabhängige Justiz, keine freien Wahlen. Ich habe das Regime der DDR selbst unzählige Male so oder ganz ähnlich kritisiert [...].

Dabei folge ich der berühmten Analyse, die der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel aus eigener Erfahrung über den NS-Staat vorgelegt hat. Er unterscheidet in seinem Buch über den Doppelstaat zwischen dem „Normenstaat“ und dem „Maßnahmenstaat“, dessen Dualität das „Dritte Reich“ geprägt hat. Während der „Normenstaat“ um des möglichst reibungslosen Funktionierens von Wirtschaft und Gesellschaft willen in vielen Bereichen die rechtsstaatliche Tradition der Weimarer Republik fortsetzte, konnte die NSDAP im „Maßnahmenstaat“ den „Normenstaat“ jederzeit willkürlich außer Kraft setzen. Auch die SED konnte jederzeit die rechtsförmigen Verfahren aussetzen und hat das mit ihrer marxistisch-leninistisch „legitimierten“ Avantgarderolle gerechtfertigt. Daher war und blieb die DDR nicht nur eine Diktatur, sondern auch ein Ort, an dem aus Mangel an Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung Willkür jederzeit praktiziert werden konnte und von der SED auch praktiziert wurde.

Wer nun über diese Qualifizierungen hinaus auf der totalisierenden Bezeichnung „Unrechtsstaat“ besteht, muss mehr wollen und schließt de facto auch mehr ein. Denn das totalisierende Wort „Unrechtsstaat“ verweist auf die Gestalt der gesamten ostdeutschen Lebenswirklichkeit. Während man sich der Mitgliedschaft in der herrschen-

den Einheitspartei SED, erst recht in der Stasi entziehen konnte, blieb der Staat der DDR das unvermeidbar umfassende politische Gehäuse aller Ostdeutschen. Der Staat ist keine separate Organisation innerhalb oder neben der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft in ihrer politischen Verfasstheit. Wird der Staat pauschal zum „Unrechtsstaat“ gemacht, folgen daraus auch Wertungen für die Lebenswirklichkeit der Menschen. [...] Es macht also einen Unterschied aus, ob man den Menschen in der DDR, die seit dem Mauerbau Gefangene dieses Staates waren, pauschal unterstellt, dass sie sich als Staatsbürger in ihrem beruflichen wie privaten Leben an diesem Unrecht beteiligt haben, weil sie unvermeidbar involviert waren, oder ob man ihnen innerhalb des Staates der DDR die Möglichkeit rechtlichen Handelns einräumt. Entweder der DDR-Staat hat als „Unrechtsstaat“ 40 Jahre lang jede Schule, jeden Kindergarten, jedes Bauamt geprägt und die Menschen jederzeit in sein Unrecht gleichsam hineingezogen. Dann verliert die gegenwärtig gängige und „politisch korrekte“ Unterscheidung zwischen den Menschen und dem politischen System, unter dem sie leben mussten, jeden Sinn. Denn dann mussten sich alle kompromittieren. Oder man konzediert, dass es analog zu Fraenkels „Normenstaat“ Bereiche im Staat der DDR gab, in denen es trotz des Damoklesschwerds der SED-Willkür faktisch, wenn auch nie gesichert, auch rechtlich zugeht. In denen die Menschen sich auch um Rechlichkeit bemühten. Um diese Unterscheidung geht es mir in der Abwehr der totalisierenden Deutung des „Unrechtsstaates“. [...] Die Diktatur wurde den Ostdeutschen auferlegt. Der totalisierende „Unrechtsstaat“ stellt sie flächendeckend moralisch unter Verdacht. In der rechtsstaatlichen Demokratie des vereinigten Deutschland gilt aber zunächst die Unschuldsvermutung für alle Bürger – nicht nur für die westdeutschen.

Gesine Schwan, In der Falle des Totalitarismus, in: DIE ZEIT, Nr. 27 vom 25. Juni 2009



Die „Geschichte kontrovers“-
Seiten erscheinen online
auf www.ccbuchner.de.

Die DDR – ein Unrechtsstaat?

M2 Q Der Staat als Räuber der Volksgewalt

Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR von 2000 bis 2011, die die Akten des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) verwaltet und erforscht, meint 2009:

Es wäre abwegig, Gesine Schwan vorzuwerfen, sie verharmlose die SED-Diktatur. Die streitbare Antikommunistin hat das politische System der DDR öffentlich und schonungslos bereits zu einer Zeit kritisiert, als dies vielen, auch in der SPD, noch sauer aufstieß. [...] So weit, so einig. Aber warum dann dieser Streit um den Begriff „Unrechtsstaat“? [...] Die DDR war eine Diktatur – und deren Wesen besteht ja gerade darin, dass die politische Macht des Staates nicht demokratisch durch das Volk legitimiert ist. Der Staat war allein das Instrument der Herrschaft der führenden Partei – ihr vollständig unterworfen. Das Volk hatte weder theoretisch noch praktisch die Möglichkeit, an diesem Machtverhältnis vorbei Einfluss auf staatliches Handeln zu nehmen. [...]

Doch nur dort, wo das Volk als Souverän seine Macht in freier Entscheidung und auf Zeit auf den Staat übertragen hat, ist es auch mitverantwortlich für staatliches Handeln. In der DDR war der Staat kein Treuhänder der Volksgewalt, sondern ihr Räuber. Er stand nicht für die Gesamtheit seiner Staatsbürger ein, sondern er fürchtete sie. Deswegen hat er für seine Sicherheit einen Apparat aufgebaut, dessen Dimension – gemessen an der Bevölkerungszahl – größer war als die jeder anderen Geheimpolizei. Der Daseinszweck des Ministeriums für Staatssicherheit bestand darin, den Staat vor den eigenen Bürgern zu schützen. Dass sich die Staatssicherheit stolz „Schild und Schwert der Partei“ nannte, entlarvt die eigentlichen Verhältnisse: Statt der proklamierten Einheit von Volk und Staat gab es in Wahrheit nur die Einheit von Staat und SED. [...]

Doch die Rechtschaffenheit und die Selbstbehauptung vieler Menschen gegen SED und Staat, die wenigen Inseln der Angstfreiheit in den Kirchen, die immer stärker werdende Opposition – all das stellt nicht infrage, dass der Herrschaftsanspruch des SED-Staates totalitär war. Es beweist vielmehr, dass der Anspruch der SED, etwa ihr Ideal der „sozialistischen Persönlichkeit“, nicht durchsetzbar war und durch den Eigen-Sinn der Menschen begrenzt wurde. [...] Bleibt die Frage, was genau der Begriff Unrechtsstaat meint. Deutschland ist nicht deshalb ein Rechtsstaat, weil es hierzulande nur Recht und kein Unrecht gäbe, sondern weil die Existenz des Staates, weil Regierung



M3 Q Protestzug vor der Ost-Berliner Sophienkirche.

Foto vom 7. Juni 1989 (Ausschnitt).

Im Zusammenhang mit den gefälschten Wahlergebnissen der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 in der DDR protestierten Bürgerrechtler seit dem 7. Juni 1989 an jedem 7. des Monats für die Offenlegung des Wahlbetruges.

und Gesetzgeber an verbindliche Werte und Rechtsnormen gebunden sind und diese Bindung durch unabhängige Gerichte gesichert wird. Analog dazu ist auch die Bezeichnung Unrechtsstaat nicht davon abhängig, dass nur Unrecht geschieht. Zum einen meint der Begriff, dass die Prinzipien des Rechtsstaates keine Geltung haben und staatliche Macht nicht rechtmäßig begründet ist. In diesem Sinne war die DDR zweifellos ein Nicht-Rechtsstaat, ein Unrechtsstaat. Sie war aber auch ein Unrechts-Staat. Ein Staat, dessen Existenz schon auf Unrecht und auf der Verletzung von Menschenrechten beruhte, der seine Bürger staatlicher Willkür unterwarf und ihrer Rechte beraubte, der allein festlegte, was falsch und richtig war, der Schulen, Universitäten, Medien und Gewerkschaften gleichschaltete, der Menschen mit abweichendem Verhalten zu Feinden erklärte und verfolgte, der das eigene Volk einmauerte und Menschen, die vor ihm flüchten wollten, erschoss – und all dies, um die Macht der SED zu sichern. Die DDR ist ein Unrechtsstaat, und zwar nach allen denkbaren Definitionen.

Marianne Birthler, Liebe Ossiversteher! Die DDR keinen Unrechtsstaat nennen zu dürfen beleidigt den wachen Verstand, in: DIE ZEIT, Nr. 28 vom 2. Juli 2009

Arbeitsvorschlag

1. Die DDR – ein Unrechtsstaat? Nehmen Sie Stellung.



32027-172

Das geteilte Deutschland

BRD

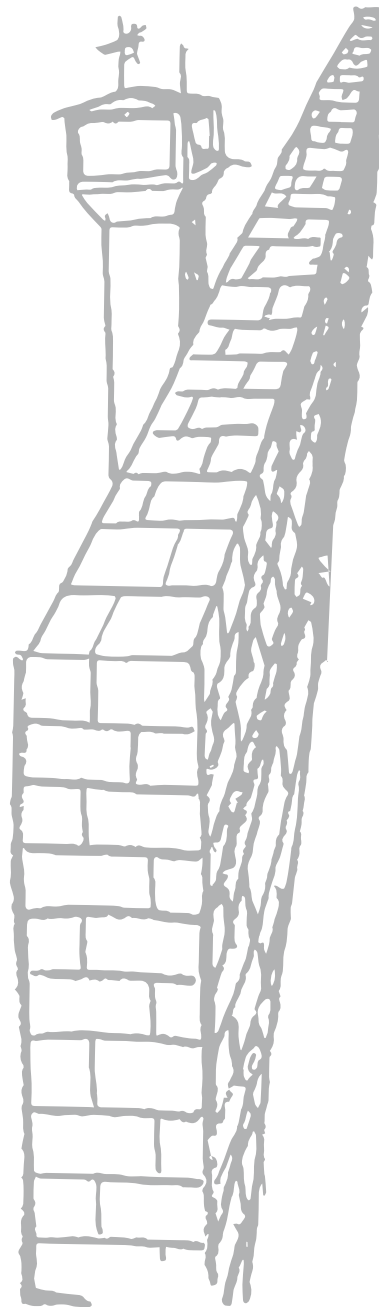
Verfassung/politisches System

- Grundgesetz mit Menschen- und Bürgerrechten
- Gewaltenteilung (→ u. a. Bundesverfassungsgericht)
- demokratischer Pluralismus (Wahlrecht)
- Stärkung des Parlaments (Misstrauensvotum)
- Einbindung durch NATO, EU, WEU, Montanunion, Pariser Verträge

Wirtschaftssystem

- Soziale Marktwirtschaft
- Wettbewerbsprinzip
- Sozialprinzip
- konjunkturpolitisches Prinzip
- Prinzip der Marktkonformität

Mauerbau 1961 Zementierung der Teilung



DDR

Verfassung/politisches System

- sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung („Antifaschismus“)
- Zentralismus, Wahlen von unten nach oben, Anordnungen von oben nach unten
- offene Wahlen per Annahme/Ablehnung der „Einheitsliste“
- de facto „Einparteiensstaat“ – Blockparteien nur zum Schein von Demokratie („Volksdemokratie“)
- keine Gewaltenteilung
- MfS (Stasi) – totalitärer Überwachungsstaat

Wirtschaftssystem

- Unterordnung der Wirtschaft unter vorgegebenen Plan der SED
- Verstaatlichung der Produktionsmittel
- Planwirtschaft → Es wird nur so viel produziert wie gebraucht wird (Statistik)

Probleme

- Informationsmangel
- steigendes Konsumbedürfnis
- Fehlplanung
- schlechte Qualität
- fehlende Innovation
- reger Schwarzhandel
- geringe Arbeitsmoral
- Vernachlässigung von Instandsetzung

→ Westintegration
– weitgehende Souveränität

→ Ostintegration
– Abhängigkeit von UdSSR

Der Checkpoint Charlie als historischer Lernort

Der Checkpoint Charlie war zwischen 1961 und 1990 ein innerstädtischer Kontrollposten der Alliierten zwischen West- und Ost-Berlin. Vom Checkpoint Charlie sind so gut wie keine authentischen historischen Überreste vorhanden. Dafür wird heute an diesem Ort auf vielfältige Art und Weise an die Vergangenheit erinnert. Manches, wie das „Mauermuseum. Haus am Checkpoint Charlie“, beruht auf privater, anderes, wie die Checkpoint Gallery am Straßenrand, auf staatlicher Initiative.



M1 **D** Das Denkmal für Peter Fechter in der Zimmerstraße.



M2 **D** Souvenirhandel.



M3 **D** Die Bodenmarkierung des Mauerverlaufs vor der Checkpoint Gallery.



Fotos von 2011

M4 **D** Blick auf den Nachbau der Baracke und auf einen Schauspieler, mit dem man sich gegen Bezahlung fotografieren lassen kann.

Arbeitsvorschläge

1. Beschreiben Sie die Abbildungen und analysieren Sie, mit welchen Mitteln an die Vergangenheit erinnert wird.
2. Erläutern Sie, welche Ziele mit diesen Mitteln erreicht werden sollen.
3. Informieren Sie sich im Internet über a) den Checkpoint Charly, b) das Mauermuseum, Haus am Checkpoint Charlie, c) Peter Fechter, d) das Bildungszentrum des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Informationen finden Sie auch im Buch auf S. 260 und 383.
4. Der Checkpoint Charly: Disneyland der deutschen Teilung? Nehmen Sie Stellung zu dieser These. | **H**



32027-171



www.click-and-study.de

NEU

Aufgabenpool

In diesem Bereich können die Lernenden Aufgaben digital empfangen und abgeben.



NEU

Forum

Über das Forum können sich Lehrende und Lernende digital austauschen.



Vollständige digitale Ausgabe des C.C. Buchner-Lehrwerks



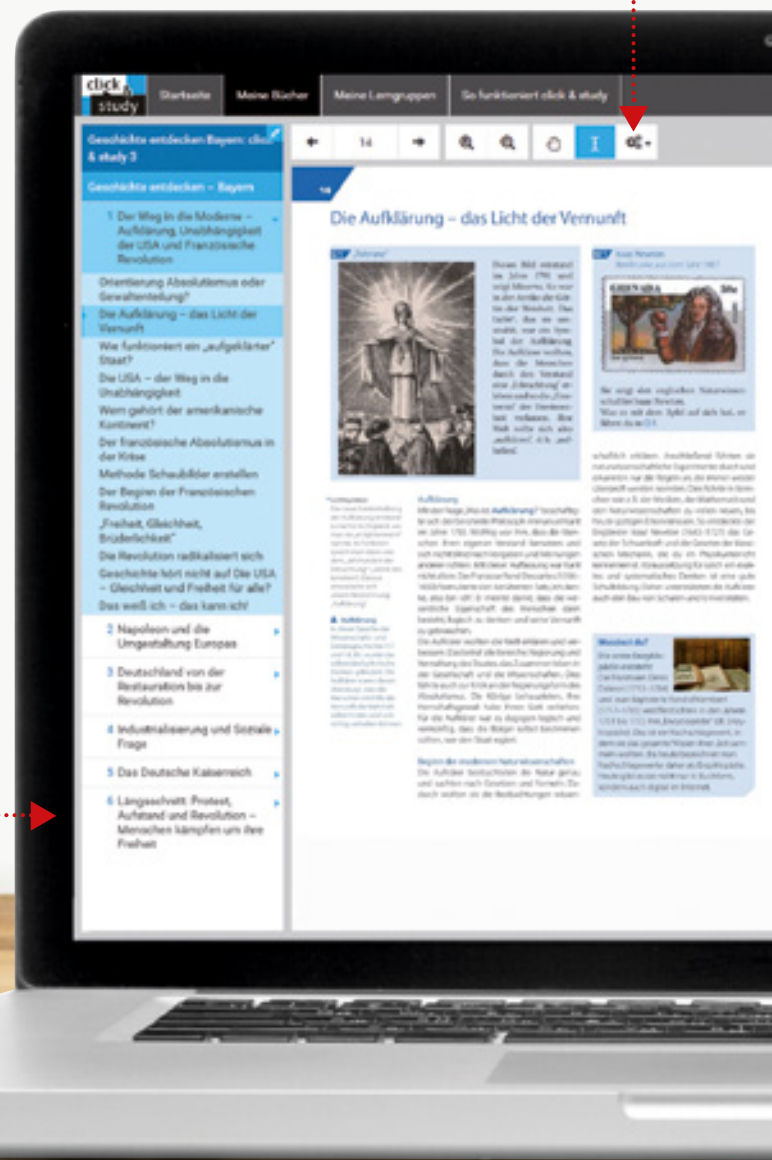
Flexibel nutzbar auf verschiedenen Endgeräten (PCs, Macs, Tablets) online und auch offline via App.

Freischaltung unter www.click-and-study.de und/oder unter www.bildungslogin.de

Toolbar mit vielen nützlichen Funktionen



Der moderne Reader bietet nützliche Bearbeitungsfunktionen wie Markieren, Kopieren, Zoomen und Suchen. Dazu gibt es Lesezeichen, einen Freihandstift und – jetzt neu – die digitale Arbeitsseite.



Zusatzmaterialien und Links



Direkter Zugriff auf Links und Zusatzmaterialien, die im gedruckten Schulbuch über Mediacodes zugänglich sind



Schalten Sie Material frei

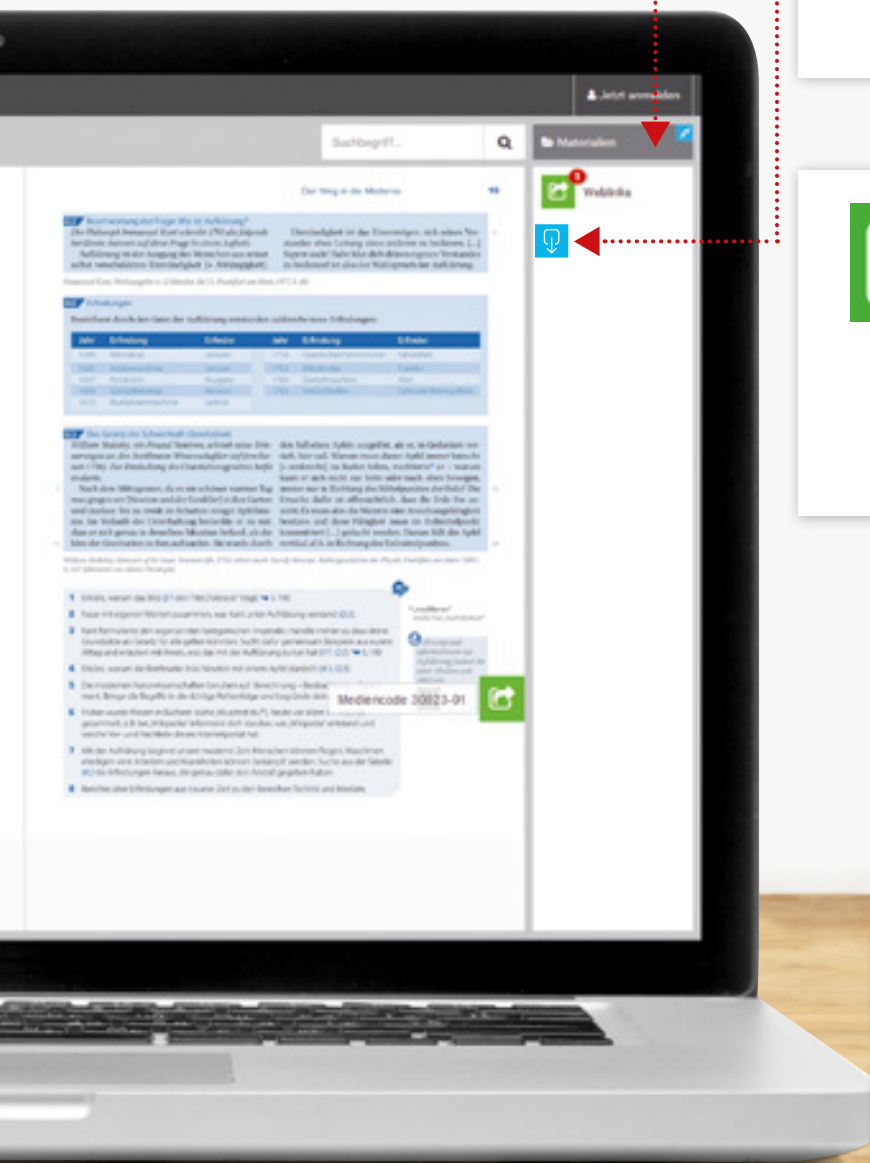
Durch die Verknüpfung von click & teach und click & study können Ihre Schülerinnen und Schüler die von Ihnen freigeschalteten Materialien direkt über einen Spot aufrufen.

NEU



Digitale Arbeitsseite

Durch das Einfügen digitaler Arbeitsseiten haben Lernende die Möglichkeit, auf einer zusätzlichen leeren Seite eigene Texte, Bilder und Freihandzeichnungen zu hinterlegen.



► Für Ihre Schülerinnen und Schüler

click & study 100 Tage testen!

Schreiben Sie dazu einfach eine E-Mail mit Angabe der gewünschten Bestellnummer an digitale-schulbuecher@ccbuchner.de.



www.click-and-teach.de

NEU

Digitale Arbeitsseite

Durch das Einfügen digitaler Arbeitsseiten haben Sie die Möglichkeit, auf einer zusätzlichen leeren Seite Ihre eigenen Texte, Bilder und Freihandzeichnungen zu hinterlegen.



NEU

Tauschen Sie sich digital aus!

Durch die Verknüpfung von click & teach und click & study können Sie sich mit Ihren Schülerinnen und Schülern digital austauschen: Schalten Sie Material in click & study individuell frei, sprechen Sie sich über das Forum ab oder vergeben und empfangen Sie Hausaufgaben über den Aufgabenpool.



Toolbar mit vielen nützlichen Funktionen



Der moderne Reader bietet zahlreiche nützliche Bearbeitungsfunktionen wie Markieren, Kopieren, Zoomen und Suchen. Darüber hinaus gibt es Lesezeichen und einen Freihandstift.





Immer auf dem neuesten Stand

Software und Inhalte von click & teach werden regelmäßig überarbeitet und verbessert. Führen Sie daher regelmäßig online Aktualisierungen durch – es lohnt sich!



Alle Materialien auf einen Blick

In der Seitennavigation behalten Sie stets den Überblick über alle verfügbaren Materialien.



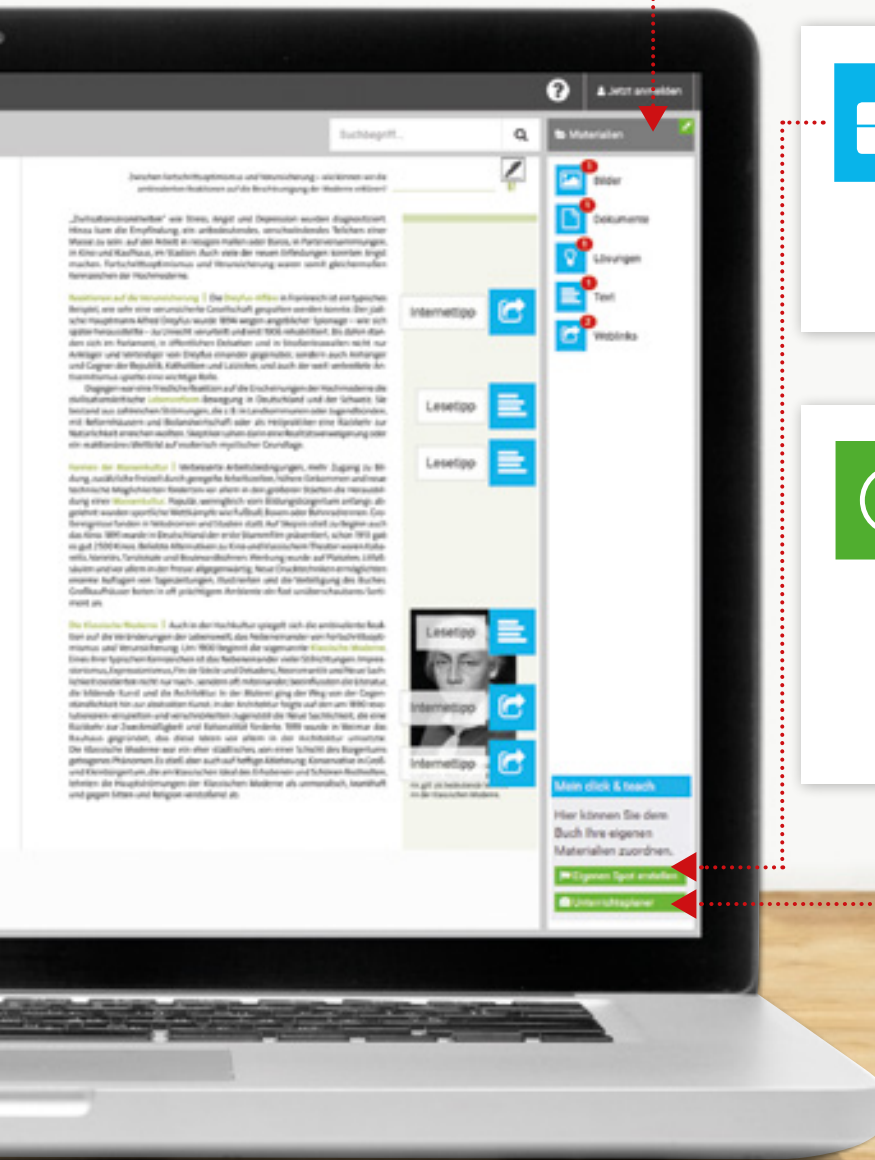
Importieren Sie eigene Materialien

Laden Sie Ihre eigenen Materialien wie Bilder oder Textdokumente hoch und platzieren Sie sie frei auf den Doppelseiten.



Planen Sie Ihren Unterricht

Der Unterrichtsplaner sorgt dafür, dass Sie alle Materialien in der gewünschten Abfolge griffbereit haben. Strukturieren, kommentieren und präsentieren Sie die Materialien ganz nach Ihren Wünschen.



► Für Lehrerinnen und Lehrer



Das digitale Schulbuch

Einzellizenz

nur für mich



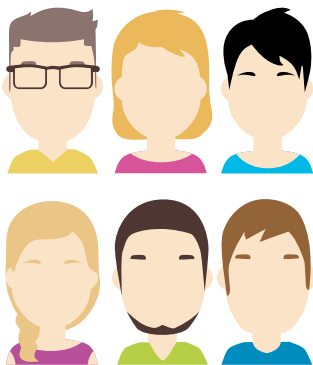
Einzellizenz eines Titels

click & study:
digitaler Freischaltcode



Mehrfachlizenz

für die Schülerinnen
und Schüler



Mehrere Einzellizenzen eines Titels

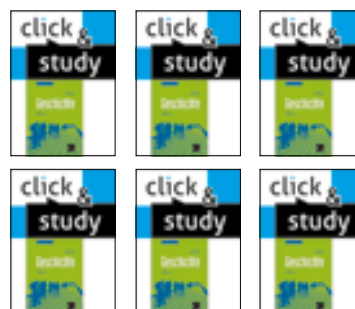
click & study:
digitale Freischaltcodes zum Normalpreis



Mehrere Einzellizenzen eines Titels bei eingeführtem Print-Klassensatz

je 1,50 €
pro Jahr

► entsprechende Anzahl der digitalen
Schulbücher vergünstigt für je 1,50 € pro Jahr



Sie haben Fragen zu click & study oder click & teach?

Wir helfen Ihnen gern! Digital-Beratung:

Mo, Mi, Fr: 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr

Di und Do: 14:00 Uhr bis 15:30 Uhr

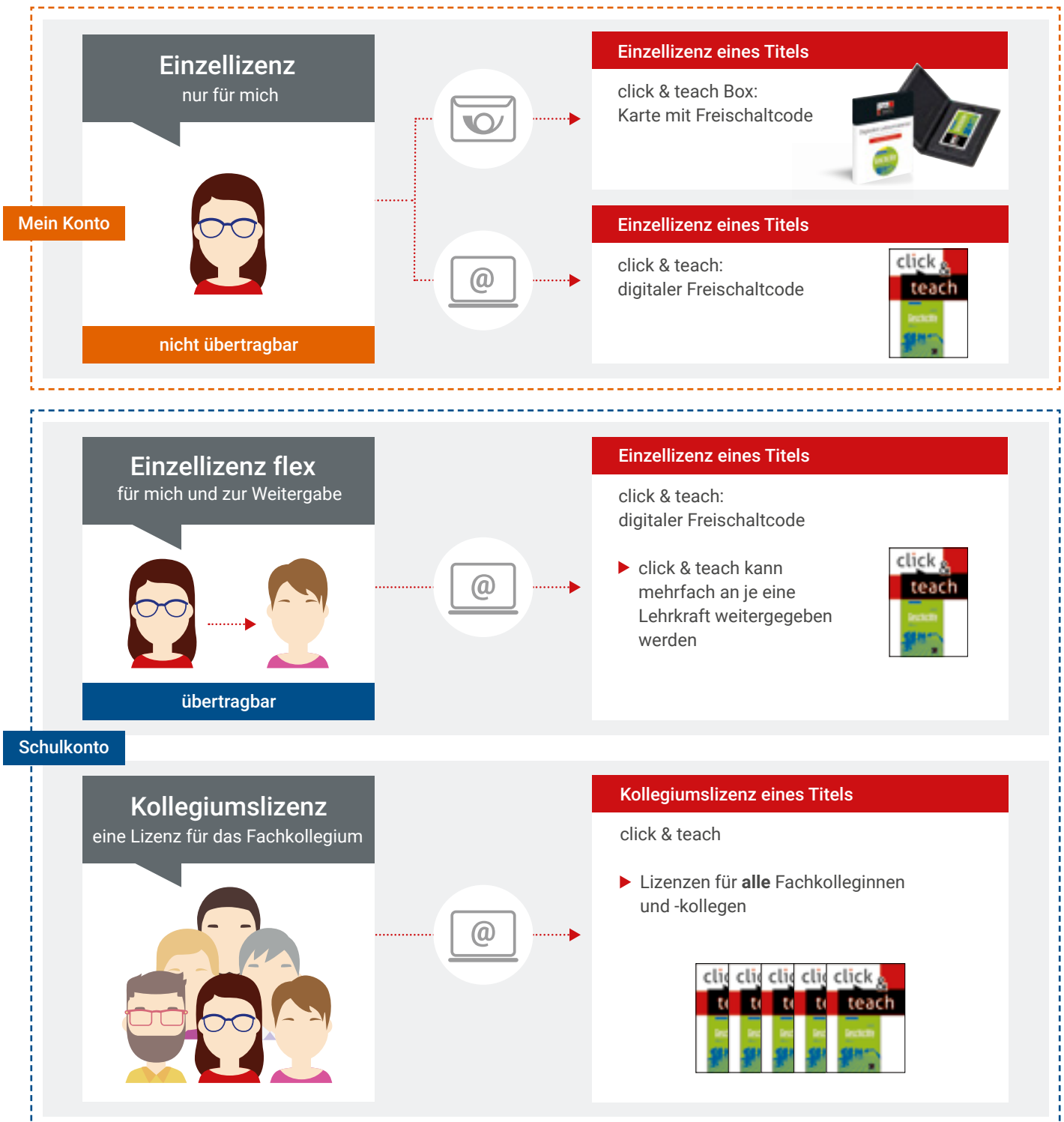
Telefon: +49 951 16098-333

E-Mail (click & teach): click-and-teach@ccebuchner.de

E-Mail (click & study): digitale-schulbuecher@ccebuchner.de

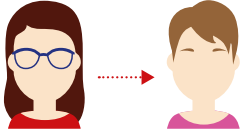


Das digitale Lehrermaterial



Einzellizenz flex

für mich und zur Weitergabe



Einzellizenzen flex sind übertragbar und können bei Bedarf an eine Kollegin oder einen Kollegen über das Schulkonto weitergegeben werden. Diese Lizenzform eignet sich besonders für kleinere Fachkollegien. Ihre persönlichen Inhalte wie Notizen oder eigens hochgeladene Dateien bleiben auch bei der Weitergabe einer Lizenz in Ihrem persönlichen click & teach-Nutzerkonto erhalten. Möchten Sie Ihr komplettes Fachkollegium (inkl. zukünftiger Fachlehrkräfte) mit Lizenzen ausstatten, ist die Kollegiumslizenz die richtige Wahl.

Kollegiumslizenz

eine Lizenz für das Fachkollegium



Die **Kollegiumslizenz** ist eine Lizenz eines click & teach-Titels für alle Fachkolleginnen und -kollegen, die an einer Schule unterrichten. Im Schulkonto sind automatisch alle passenden Lizenzen für die einzelnen Lehrkräfte verfügbar. Und sollte jemand aus Ihrem Kollegium, der ein anderes Fach unterrichtet, ebenfalls Zugriff auf einen click & teach-Titel benötigen, ist auch dies möglich. Es können manuell Lizenzen auch fachfremden Lehrkräften zugewiesen werden.



Scannen Sie den QR-Code und entdecken Sie das Erklärvideo zum Schulkonto und seinen Lizenzformen!

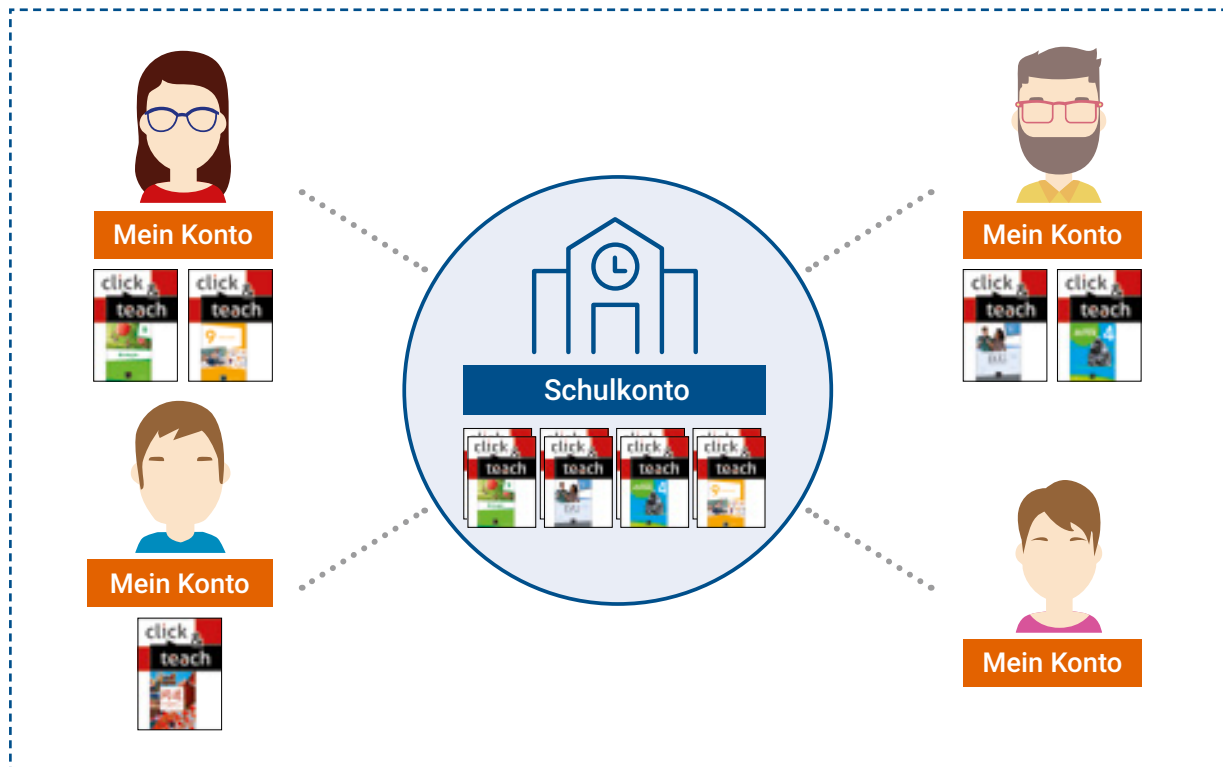


Die bisherigen **Einzellizenzen** und **click & teach-Boxen** gibt es natürlich weiterhin und beide können wie üblich über das persönliche Nutzerkonto erworben werden.

Einzellizenz

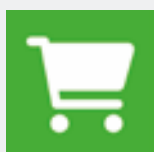
nur für mich





Schulkonto

Ab sofort können Sie sich auf www.ccbuchner.de mit Ihrem Schulkonto verknüpfen. Einmal mit Ihrer Schule verbunden, stehen Ihnen unter anderem folgende Funktionen zur Verfügung:



Lizenzen erwerben und nachkaufen

In wenigen Schritten können im Schulkonto über die Auswahl des Fachs und des Bundeslands die Kollegiumslizenz sowie die Einzellizenzen flex per Rechnung an die hinterlegte Schule erworben werden.



Lizenzen verwalten und übertragen

Nach Erwerb einer Kollegiumslizenz kann die Zuordnung der Lizenzen zu Mitgliedern des Fachkollegiums eingesehen und verwaltet werden. Fachfremden Lehrkräften kann ebenfalls manuell eine Lizenz zugewiesen werden. Wurde eine Einzellizenz flex erworben, erfolgt im Schulkonto die Zuordnung bzw. die Übertragung.



Zugriffsrechte verwalten

Im Schulkonto können für alle verknüpften Kolleginnen und Kollegen die Rechte (*Lizenzen kaufen, Lizenzen verwalten, Zugriffsrechte bearbeiten, Schuldaten bearbeiten und Schulkollegium verwalten*) individuell vergeben werden.

Ausführliche Informationen und Schritt-für-Schritt-Anleitungen zum Schulkonto finden Sie auf www.ccbuchner.de/schulkonto

Sie wünschen persönliche Beratung?
Unser Schulberatungsteam für Rheinland-Pfalz ist
für Sie da – vor Ort, telefonisch und online:



Christof Muechler
Telefon: 07131 8995148
Mobil: 0171 6012376
E-Mail: muechler@ccbuchner.de



Hans Schroeder
Mobil: 0171 6357092
E-Mail: schroeder@ccbuchner.de

Sie benötigen weitere Exemplare dieser Leseprobe* für Ihre Fachkonferenz?

1

Geben Sie auf www.ccbuchner.de die
Bestellnummer **T32027** in die Suchleiste ein.

T32027

2

Legen Sie die kostenfreie Leseprobe
(1 Exemplar pro Person) und ggf. weitere
Produkte in Ihren **Warenkorb**.



3

Folgen Sie den weiteren Anweisungen, um
den Bestellvorgang abzuschließen.

*Nur solange der Vorrat reicht.

+

Oder
direkt über:



T32027

